

V

Hüttenberger, Peter:

Befragungsniederschr'n
(1967-68) betr. Geschichte
u. Verwaltung d. Landes
Nordrhein-Westfalen nach
1945 (zahlr. Personalan-
gaben, vereinzelt Korr.)

Institut für Zeitgeschichte Archiv	
Akz. 5681/77	Ex. ZS/A 57
Rep. ✓	Kat. Rev.

Inhalts - Verzeichnis

SPERRFRIST bis 1999
aufgehoben am

		Seite
Bardenhewer,	MinRätin	1 - 2
Bellinger		3 - 4
Berger, Dr.	OStudDir.	5 - 9
Bergmann	StSekr. (KuMi)	10 - 12
Bolwin, Dr.	Schulrätin	13 - 14
Brauda, Klaus Dr.	Mitbegr. d. CDU	15
Brockmann, Johannes	GenReferent Kultus a.D.	16 - 17
Clark		18 - 20
Drake	Landrat	21 - 22
Dörnhaus, Wilhelm		23 - 24
Eichler, Willi		25 - 28
Elfes	Polizeipräs.	29 - 31
Elsler, Dr.	StSekr.	32 - 34
Erkens	Min. a.D.	35 -
Farnborough, Dr.	RA	36 - 37
Freie Demokraten in Bonn.	Mitt.Bl. d. Kreis-	
verbandes Bonn-Stadt.	Nr. 3 vom Juli 1966	38 - 41
Fritzen	Landespressechef	42
Gastall	Kulturabt. d. Brit. MilVerw.	43 - 45
Gantenfort	FinGerichtspräs. i.R.	46 - 47
Gleisner	OStadtdir.	48 - 50
Gottschlich	MinRat (Wiederaufbaumin.)	51
Greinert	MinRat a.D.	52 - 54
Grimpe, Viktor	MinDir. i.R.	55 - 56
Gumpfenberg, Erfrau		57 - 58
Halbfell, August	StMin. i.R.	59 - 60
Hensel, Dr.	OStadtdir.	61 - 63
Hoberg	LG-Vizepräs.	64 - 65
Hofmann, Dr.	Journalist	66 - 70
Höckner	Kreisgesch.fhr. d. CDU	71
Isenberg, Karl	Abgeordneter	72 - 75
Jacobi	MdB, Geschfhr.d.Dt.Städtetg.	76 - 78
Janssen	Geschfhr.	79
Jöstingmeier	RA	80 - 86
Jochem	Ltr. OGB Oberhausen	87 - 93
Johanning, Dr.		94 - 96

Kaes, Bernhard		Seite 97 - 98
Kaufhold, Dr.		99
Kalbhen	MinDir.	100 - 102
Kehren, Dr.		103 - 107
Kirchhof	RegDir. a.D.	108 - 115
Kottenberg, Dr.		116 - 117
Krey	CDU Rheinland Köln	118
Kroll, Prof.		119 - 126
Lasky, Dr.		127 - 128
Maiier-Hultschin		129 - 131
Maus	MinDir. (Innenmin.)	132
Menzel, Pfr.		133
Ohly (Enkelin d. ehem. CDU-Frakt.vors. Schrage)		134
Pesch, Edmund	Verl.ltr. Bonner Rundschau	135 - 136
Peters	MinRat	137
Pünder	Oberdirektor	138 - 139
Rhode, Dr.	MinDir. (Wirtschaftsmin.)	140 - 145
Ringel, Dr.	HGeschfhr. IHK Remscheid	146 - 148
Rüberg	VizePräs. LRechnungshof	149 - 152
Rohr, Hans-Joachim von		153
Rombach	StSekr. (Innenmin.)	154 - 155
Scheel	MinRat (Innenmin., Komm.Abt.)	156 - 161
Schetter, Dr.	OLG-Präs. a.D.	162 - 165
Schmitt-Degenhardt	RegPräs.	166 - 167
Schreiber, Dr. Hans	Geschfhr. CDU Rheinland	168 - 169
Schuchardt, Dr. Ernst	MinRat Landesrechnungshof	170 - 176
Schwering, Dr. Leo		177 - 178
Six, Dr.		179 - 183
Sporrer	MinRat	184
Stöckert	MinRat (Finanzmin.)	185 - 186
Strodthoff, Dr.	LT-Vizepräs.	187
Tillmann	StSekr. (Landw.-Min.)	188 - 194
Vollmer	MinDir.	195 - 197
Walker	Oberst	198 - 202
Wandersleb, Dr.		203 - 207
Weisser, Dr. Gerhard	Prof., StSekr. a.D.	208 - 209
Wiechell, Dr.		210
Ziersch, Dr. Guido		211

31.3.1968

Bardenhewer

Im Gegensatz zu Herrn Kehren sagte Frau Bardenhewer, daß Frau Teusch Frau Laarmann nicht aus dem Kultusministerium herausgedrängt habe, sondern Frau Laarmann selbst mit ihrer Abteilung einen Anschluß an das Sozialministerium gesucht habe, da sie dort mehr finanzielle Möglichkeiten gesehen hätte.

Ferner sagte Frau Bardenhewer, Ministerialrat Conradsen habe stets sehr verbittert gewirkt.

Prof. Platz habe zum Menschenbild des "christlichen Deutschen" erziehen wollen.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 568/177	Best. ZS/A57
Rep. /	Kat. Ra

Ministerialrätin B a r d e n h e w e r im Kultusministerium
- Besuch am 29.3.1967 -

1. Frau Bardenhewer behaupteten, sie habe 1947 verhindert, daß Schnippenkötter Kultusminister geworden sei. Sie sei zu dem Leiter der Educational Branch, Walker, mit dem sie gute freundschaftliche Beziehungen gehabt habe, gegangen und habe ihm von Schnippenkötter abgeraten, da dieser als Minister untragbar sei.
2. Prof. P l a a t z , der erste Referent für Kultus in der Nordrheinprovinz, soll nach Aussage von Frau Bardenhewer ein sehr "edler und aristokratisch gesinnter Mann" gewesen sein. Organisatorisch und politisch sei er völlig unfähig gewesen und er habe Erlasse verfaßt, die kein Mensch verstanden habe.

Müllerhagen

Besuch bei Herrn Bellinger am 8.1.1968

Die Raum- und Büroverteilung des Oberpräsidiums in Münster habe dem Ansehen der einzelnen Generalreferate und ihrer Leiter entsprochen. Amelunxen und das Generalreferat Inneres saßen in einem erhaltenen Seitenflügel des ausgebombten Schlosses, die technischen Abteilungen in Militärbaracken vor dem Schloß. Jeden Morgen im Winter suchten sich die Beamten ihren Tagesvorrat an Brennholz zusammen, indem sie durch die Trümmer des Schlosses streiften. Der Landeshauptmann Salzmann residierte im Gebäude des Wehrbereichskommandos. Er hatte sich im April 1945 den Briten als Landeshauptmann angeboten, da er nicht in der NSDAP war. Er nahm im 3. Reich das Amt eines Landesrates, Finanzdezernat, des Provinzialverbandes ein, durfte aber, wegen einer jüdischen Großmutter, nicht in die Partei eintreten. Trotzdem gebärdete er sich in Neujahrsansprachen und zu anderen festlichen Anlässen recht linientreu. Nach dem Kriege wurde ihm sogar vorgeworfen, er habe Euthanasiebefehle an seine Krankenanstalten weitergeleitet. In dieser Zeit war Dr. Vorholt, der Pfarrer von Münster-Mecklenbeck, eine andere interessante Erscheinung. Dieser zehrte von dem allgemeinen Prestige, das die Kirchen, als unbelastete Institutionen, in den Augen der Militärbehörden genossen. Andererseits muß er eine beachtenswerte ^{Personlichkeit} Erscheinung gewesen sei, die das Ausstrahlungsvermögen besaß, eine Schar bekannter Politiker zu sich zu versammeln: Arnold kam unter schwierigen Umständen aus Düsseldorf; Tübke und Amelunxen. Dr. Vorholt galt als die "Graue Eminenz" und in seiner Wohnung sollen Kabinette gebildet worden sein. Die Bodenreform wurde bei ihm besprochen und ebenso nahm er Einfluß auf Projekte des Wiederaufbaues.

Das Ansehen der Geistlichen und Ordensleute war so groß, daß manche Institution sich ihrer bediente, um bei den Briten ihre Wünsche durchzusetzen. So bildeten die Nonnen keine seltene Erscheinung in den Behörden, wo sie z.B. um Baustoffe für ihre Klöster oder andere Organisationen baten. Der Einfluß der Kirchen war dermaßen

- 2 -

groß, daß die Militärverwaltung sie zu Trägern wichtiger sozialer Einrichtungen, wie etwa dem Volksheimstättenwerk, machte und den Staat ^{gleich} ausklammerte.

Amelunxen, der während des Krieges in Fredeburg lebte und anstandslos Pension als Regierungspräsident bezog, trat nach 1945 mit großen Worten für das "neue Menschenbild", die Demokratie" usw. ein. Sein persönlicher Referent Hundt schrieb einen Teil der Reden. Später mußte Amelunxen Hundt fallenlassen, da bekannt wurde, daß dieser im 3. Reich keine rühmliche Rolle gespielt hatte.

Baurat Joho, der fließend englisch sprach, verstand sich mit Haerlecken nicht gut, konnte ihn aber ausstechen, da er gewandter war.

Min. Rat Peters sprach ebenfalls glänzend englisch und wurde deshalb stets vorgeschickt, wenn es galt, die Briten zu überzeugen. Es gelang ihm dies meist vorzüglich.

Bellinger unterstützte die Bodenreform, weniger aus politischen Gründen, als den praktischen der Landgewinnung für Kleinsiedlungen. Er arbeitete in diesem Punkt eng mit Biernat zusammen, auf den er große Hoffnungen setzte. Als Innenminister habe dieser wegen seiner passiven Haltung enttäuscht. Die Kooperation brachte B. bei der CDU in den Geruch, der SPD nahezustehen. Der Opponent der Bodenreform war Johnen, der als Rechtsexperte in dem entsprechenden Ausschuß saß.

Das Gesetz scheiterte vor allem an der Schärfe seiner Bestimmungen und Formulierungen. Es rief den Widerstand der Großgrundbesitzer und Unternehmer wach, die es auch zu Fall brachten.

Der Wiederaufbauminister Hugo Paul galt ^{wohl} nach seinem Rücktritt aus dem Ministerium innerhalb der KP als nicht mehr zuverlässig. Er wurde anscheinend überwacht. Beante, die ihn später trafen, sagten Bellinger, Paul sei verstört gewesen und habe gebeten, rasch weiterzugehen, da er sich bespitzelt fühlte.

Besuch bei Herrn Oberstudiendirektor Dr. B e r g e r , Wesel,
am 23. August 1967

Berger ist 1890 geboren, hat 1914 sein Notexamen als Mathematiker und Physiker in Bonn abgelegt, wo er unter Prof. Kohnen gearbeitet hat. Er war dann 4 Jahre im Krieg und hat auf Grund seiner Kriegserfahrungen sich dem Sozialismus zugewandt. Er trat dann in den zwanziger Jahren in die SPD ein. Das Kriegsende erlebte er als Studienrat in einem Vorort von Wesel, in Lackhausen. Wesel war durch die Kampfhandlungen fast völlig zerstört worden, so daß die Amerikaner sich in Lackhausen, in der Straße, wo Berger wohnte, einquartierten. In den ersten Tagen nach der Besetzung des Landes wurden polnische und russische Arbeitslager freigegeben und die Polen vor allem haben die letzten Reste der bestehenden Gebäude in Wesel völlig niedergebrannt und ausgeplündert. Die Russen dagegen haben sich vernünftiger verhalten und zu Herrn Berger ist, ³ ein Russe gekommen, der sogar bat, ihm Bücher zur Verfügung zu stellen, um in dem russischen Lager eine Art Volkshochschulkurs in Mathematik und Physik zu beginnen. Der Russe hat die Bücher, nachdem das Lager wieder aufgelöst worden war, sofort wieder Herrn Berger zurückgegeben. Die Amerikaner haben sich in der Umgebung von Lackhausen einquartiert, Herr Berger konnte einer Einquartierung nur dadurch entgehen, indem er an sein Haus ein Schild mit der Aufschrift "Hier in diesem Haus war Diphtherie und Scharlach" hängte. Das Haus wurde wie die Pest von den amerikanischen Truppen daraufhin gemieden. Herr Berger begann frühzeitig, sich zwei Problemen zu widmen. Einmal versuchte er, bei den ersten Lockerungen der Besatzungsmacht die SPD wieder zu gründen. Er rief in Lackhausen in einem Lokal eine Versammlung ein, wo sich die ersten sozialistischen Mitglieder versammelten. Er hatte verhältnismäßig starke Schwierigkeiten mit dem englischen Kommandanten, da dieser ein Viscount, ^{in Wirklichkeit ein Viscount} ein Vizegraf, sehr konservativ eingestellt war und für die SPD keine Zuneigung aufbrachte. Dafür gelang es Herrn Berger aber, mit dem und dann mit dem englischen Sicherheitsdienst in Kontakt zu kommen und er hatte dauernd engere Verbindung dazu. Der

Sicherheitsdienst muß von der Existenz und der politischen Tätigkeit Herrn Bergers gewußt haben, denn als er eines Tages nachhause zurückkehrte, fand er einen Wagen vor der Tür vor und 2 Beante saßen in seinem Hause und unterhielten sich mit seiner Frau. Es kam daher, daß die Sicherheitsbeamten ^{da...} sehr stark sozialistisch, wenn nicht gar kommunistisch eingestellt waren und daher in einem Spannungsverhältnis zu dem konservativen Viscount standen. Herr Berger, der die Umgebung von Wesel einigermaßen kannte und selbst etwas englisch sprach, hatte daher die Gelegenheit, sich auf diese Einrichtungen der englischen Besatzungsmacht zu stützen. Der Sicherheitsdienst setzte es daher auch durch, daß Herr Berger/den ersten ernannten Landtag /in aufgenommen wurde. Im ersten gewählten Landtag war Herr Berger nicht, da er in Wesel nur auf der Reserveliste stand und Wesel bei der überwiegend CDU wählenden Bevölkerung keine Chance bot, für die SPD gewählt zu werden. Er kam dann erst wieder in den nächsten gewählten Landtag. Als zweites widmete sich Herr Berger vor allem dem Aufbau der Schulen in Wesel. Die erste Schule wurde in einer Gastwirtschaft gegründet, vor allem hatte Herr Berger hierbei mit den Ansichten der Engländer schwer zu kämpfen. Den Engländern schwebte vor, außerhalb von Wesel Internatsschulen einzurichten, die allerdings dem deutschen Schulsystem nicht entsprachen. Herr Berger konnte es bei den Engländern durchsetzen, daß sie diesen Plan aufgaben und so wurde das erste Gymnasium innerhalb von Wesel ein gemischtes Gymnasium aus Mädchen und Jungen wieder gegründet. Als führender SPD-Mann wurde Herr Berger stellvertretender Bürgermeister hinter dem CDU-Bürgermeister von Wesel. Er konnte sogar einige Wochen lang Bürgermeister sein, da der CDU-Bürgermeister Ebert den Alliierten verheimlicht hatte, daß er der NSDAP angehört hatte und deswegen kurzfristig zurücktreten mußte. Im Landtag saß Herr Berger vor allem im Kulturausschuß, wo er die Ministerin, Frau Christine Teusch, bekämpfte. Er hatte außerdem Kontakte mit Herrn Knoß, dem Minister Menzel und auch mit Kurt Schumacher. In diesem Zusammenhang erzählte er mit eine kleine Episode, die er mit Frau Teusch hatte, Frau Teusch hatte in dem Kulturausschuß

von dem Gedankengut des Nationalsozialismus gesprochen und Herr Berger hat daraufhin eingewandt, man müßte doch vielmehr statt "Gedanken-gut - Gedanken-schlecht" sagen. Frau Teusch sei daraufhin äußerst böse geworden. Außerdem hatte Herr Berger im ersten Landtag den Antrag gestellt, sämtliche Dissertationen, die im Dritten Reich geschrieben wurden und eine ausgesprochen nationalsozialistische Färbung hatten, wie etwa Dissertation über bestimmte nationalsozialistische Einrichtungen wie die SA und die Partei-finanzverwaltung, nicht mehr anzuerkennen. Es wurde ihm vom Kultusministerium versprochen, diesen Antrag durchzuführen. Aber als er einige Jahre später einmal nachfragte, was daraus geworden sei, wick ihm die Ministerin Teusch aus, indem sie meinte, dieser Antrag mache sehr viel Arbeit und sei kaum durchführbar. Auf die Frage, welche Stellungnahme die SPD zur Gründung des Landes-Nordrhein-Westfalen abgegeben habe, gab er mir zur Antwort: Die Frage der Gründung des Landes sei damals kaum bekannt gewesen und er habe noch nicht einmal gewußt, was zur Debatte stand. Auf lokaler Ebene habe man sich eben mehr um den Aufbau der Verwaltung, der Partei und der zerstörten Städte gekümmert als um die große Politik. Wesel habe sowieso 1945 und 1946 relativ unabhängig, besonders in manchen Bereichen, von der Regierung in Düsseldorf gehandelt. So sei z.B. die Wiedergründung der Weseler Schulen ohne Zusammenarbeit und Initiative mit dem Oberpräsidium geschehen. Das Oberpräsidium habe späterhin die Wiedergründung einfach bestätigt, und ihn, Berger, zum Leiter des Schulkollegiums von Wesel und Umgebung ernannt.

Nachtrag:

Das Verhältnis Bergers zur dem britischen Kommandeur, dem obengenannten Viscount, das anfangs relativ gespannt war, hat sich mit der Zeit zunehmend gebessert. Der Kommandeur, der in Schloß Diersfordt residierte, hatte es gern, daß Berger ab und zu hart und grob ihm gegenüber auftrat. Berger meinte, daß so viele Deutsche sich vor dem englischen Offizier gebeugt hätten, daß es diesem angenehm gewesen sei, wenn einer rückhaltslos seine Meinung durchzusetzen versuche. Berger selbst hatte von seinem

Schwiegervater, der in England studiert hatte, erfahren, daß man mit den Engländern durchaus ein offenes Wort reden konnte, man durfte nur nicht versuchen, ihnen nachzuweisen, nämlich, daß sie lügen.

Berger müßte im Landbau Rees gegen den Bundesfinanz-
minister Engel mit dem Bundespräsidenten Lübke
bei ^{Land} Bundestagswahlen kandidieren. Er hat ihm daher von
vorn Anfang an klar, daß er als Sozialist in dem landbäuerlichen
Wahlkreis keine Stimmenmehrheit gewinnen konnte.

Junges sage, können sich nicht mehr seiner Untertan als
 Mannes nicht als Herr Mannes werden sondern als
 "Magenfresser" Diese alttestamentliche Annahme habe ich ^{bewunderndem Schein} über ~~den~~ ^{den} ~~Eltern~~
 bei dem Magenrechnen aus dem Arbeiterstand erge-
 tragen

Institut für Zeitgeschichte

Besuch bei Staatssekretär Bergmann am 6. Juli 1967
(Kultusministerium)

Der Beginn der Reorganisation deutscher Verwaltung in Westfalen fand schon im Juli 1945 statt. Brockmann soll der erste gewesen sein, den die Alliierten um Rat fragten, sie legten ihm 3 Namen vor für die Besetzung des Oberpräsidentenamtes in Münster: Gronowski, Amelunxen und Fänder. Brockmann schlug ihnen Amelunxen vor, da er diesem politisch und menschlich nahestand.

In der Provinz Rheinland lagen die Verhältnisse anders. Gildemeister (später im Kultusministerium) löste im Frühjahr 1945 das Oberpräsidium der Rheinprovinz in Koblenz auf. Mit einem Reststab von Beamten floh er vor den Alliierten nach Bad Honnef und schickte dann, als die Front immer näher rückte, nach Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes seine Mitarbeiter nachhause. Bei dieser Verlegung wurde der größte Teil der Provinzialakten ^{von Amerikanern} verbrannt. Besonders geheime Akten hatte Gildemeister noch in Koblenz vernichten lassen. Ein weiterer Feuchtvorsuch ^{des OP nach Muckhauflang}.

Die Amerikaner traten an Gildemeister heran und fragten ihn, ob er helfen wolle, die deutsche Verwaltung unter ihrer Kontrolle wieder aufzubauen. Er sagte natürlich zu. Zu dieser Zeit sprach er auch mit Adenauer in Rhöndorf, der überzeugt war, daß er der Oberpräsident werden würde. Nachdem dann Fuchs zum Oberpräsidenten ernannt worden war, meinte Adenauer immer noch, die Alliierten hätten für ihn eine Koordinationsfunktion aufgehoben. Gildemeister wurde durch eine Denunziation für ein Jahr aus dem Dienst im Kultusministerium entlassen. Das Absingen des Horst-Wessel-Liedes hatte ihm ziemlich geschadet.

Als ersten Kultusminister schlug Hamacher Schnippenkötter vor. Die Engländer lehnten diesen ab, weil sie fühlten, daß er zu konservativ war. Bergmann meinte dazu, Schnippenkötter sei in seinem Arbeits^{stil} sehr autoritär und in der Propagierung seiner

Ideen fanatisch gewesen. Hamacher fühlten sich in dem Amt des Kultusministers nicht wohl. Er glaubte, ihm nicht gewachsen zu sein. Jeden Morgen kam er unausgeschlafen und händeringend in das Ministerium. Die psychische Belastung habe sich daher auf seine Gesundheit ausgewirkt und ihn krank werden lassen. Der zweite Kultusminister Köhnen habe ebenfalls kein Interesse am Kultusministerium gehabt. Er sei ein brillanter Plauderer gewesen, eine Eigenschaft, mit der er einige Monate das Kultusministerium hätte führen können, die aber zu mehr nicht taugte. Anscheinend habe Arnold zu dem Sturze Köhnens beigetragen. Dies will Bergmann von Busley - Abteilungsleiter im Kultusministerium - haben. Die laxe Handhabung des *numerus clausus* an der Universität Bonn habe Köhnen auch die Stellung als Rektor gekostet. Bergmann meinte, die Zeit der ersten beiden Minister habe dem Aufbau der Kultuspolitik in Nordrhein-Westfalen sehr geschadet. Allerdings müsse berücksichtigt werden daß auf der unteren Stufe eine Menge Verwaltungsarbeit geleistet worden sei, die als gute Grundlage diene. Die Ministerin Teusch wurde von Arnold geholt. Sie kandidierte in der CDU um dieses Amt gegen Schnippenkötter. Schnippenkötter hatte die Stimmen der Interlektuellen hinter sich, Teusch den linken Flügel Arnolds. Die ersten drei Jahre seien die Glanzzeit der Ministerin gewesen. Später sei sie ermüdet und habe die Vorgänge vor sich hergeschoben, um bessere politische Situationen abzuwarten. Infolgedessen sei eine Abkühlung im Verhältnis zu Arnold eingetreten, außerdem habe sie Adenauer zum Gegner gehabt. Schnippenkötter, der seine Niederlage nicht überwinden konnte, machte ihr im Ministerium dauernd große Schwierigkeiten.

Bergmann bezeichnete den Schulselbstverwaltungsentwurf Schnippenkötters von 1950 als utopisch. Die Schule wäre damit ganz in die Diktatur des Lehrerkollegiums geraten, da es den Eltern naturgemäß an Zeit und Sachkenntnis mangelte, um sich mit den umfangreichen Aufgaben zu befassen. Außerdem hätte eine enge Interessenverflechtung auf der unteren sozialen Ebene zum Schaden der Schule stattgefunden.

Staatssekretär Bergmann - Besuch am 1.2.1968
 =====

1. Gegenkandidat gegen Busley war Prof. Lutzeler.
2. Ministerialdirektor Koch wurde von dem späteren SPD-Minister Siemsen gefördert.
3. Prof. Thyssen, Hochschulabteilung, galt als Überganslösung
verpflichtet sein gegenüber Prof. Schiller des Bessers -
4. Landeskonservator Graf Metterlich war nationalsozialistisch belastet und die Briten wollten ihn zunächst nicht akzeptieren.
5. Einem Minister ^{1946/47} gab man 1946 stets einen Ministerialdirektor der Gegenpartei als Aufpasser hinzu.
6. Frau Teusch wurde von Arnold geradezu vor die Tür gesetzt, da sie ihm zu ^{zu}aktiv geworden war. In den Kämpfen gegen Adenauer stand sie stets fest auf Seiten Arnolds.
 Die politische Konzeption der großen Koalition, die Arnold vertrat, entsprach ihrem Denken. Sie hatte ja schon in der Weimarer Republik dem Westflügel angehört. In den letzten Jahren ihrer Tätigkeit schob sie die Probleme vor sich her, um günstige Gelegenheiten abzuwarten. Im engen Kreis sagte sie, je länger ein Minister regiert, desto mehr Feind hat er, da ihm mit der Zeit eine wachsende Zahl von abgelehnten Petenten gegenübersteht.
7. Zwischen Regierungsdirektor Schulte und Dr. Sauvage gab es heftige Kämpfe. Sauvage konnte sich ^{bei der Konzeption des} in London 1946 nicht durchsetzen.
8. Staatssekr. Bergmann berichtete mir, er besitze ^{noch eine} Korrespondenz mit Maria-Laach (Abt Ildefons von Herwegen) betreffend die Personalbesetzung ⁱⁿ in den Volksschulen.

Auskünfte von Frau Schulrätin Dr. Bolwin über das Schulkollegium
Münster nach 1945 - am 17. Oktober 1967 -

Im Gegensatz zum Schulkollegium von Koblenz, das durch die Aufteilung der Rheinprovinz verschwunden war, konnte das Schulkollegium in Münster weiter existieren und eine gewisse Tradition bewahren, obwohl der Personalstand, vor allem im höheren Dienst, von den Engländern vollständig ausgewechselt worden war. Allerdings unterlag das Schulkollegium straffen Eingriffen durch seinen britischen Kontrolloffizier Oberst Savage, der von seiner Mentalität her eine autoritäre Soldatennatur war und den Gang der Geschäfte nicht aus der Hand geben wollte. Die Schulabteilung in Düsseldorf unter Schnippenkötter, die dem Obersten Walker unterstellt war, hatte demgegenüber erheblich mehr Freiheiten. Sie konnte aus eigener Initiative heraus Schulen gründen und wieder eröffnen und sehr früh im Jahre 1945 Pläne zum Geschichtsunterricht entwerfen. In Münster dagegen mußte jede Schuleröffnung von Savage persönlich genehmigt werden. -Der Einbau des Geschichtsunterrichts in den Gesamtunterricht wurde lange Zeit verzögert. Außerdem konnte der Leiter des Schulkollegiums, Karl-Josef Schulte, es nur unter großen Mühen verhindern, daß die Besatzungsmacht die älteren Schüler im Bergbau verwendete. Schulte fand bei seiner Tätigkeit um seinem Kampf um die Reorganisation des Schulwesens kaum irgend eine Unterstützung bei dem Generalreferenten Kultus, Brockmann, der sehr stark mit der Organisation der Zentrumspartei beschäftigt war. Brockmann ließ sich von Schulte nur gelegentlich berichten.

Eine große Hilfe beim ersten Wiederaufbau des Schulwesens bildeten die im Dritten Reich verbotenen Privatschulen. Diese lagen nicht selten in Ortschaften, die vom Bombenkrieg verschont worden waren, so daß schon vor 1945 viele Eltern dazu neigten, ihre Kinder aus Sicherheitsgründen dorthin zu schicken. Meistens waren die Lehrer der Privatschulen noch am Ort, so daß mit dem

- 2 -

Unterricht zügig begonnen werden konnte. Soweit die Privatschulen mit Klöstern kombiniert waren, war auch das Ernährungsproblem leichter zu lösen, da die Klöster nicht selten über bebautes Agrarland verfügten. Der britische Offizier mußte zur Wiedereröffnung der Privatschulen zunächst erst überredet werden. Dies gelang allerdings mit dem Argument, daß man die Privatschulen aus dem Bereich der Wiedergutmachung nicht ausklammern könne.

Mit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Errichtung eines Kultusministeriums sollte das Schulkollegium in Münster aufgelöst werden. Es erhielt den Namen "Abwicklungsstelle". Aber anstatt zu verschwinden, vergrößerte sich die Behörde immer mehr und so konnte es Schulte durchsetzen, daß sie erhalten blieb. Sie wurde allerdings den Regierungspräsidenten angegliedert. Die Landesregierung kam hier einem alten Wunsch der Regierungspräsidenten entgegen, die ihre Macht vergrößern wollten. Gegen eine völlige Verschmelzung mit dieser Behörde wehrte sich das Schulkollegium, in dem es stets seine Eigenständigkeit und seinen eigenen Charakter betonte. Bei diesen Problemen suchte Schulte nicht zuletzt den Schutz und die Unterstützung des CDU-Abgeordneten Jöstingmeier, der im Vorstand der westfälischen CDU war.

Nach dem Kriege und unter dem Eindruck des moralischen Verfalls im Dritten Reich waren sich alle Schulräte der Behörde einig, daß die Erziehung nur auf christlicher Grundlage aufbauen konnte. Schulte selbst, der Humanist war, neigte den Plänen Schnippenkötters zu. Es gab allerdings auch einige Schulräte, welche die Vorstellungen Grimmes befürworteten. Im großen und ganzen gesehen hat es innerhalb des Kollegiums darüber keine schweren Auseinandersetzungen gegeben, da die Behörde bei den entsprechenden Entscheidungen kollegialisch abstimmte.

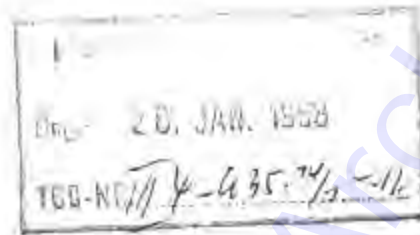
Besuch am 12.6.1967 bei Dr. Klaus Brauda in
Wuppertal (Mitbegründer der CDU)

Dr. Klaus Brauda war an der Gründung des sog. Wuppertaler Kreises, einer vorwiegend evangelisch-liberalen Vereinigung, die Verbindung zu Personen der bekennenden Kirche hatte, beteiligt. Der Kreis, der eine politische Überbrückung der konfessionellen Gegensätze anstrebte, fusionierte unter heftigen Kämpfen mit seinen Zentrumsangehörigen, mit den Kölner und Düsseldorfer christlich-politischen Kreisen zur Rheinisch-Westfälischen CDU. Die Propagandaorganisation mußte aus dem Nichts geschaffen werden und stützte sich in der ersten Zeit vor allem auf Druckerei /die Braudas, der, wie er sagte, damals der Politik seine Gesundheit und einen Teil seines Vermögens geopfert habe und besser bei seinen Leisten geblieben wäre. Die Kölner CDU dagegen besaß von vornherein einen einigermaßen funktionierenden Apparat aus den Beamten und ehemaligen Stadtverordneten der Stadtverwaltung Köln, die Adenauer kannten.

Herr Brauda sagte, Dr. Otto Schmidt habe in Nordrhein-Westfalen das kombinierte Wahlrecht vorgeschlagen. Das Mehrheitswahlrecht, das von den Briten zunächst eingeführt wurde, habe sich für die CDU ungünstig ausgewirkt, da zumal in den Städten die SPD im Vorteil gewesen sei. So habe in der Gegend von Wuppertal die CDU zunächst die Wahlen verloren und erst nach Einführung des neuen Wahlsystems die SPD überrunden können. Gerhard Schröder habe nur das Material für das Kommunalwahlrecht gesammelt. Schröder habe außerdem Dr. Zech-Nenntwich als Hochstapler entlarvt, diese Entdeckung an ihn, Brauda, weitergegeben und er habe bei Arnold veranlaßt, daß Zech-Nenntwich verhaftet worden sei.

M. Montavon

Herrn Professor Dr. Oediger
Hauptstaatsarchiv
D ü s s e l d o r f



Sehr geehrter Herr Professor Dr. Oediger!

Ihr gfl. Schreiben vom 9. Januar kann ich zu meinem großen Bedauern erst heute beantworten, was Sie gütigst entschuldigen wollen. Ich stehe im 80. Lebensjahr und hatte über die üblichen Altersbeschwerden hinaus seit Wochen mit bösartigen Erkältungen bzw. Grippeanfällen zu tun. Dazu kamen zusätzliche Belastungen infolge schwerster Erkrankungen im engsten Familienkreise. Und daß ich in der Erledigung meiner sehr umfangreichen Korrespondenz auf mich selbst angewiesen bin, konnte ich nur die allerdringendsten Angelegenheiten bewältigen.

Inzwischen war ich aber auch zu der Meinung gekommen, daß es mit dem Vorschlag von mir nichts werden könne, weil ich nichts mehr hörte.

Nun darf ich Ihnen in aller Offenheit folgendes darlegen.

Sie wissen, daß ich aus politischen Überzeugungen an der Zentrums-
partei festgehalten habe.

Neben dem verstorbenen Reichsrat der Weimarer Republik Dr. Wilhelm Hamacher, dem verstorbenen späteren Landesminister Dr. Karl Spieker und vielen anderen Politikern der Weimarer Zeit, habe ich 1945 maßgeblich die Wiederbelebung der 1933 aufgelösten deutschen Zentrumspartei betrieben, nachdem die politische Gefolgschaft des Herrn von Papen aus der Partei entfernt worden war bzw. sich entfernt hatte.

Wir folgten damals einer Aufforderung des Oberbefehlshabers in der britischen Besatzungszone, der die S P D, die K P D und die Zentrumspartei in seinem Befehlsbereich wieder zulassen wollte.

So kam es zur Wiederbelebung der Zentrumspartei im Oktober 1945 in Soest. Im Rheinland wurde dann die C D U gebildet.

Daß keine Verschmelzung der beiden Parteien erfolgte, ist nach meiner persönlichen Überzeugung wesentlich darauf zurückzuführen, daß in der Beurteilung der Frage des politischen Einflusses auf die Neugestaltung der Demokratie in Deutschland seitens ehemaliger Exponenten des Zentrums und bestimmter Gruppen bzw. Persönlichkeiten der rechts vom Zentrum stehenden Parteien der Weimarer Republik tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Da ich als Abgeordneter des Zentrums der Weimarer Zeit in Berlin und

und im Lande außerordentlich viel erlebt und erfahren habe, Persönlichkeiten und Ereignisse unterschiedlichster politischer Richtungen kennen gelernt und mitgemacht habe, bin ich 1945 zu dem Entschluß gekommen, mir "selbst treu zu bleiben," wie man zu sagen pflegt, ohne damit ein Werturteil über die politische Haltung anderer Menschen abgeben zu wollen.

So bin ich beim Zentrum geblieben.

Da aber diese Partei nicht die geringsten finanziellen Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten hat oder erhält, mußte ich meine politische Eigenwilligkeit immer teuer bezahlen. Aber die Politik ist auch mein Lebenselement, und ich stehe immer noch zu einem Wort, das ein Abgeordneter "der alten Schule" in meiner Jugendzeit in einer politischen Versammlung in Paderborn ausrief, daß die Würde des politischen Wirkens und insbesondere des Abgeordnetenmandates in der Eigenverantwortlichkeit und völligen Unabhängigkeit liege.

Diese Unabhängigkeit von Staatszuschüssen hat dazu geführt, daß noch einige nicht unerhebliche Restbestände finanzieller Verbindlichkeiten abzutragen sind, für die ich als Parteileiter rechtlich allein hafte. Sie werden gewiß verstehen, daß ich das alles noch bereinigen möchte, so lange ich kann.

Wohlmeinende Freunde haben mir daher geraten, aus meinem langen Erlebnis- und erfahrungsreichen politischen Leben den finanziellen Ertrag zu gewinnen, der mich entlasten kann.

Noch gestern wurde mir das von zwei besonderen Freunden nahegelegt, die mit mir im Düsseldorfer Landtag waren.

Auch Familienangehörige haben mich wiederholt darum gebeten.

Nunmehr bin ich entschlossen, diesem Rat zu folgen, damit ich mich auch persönlich in ehrenhafter Weise entlasten kann.

Die sich aus diesem Entschluß ergebenden Folgerungen bzgl. Ihres Anliegen könnte man vielleicht irgendwie berücksichtigen.

Sollten Sie z.B. besondere Aufwendungen zur Beschaffung eines "zusätzlichen Diktiergerätes" gehabt haben, würde man darüber sprechen können, Ihnen dieses Gerät abzukaufen u.s.w.

Nach meinem Dafürhalten könnte meine Partei durch den innerparteilichen Vertrieb meiner politischen Erinnerungen und Erlebnisse restlos entschuldet werden. Daher möchte ich diese Chance nicht verschenken.

Das Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf bitte ich um Verständnis.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr ergebener
Joh. Brockmann
(Joh. Brockmann)

Besuch bei Herrn Clark in Krefeld am 8.8.1968
 =====

Herr Clark arbeitete vor Kriegsende im Untergrund in Holland, anschließend bis 1952 beim britischen Geheimdienst in Nordrhein-Westfalen. Zeitweise war er Geheimdienstoffizier in Düsseldorf.

Über den Aufbau der britischen Militärverwaltung sagte er:
 Beim Hauptquartier der britischen Armee in Bünde existierten verschiedene divisions, wie manpower, justice etc., die für die Oberkommandierenden und Militärgouverneure eine beratende Funktion einnahmen, fachlich indessen von den Weisungen des Foreign office abhingen. Selbstverständlich übernahmen sie auch Aufträge der Oberkommandierenden.

Auf Länderebene (regional) gab es die gleichen Abteilungen, die wiederum von den entsprechenden vorgesetzten divisions abhingen und gleichzeitig den Land commissioner berieten. Diese Abteilungen nannten sich je nach Fachgebiet ebenfalls division oder department oder branch. Sie waren wiederum in "referats" gegliedert. Jede Abteilung auf Landesebene war so groß, daß sie "referats" besaß.

Auf der Ebene der Bezirksregierungen gab es areas, welche allerdings nicht unbedingt mit den Regierungsbezirken übereinstimmen mußten. Sie hatten vor allem koordinierende Aufgaben.

In den Stadt- und Landkreisen kommandierten town majors. Daneben existierten sections (Polizei, Geheimdienst) groups für besondere Aufgaben und Schwerpunkte der Verwaltung, detachments ebenfalls für besondere Aufgaben. Sections, groups und detachments mußten nicht mit den Stadt- und Kreisgrenzen übereinstimmen. Manpower hatte vor allem seine groups im Ruhrgebiet, wo die Arbeiter sich ballten.

Die Militärregierung hing versorgungsmäßig zuerst von der Armee und dann nur noch von der Armee als Zulieferungsbetrieb ab.

- 2 -

Asbury betrieb eine Politik, die nicht immer mit der der vorgesetzten Dienststellen übereinstimmte. Er fühlte sich für die Ruhe und Ordnung des Landes und seine Prosperität verantwortlich. Was in anderen Ländern geschah, interessierte ihn nicht. So hat er in vielen Fällen die Demontage abgelehnt, da dadurch Zechen stillgelegt und Menschen arbeitslos wurden.

1946 kamen viele Offiziere der indischen Kolonialarmee nach Deutschland.

Die Briten förderten personalpolitisch sowohl die christlichen als auch die sozialistischen Gewerkschaftler, da sie der Auffassung waren, daß diese als einzige Hitler nicht in den Sattel geholfen und den stärksten Widerstand geleistet hatten. Dieser Gedanke spielte bei der Auswahl der Abgeordneten für den ernannten Landtag eine wichtige Rolle.

Viktor Agartz und Prof. Nipperday waren Lieblingskinder von Hans Böckler, der beide sehr förderte, obwohl Nipperday in der NSDAP war und Agartz Parteianwärter ^{Geschäftsmann}. Agartz sei ein Konjunkturritter gewesen, der mit allen politischen Richtungen bereit war, zusammenzuarbeiten.

Die Austritte aus der KPD 1949 von Skretny, Schlappe und anderen waren fingiert, damit diese Männer nicht ihre Stellen ^{im DGB} verloren und weiterhin getarnt Dienste für die KPD leisten konnten. Nur wenige seien aus Überzeugung aus der Partei ausgeschieden. Der britische Geheimdienst hatte gute Quellen in der deutschen KP.

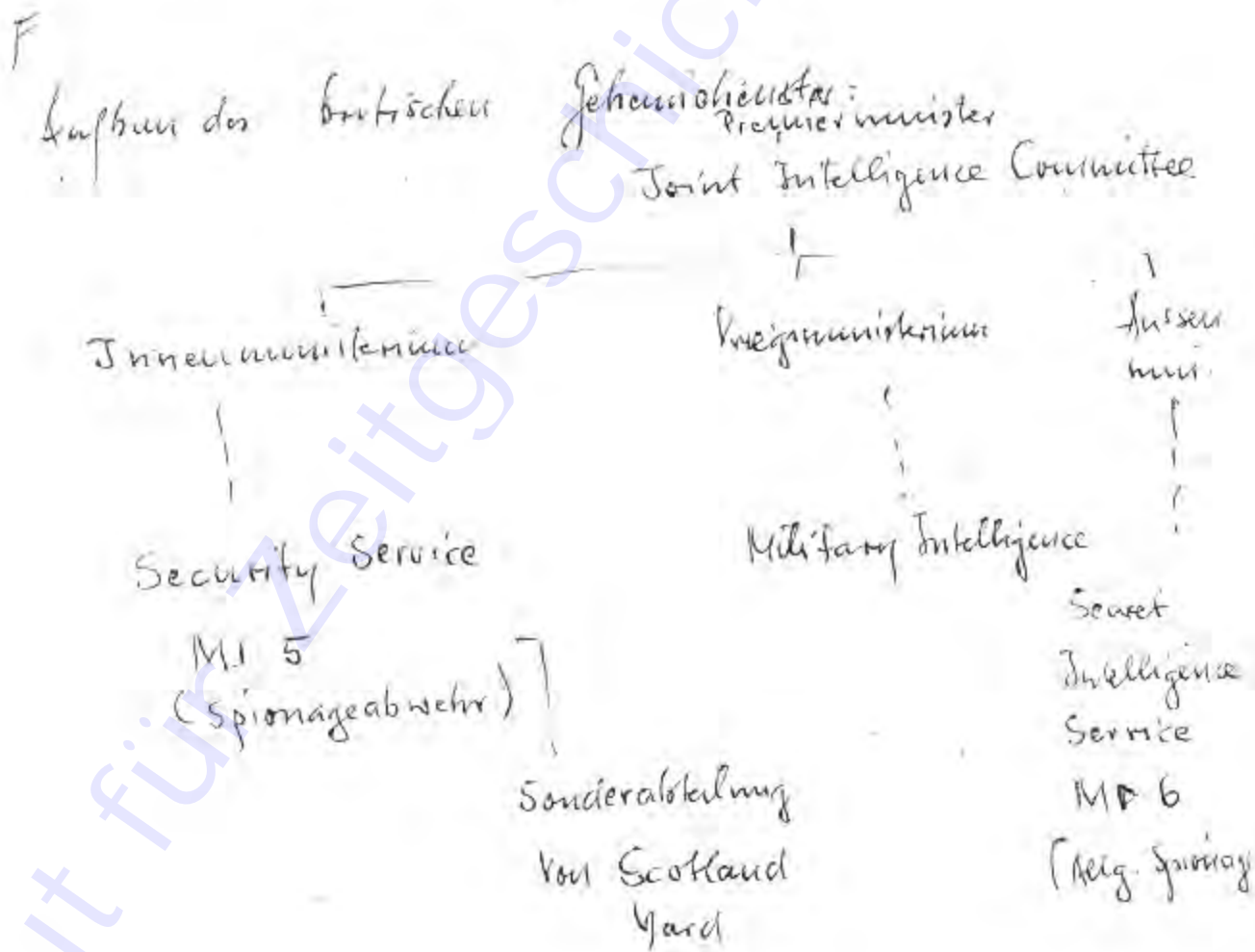
Ab und zu sind von westlichen Geheimdienststellen gefälschte Dokumente in die Öffentlichkeit geschleust worden, um vor kommunistischen Generalstreikplänen und ähnlichen Gefahren zu warnen. Das "Protokoll in der Kominform" gehört nach Ansicht Clarks auch dazu.

Das Zulassungsverfahren für einen Deutschen zu einem politischen Amt war folgendes: Vorschlag einer deutschen Organisation, Beru-

Prüfung durch public safety auf die strafrechtliche Vergangenheit und Prüfung durch Geheimdienst auf politische Vergangenheit, ^{im zuletzt} Ernennung.

Der britische Geheimdienst unterstand zunächst der Armee, dann dem Foreign office.

Von Gumpenberg verdarb seine politische Karriere in der CDU durch sein außereheliches Verhältnis mit Frau Hedemann, die er später heiratete. Die CDU vertrat damals in moralischen Dingen offiziell noch sehr strenge Auffassungen, bemerkte Herr Clark.



Landesrat. D r a k e , Detmold
- Besuch am 14. April 1967 -

1. Drake sagte, der Gauleiter Meier von Westfalen habe Selbstmord begangen, er habe sich erschossen. Drake half, die Leiche, die in der Weser gefunden wurde, zu identifizieren.
2. Drake wurde von einem Colonel Sheppart in Detmold aufgesucht, nach Bückeburg ins englische Hauptquartier gebracht und dort im April 1945 zum Landespräsident von Lippe ernannt. Er sprach sich seit dieser Zeit für eine Vereinigung mit Nordrhein-Westfalen aus wirtschaftlichen Gründen aus. Vor der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen hielt er losen Kontakt mit dem Oberpräsidium in Münster. Es gab evangelische Kreise, die es lieber gesehen hätten, wenn Lippe sich nach Hannover hin orientiert hätte. Sie wollten nicht mit der überwiegend katholischen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zusammensein.

Die ersten Pläne einer Auflösung des Landes Lippe wurden schon 1925 erwogen, man hatte damals vor, das Ländchen in Preußen aufgehen zu lassen. Verhandlungen zwischen Drake einerseits und Braun und Severing andererseits hatten stattgefunden. Hindenburg hatte damals den Anschluß nur zulassen wollen, wenn der fürstliche Besitz Privat bliebe.

Die ersten Verhandlungen zwischen Drake und Amelunxen fanden in Hilstrup statt. Schon damals wurde über das Hauptproblem des Anschlusses, die Verwaltung des Lippe'schen Eigentums, verhandelt.

Nachdem Amelunxen durchgesetzt hatte, daß der Regierungsbezirk Minden mit Lippe vereinigt werden sollte und Detmold Sitz des Regierungspräsidenten werden sollte, leisteten die Mindener noch erheblichen Widerstand.

- 2 -

Drake wurde in Minden geradezu feindselig empfangen und mußte beim Ministerpräsidenten die Erlaubnis einholen, Polizei einzusetzen, um den Widerstand der Beamten zu brechen. Der Widerstand der Mindener Behörden gegen Drake ging so weit, daß sie sogar Beamte gegen seinen Willen ernannten. Drake behauptete, er habe selbst keineswegs Regierungspräsident des neuen Regierungsbezirks werden sollen. Amelunxen habe ihm das Amt aufgenötigt mit den Worten: "Drake, Sie haben die Sache begonnen, nun müssen Sie sie auch weitermachen."

3. General Baraclough soll mit der Landesregierung ziemlich ruppig verfahren sein, demgegenüber aber die Regierungspräsidenten besser behandelt haben. Drake nimmt an, daß der englische General nach dem Prinzip "Divide et Impera" die Landesregierung gegen ihre Unterbehörden auszuspielen versuchte.

Amelunxen

Gespräch mit Wilhelm D ö r n h a u s in Mülheim ^{Z. Nr. 57 25}
am 2.8.1967

43
Dörnhaus, etwa 75 Jahre alt, gehörte schon in der Weimarer Zeit zu einer liberalen Partei und bezeichnet sich selbst als einen Liberalen, der sich auf den Liberalismus des Jahres 1848 stützt und das Manchesterertum ablehnt. Die Ideen des Ordoliberalismus von Röpke und Eucken schätzt er sehr. Mit dem Gang der FDP unter der Führung Mendes, den er sehr förderte, da dieser als Major ein gewisses Ansehen, gutes Aussehen und eine sonore Stimme hatte, ist er nicht mehr zufrieden. Mende ist seiner Ansicht nach nicht liberal und sei es nie gewesen.

Dörnhaus gründet im Sommer 1945 eine liberale Gruppe im Kreise Mülheim. Er griff auf liberale Kreise aus der Weimarer Zeit zurück, unter anderem auf den sogenannten Februartkreis Gustav Stresemanns. Eine Organisation existierte nicht, da die liberalen Parteien schon vor 1933 verschwunden waren. In den Nachbarkreisen entstanden in Westfalen unter Middelhauve und Franz Blücher ähnliche Gruppierungen, die sich langsam zusammenschlossen und zu der liberalen Partei in der russischen Zone und zu den süddeutschen Liberalen Kontaktaufnahmen. Die Beziehungen und Einigungsversuche mit den Mitteldeutschen scheiterten vor allem daran, daß diese zu sehr unter dem Druck der Sowjets standen. Der persönliche Referent des Verhandlungsführers "Minister Kütz, ein Herr Leutnant, spielte dabei eine unheilvolle Rolle, indem er einen russenfreundlichen Einfluß auf Kütz nahm. Möglicherweise war er ein russischer Agent. Zudem traten die Mitteldeutschen in teuren Wagen besser ausgestattet als die Westdeutschen auf, die dadurch mißtrauisch wurden. Sehr langsam konsolidierte sich die Organisation der Partei, wobei der erste Vorsitzende der Zonenpartei, der im Januar 1946 gewählt worden war, Prof. Heilke, einen störenden Einfluß ausübte, da er ein Querkopf war. Er wurde bald darauf in Bad Pyrmont abgewählt und an dessen Stelle trat Blücher, ebenfalls ein Altliberaler. Heilke, der zwar als Persönlichkeit und glänzender Redner etwas darstellte, hatte keine Gruppen hinter sich und verschwand deshalb umso rascher. Er trat zur DP über und war mit Hellweg zusammen im Parlamentarischen Rat, wo er allerdings mit Hellweg nicht harmonierte.

Dörnhaus bearbeitete als Propagandist den ganzen rechten Niederrhein und mußte in mühsamer Kleinarbeit bei den Bauern die Vorurteile gegen den Liberalismus abbauen.

Bei den ersten Wahlen im Sommer 1947 erwog die Partei noch, ob sie sich tatsächlich stellen sollte, da sie fürchtete, nicht über die 5%-Klausel hinweg zu kommen. Sie war dann überrascht, daß sie es dennoch schaffte.

An einer Koalition beteiligte sie sich damals nicht, da Arnold in sein Regierungsprogramm die Sozialisierung aufgenommen hatte. Gerade Dörnhaus, der sein Leben lang bei Thyssen gearbeitet hatte, war dagegen.

Blücher verstand sich als Finanzminister mit seinen Kabinettskollegen gut, unter denen Menzel ein sehr eigenwilliger Mann gewesen sein soll, dessen schärfster Gegner Adenauer war. Als Menzel den 1. Entwurf der Verfassung 1947 vorlegte, lehnte Adenauer diesen im Landtag als „rosarot“ ab. Weitz, der Nachfolger Blüchers, sei ein einsichtiger Mann gewesen und Arnold war in den Augen Dörnhaus' konzilant. Von Amelunxen habe alle Welt erwartet, daß er in die CDU einträte. Aber Adenauer und Amelunxen hätten sich nicht verstanden und dies sei wohl mitbestimmend für Amelunxens Entschluß gewesen, dem Zentrum beizutreten, was ihm allerdings das Amt des Ministerpräsidenten gekostet habe.

Beim am 17.8.47

Dörnhaus meinte, daß der 1. Landwirtschaftsminister Henkamp ein sehr unrichtiger Mann gewesen sei, der ganz anders über sein Ressort berichtet habe. Er habe meistens sofort gewinkt, welche Mühlen abroteten, wo den Getreide lagerte usw.

Henkamp sei ein sehr „starrer Mann“ gewesen.

Willi Eichler - Besuch am 24. Oktober 1967

1. Jakob Kaiser war der Hauptförsprecher einer Vereinigung der christlich-sozialen mit der demokratisch-sozialen Partei. Wenn auch keine konkreten Pläne zu einer Fusion vorlagen, bestimmte dieser Gedanken sein politisches Handeln. Vorbild für ihn war die Einheitsgewerkschaft aus den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften, der nacheinigem Zögern auch der Klerus und einige widerstrebende alte Gewerkschaftsföhrer zustimmten. Karl Arnold war diese Vorstellung gegenüber nicht abgeneigt und mußte daher zwangs-läufig mit dem konservativ-großbürgerlichen Adenauer, in Konflikt geraten. Der Kampf Adenauers gegen die CDU - SPD - Koalition war unvermeidbar. Der faktische Gedanke, daß die CDU im Bund bei Wahlkämpfen Rücksicht auf die Koalition in Nordrhein-Westfalen nehmen mußte, spielte dabei keine Rolle, da Adenauer sich nicht gebunden fühlte.

Ein Dorn im Auge Adenauers war W. Schmidt, der Personalreferent im Innenministerium, gegen den er Material sammelte. Es gelang ihm, einen Brief Schmidts aus den Jahren nach 1945 an seinen ehemaligen Chef in der preußischen Verwaltung ausfindig zu machen, in dem Schmidt seine Hoffnung ausdrückte, später wieder einmal dem Staat dienen zu können.

Schmidt war 1933 als Beamter entlassen worden, konnte es aber gerichtlich erreichen, in den Ruhestand versetzt zu werden. Auf dieses Urteil hin hat er den obengenannten Brief verfaßt.

Adenauer versuchte, diesen Vorgang auszunützen, hat aber diese Absicht wieder fallengelassen, als man ihm klarmachte, daß die Formulierung "dem Staat dienen" nicht gleichzusetzen sei mit "dem Nationalsozialismus dienen".

- 2 -

2. Als Willy Eichler im Januar 1946 aus England zurückkehrte er war 1945 schon einmal für zwei Monate in Deutschland gewesen, hatte aber, wie alle Emigranten, keine endgültige Ausreisegenehmigung erhalten - fand er, daß etwa die Hälfte der SPD-Bezirke in der britischen Zone sich für Schumacher entschieden hatten. Die französische Zone war für die Parteiarbeit bis dahin noch gesperrt. Er selbst übernahm den Posten eines Redakteurs der Rheinischen Zeitung in Köln, wo er im Vorstand des SPD-Bezirks Mittelrhein mit Göslinger zusammenarbeitete.

Die Ortsvereine hatten sich zuvor meist auf lokaler Ebene aus dem Stamm der SPD-Führer gebildet, die das 3. Reich überlebt hatten. 1946 war die Organisation, nach den Maßstäben aus der Weimarer Republik gemessen, rudimentär-

3. Carl Severing hat die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt. Eichler gab an, Severing habe dies aus einer lebhaften Bindung an seine Heimat Westfalen und Bielefeld getan, die er nicht neutralisiert wissen wollte.

Severings Einfluß im Landtag war ziemlich groß, da er versuchte, auf die ganzen Abgeordneten erzieherisch zu wirken.

Bei ihm habe sich noch die alte Reichstagsschulung bemerkbar gemacht. Er habe - und sei es noch so ~~heiß~~ heiß gewesen - aufmerksam alle Reden verfolgt und sich mit ihnen auseinandergesetzt.

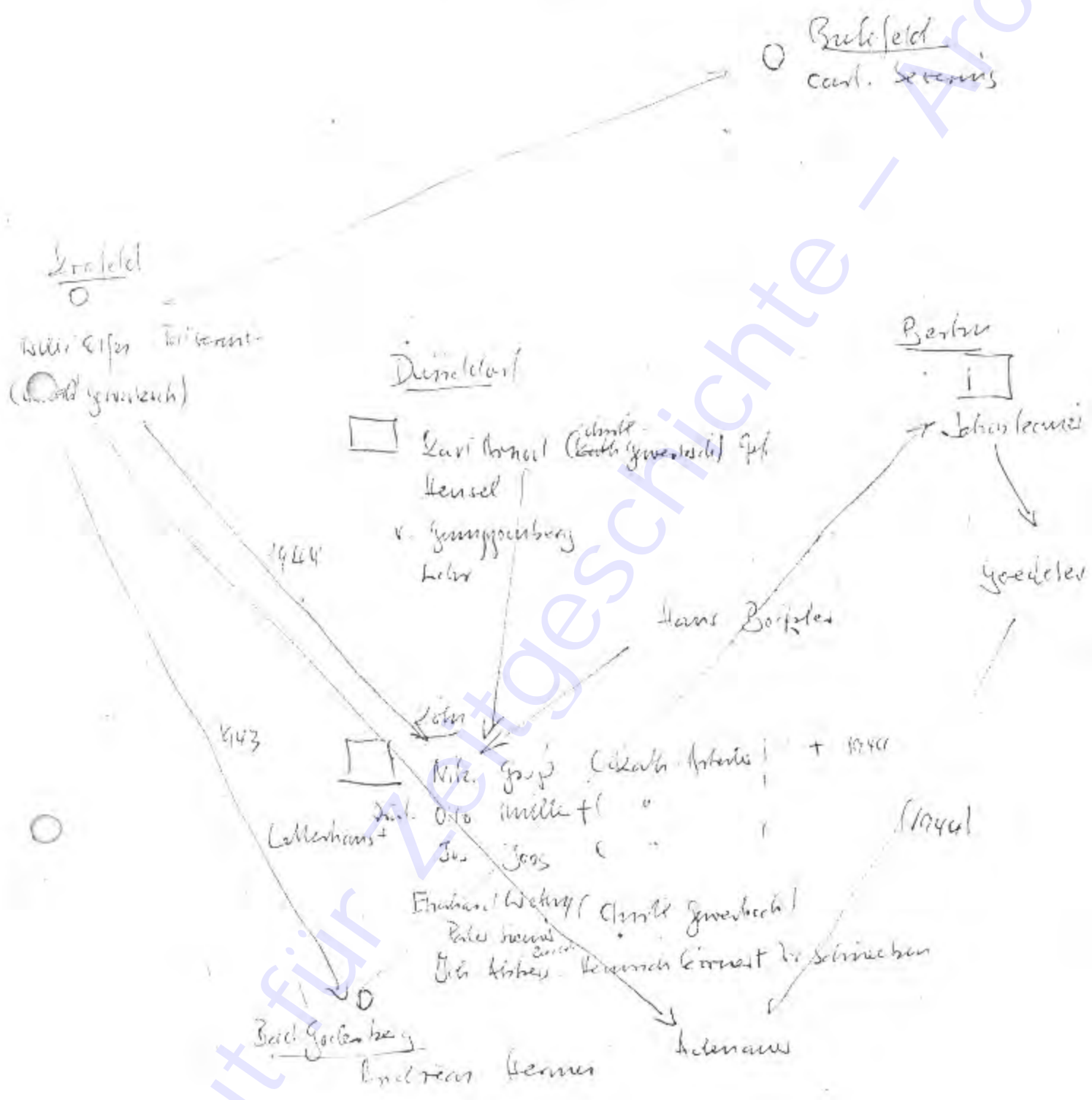
Der erste Landtagspräsident Gnoß war von der SPD nominiert worden, weil er aus Düsseldorf stammte und mit den Verhältnissen der Stadt vertraut war.

Die Kommunisten in den ersten Landtagen seien intelligent und wohlmeinende Männer gewesen, die vom Osten noch nicht in dem Maße abhängig waren, wie es die spätere KPD gewesen war.

- 3 -

Ihr Ausscheiden aus der Regierungskoalition sei nach latenten Spannungen durch die Gründung des Wirtschaftsrates in Frankfurt notwendig geworden. Diese Gründung bezeichneten sie öffentlich als Landesverrat, da sie die Teilung Deutschlands fördere.

Zur Elfer. zum Wickerbaum
 25.11.57 - 30
 Wälder des Kreises



Jeanette Vermeiden

Das Landhaus

Aufstand.
 20.10.1950

Besuch bei Herrn Polizeipräsident E l f e s am 8.11.1967
in Mönchengladbach

Elfes reiste zwischen Mai 1940 und August 1941 in Deutschland umher und hielt über 100 illegale Versammlungen in Kirchen und Gemeindehäusern ab. Meist hielten die Pfarrer zuverlässige Gemeindeglieder nach dem Gottesdienst zurück und eröffnete ihnen, daß ein Laie über die politische Lage sprechen wolle. Elfes reiste häufig unter falschem Namen. Zur gleichen Zeit unterhielt er Verbindung zu Jakob Kaiser und dem Reichsminister Hermes, der in Bad Godesberg wohnte. Hermes war an ihn herangetreten, um politische Gespräche über die Zukunft Deutschlands und der Wiedergründung einer christlichen Partei zu führen. Zuweilen luden beide andere Politiker, wie Karl Arnold, ein. Elfes vermittelte zwischen Hermes und Adenauer in Rhöndorf, denn Adenauer und Hermes waren seit der Zeit vor 1933 nicht gut aufeinander zu sprechen. Über Jakob Kaiser wußte Adenauer von der Widerstandsarbeit Goerdelers. Elfes, der in diesen Jahren mit Adenauer befreundet war und ständig Zugang zur Familie besaß, meinte, dieser sei ohne Hoffnung auf einen Untergang des Dritten Reiches gewesen. Er habe keinen Mut gehabt.

Elfes ging in seinen Überlegungen von zwei Überzeugungen aus:

1. der Nationalsozialismus richte sich selbst zugrunde und
2. der Kapitalismus, der 1933 ein Bündnis mit Hitler abgeschlossen hatte, müsse verschwinden.

Die Erfahrungen der Weimarer Republik hatten gezeigt, daß die Regierung eine breite Mehrheit benötige. Es mußten also große Parteien geschaffen werden, die sich an keine Klasse oder Konfession anlehnten. Er folgerte daraus, daß nach dem Kriege eine "Partei der Arbeit" gegründet werden müsse, eine Partei, die den Klassenkampf abwenden könne. Severing, mit dem sich Elfes in Bielefeld unterhielt, war diesen Plänen nicht abgeneigt. Beide versprachen einander, die alten Kämpfe gegen die Kirche einerseits und die sozialistischen Arbeiter andererseits beizulegen: "Elfes nicht mehr als 'Pfaffenknecht' und Severing nicht mehr als 'Kirchenfeind' zu betrachten. Aus den Gesprächen mit Kaiser und Severing

- 2 -

kristallisierte sich eine Parteikonzeption und ein Verfassungsentwurf heraus. Als Problem entpuppte sich die Eingliederung der Bauern in diese zukünftige Partei; denn Hermes wies stets darauf hin, daß die Bauern konservativ seien. Hermes hatte damals den Gedanken, die geplante Partei "Union" zu nennen. Nach Kriegsende verfaßte Elfes eine Flugschrift mit dem Titel "Wir bitten ums Wort". Sie wurde in 8000 Exemplaren ohne Erlaubnis der Briten gedruckt und vertrieben. Der englische Stadtkommandant von Mönchengladbach befahl Elfes zu sich und machte ihm Vorhaltungen. Elfes wies darauf hin, daß die Schrift auf den Advent 1944 datiert sei, worauf der Offizier antwortete, er werde die säumigen Briefe an seine Frau nächstens auch zurückdatieren. Elfes wurde in Gnaden entlassen.

An den Besprechungen zum Amlener Programm nahm Elfes nicht teil, ihm war als beamteter Oberbürgermeister von Mönchengladbach die politische Tätigkeit verboten. Die kleine Broschüre tat ihre Wirkung auf die Programmkommission.

Die Amerikaner fragten Elfes 1945, wer Oberpräsident der Rheinprovinz werden könne. Er schlug Adenauer vor. Als ihm gesagt wurde, dieser sei in einer Reichsregierung als Innenminister vorgesehen, riet Elfes davon ab. Adenauer gebärdete sich demokratisch, wenn er in der Minderheit sei, er sei ein Herrscher, wenn er an der Macht sei. Die Rheinprovinz biete ihm eine gewisse Unabhängigkeit, an den großen Entscheidungen dürfe er nicht beteiligt werden.

Adenauer, der an der Gründung der ^{nicht} CDU beteiligt war, gab sich zusammen mit Pferdmenger sehr sozialistisch. Pferdmenger war sogar so radikal, daß seine Reden unglaublich klangen. Später behaupteten beide, sie hätten diese Sprache geführt, um die Labourpartei zu täuschen. Elfes entsinnt sich eines Gespräches mit der Familie Adenauer. Er hatte seine Pläne dargelegt, worauf Frau Adenauer antwortete: "Ja, Herr Elfes, wollten Sie Ihre bürgerliche Lebensweise aufgeben?"

-3-

- 3 -

Adenauer habe sich im Grunde mehr für die Frage interessiert, wie die Bevölkerung ^{gewonnen werden kann}, als für die Probleme, wie Deutschland ^{zu gründen sei}. In einer der ersten Besprechungen auf der Godesburg habe er gemeint, wir müssen zuallererst sehen, daß wir die Pfarrer in die Hand bekommen, denn damit werden wir auch die Bauern haben.

Elfes fragte im Sommer 1945 Adenauer, was er mit dem Rheinland plane. Dieser erwiderte: Dem Oberbürgermeister Elfes kann ich nichts sagen. Herrn Elfes aber sage ich, es kommt darauf an, was die Franzosen bieten. Elfes ist gewiß, daß Adenauer zu dieser Zeit Verbindungen ^{mit} zu den Franzosen aufgenommen hatte und daß dessen Entlassung 1945 nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei.

Adenauer habe 1923/24 wie 1945 nur für rheinische Bereiche gedacht und gehandelt. Er habe bis dahin keine Auslandsreisen gemacht und eine Reise nach dem Osten oder nach Berlin sei ihm zuwider gewesen. Der Horizont Adenauers war sehr begrenzt. Daher lag ihm der Gedanke nicht fern, die Zeche für den verlorenen Krieg vom Osten zahlen zu lassen, das Rheinland und Westfalen an die Westmächte - 1923 an Frankreich, 1945 an die USA - anzulehnen, um seine Heimat auf diese Weise freizukaufen.

Sicherlich habe er 1923 keinen aktiven Separatismus getrieben; denn er war zu klug, um sich zu exponieren, aber er habe gelauert, wohin die Waage sich neigte.

Nach dem Krieg war er von der deutschen Mission gegen den Kommunismus überzeugt. 1948 habe er Elfes einmal vertraulich gefragt, was er von einem Krieg gegen die Sowjetunion halte! Elfes war bestürzt, denn zur gleichen Zeit schwor Adenauer, ^{niemals} niemals mehr die Remilitarisierung Deutschlands zuzulassen. Als er 1950 den Alliierten den Wiederaufbau einer deutschen Wehrmacht anbot, sei er, Elfes, zwar betroffen, aber nicht überrascht gewesen.

Staatssekretär Dr. Elsler war vor dem Kriege Schüler und Assistent bei Prof. von Beckerath in Köln. Er hatte die Absicht, sich mit dem Thema "der britischen internationalen Geld- und Kreditpolitik im 19. und 20. Jahrhundert" zu habilitieren. Zu Beginn des Krieges wurde er bei der Industrie- und Handelskammer, später Gauwirtschaftskammer, dienstverpflichtet.

Dort lernte er Karl Arnold kennen, der als Teilhaber einer kleinen Firma mit ihm dienstlich in Kontakt kam. Nach vorsichtigem Vorfühlen stellte Dr. Elsler fest, daß Arnold den Nationalsozialismus ablehnte. Beide kamen eingehender ins Gespräch. Über Arnold lernte Dr. Elsler Dr. Hensel, den späteren Oberstadtdirektor von Düsseldorf kennen. Hensel, der nach seiner Verurteilung für "wehrunwürdig" erklärt worden war, sollte während des Krieges dann doch in ein Strafbataillon eingezogen werden. Es gelang Dr. Elsler, diese Bestimmung abzuändern, und Dr. Hensel wurde einer normalen Wehrmachtseinheit zugeteilt.

Nach einiger Zeit der Bekanntschaft erfuhr Dr. Elsler von den Kontakten Arnolds mit Goerdeler und den Gesprächen über den Wiederaufbau Deutschlands und der Parteien nach dem Verschwinden des Nationalsozialismus. In diesem Zusammenhang erörterten er und Arnold auch die Wiedergründung von Gewerkschaften, wobei beiden der Gedanke einer Einheitsgewerkschaft und einer Dachorganisation der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, eine Art Contra de lavoro, vorschwebte. Dr. Elsler vertrat diese Idee auf Grund seines Studiums von Pareto und Sorel. Danach sollten die wirtschaftlichen Konflikte auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ebene verlagert werden; die Regierung sollte von den Lohn- und Tarifproblemen befreit sein. Dr. Elsler trug diese Gedanken dem General Barradoñgh vor, der sie interessant fand, aber einige Tage später wieder verworf.

Der Gedanke einer großen tragfähigen Partei der linken Mitte, eine Art "Labourparty" kam ebenfalls nicht zum Zuge. Dr. Elsler sagte, diese ersten Jahre nach dem Kriege seien eine Zeit der

- 2 -

phantasievollen politischen Pläne und der Diskussionen gewogen. Jeder sei ernstgenommen und alle Möglichkeiten seien kombinatorisch durchdacht worden.

Bei der Gründung der CDU ging Arnold von dem Gedanken aus, ehemalige repräsentative Zentrumsführer in die neue Partei zu holen, um deren Abwandern zum wiedergegründeten Zentrum zu verhindern. So sei man an Johannes Brockmann herangetreten, der eine ansehnliche politische Gefolgschaft im Gebiet Münster - Land hatte und habe auch Adenauer in Rhöndorf besucht, wo die Konzeption der CDU erörtert wurde. In der ersten Zeit habe sich Adenauer in der Entscheidung, welcher Partei er beitreten wollte, zurückgehalten.

Außerdem habe Arnold den Beitritt der Wuppertaler evangelischen Gruppe unter O. Schmitt in die CDU gefördert, um eine eigene evangelische Parteigründung, etwa eine Art "evangelisch-christliche Volksdienst", wie sie in der Weimarer Republik bestand, zu verhindern.

Nach der Ernennung Arnolds zum Oberbürgermeister von Wüsseldorf hatte er sich über die Partei hinaus einen großen Ruf erworben, so daß nach den Kommunalwahlen vom 19. Oktober 1946 verschiedene Kreise, sogar aus der SPD, an ihn herantraten, und ihn aufforderten, er solle in das Kabinett eintreten.

Mit Arnold trat Prof. Koenen aus Bonn in die Regierung ein. Von ihm erhofften sich weite Kreise eine Förderung der Universitäten, deren Leben völlig darniederlag. Koenen, der zunächst nicht der CDU angehört hatte, sträubte sich und wurde u.a. von Prof. v. Beckerath überredet, das Amt anzunehmen.

Der Arbeitsminister Halbfell, dessen Stellvertreter Dr. Elsler war hatte während des III. Reiches einen Handel mit Fischsalaten betrieben, um seine Existenz zu sichern. Als er Minister wurde, übergab er den Betrieb seinem Sohn.

-3-

- 3 -

Das neue Arbeitsministerium mußte zunächst die Arbeitsverwaltung, die vom III.Reich her weiterbestanden hatte, reformieren. Dabei tauchten Schwierigkeiten mit dem zuständigen britischen Beamten, Bate, Leiter der Abteilung "Manpower" auf. Dr.Elsler hatte den Eindruck, daß Bate ein konservativer, an sozialen Fragen wenig interessierender Mann war, der in Fragen, die seinem Konzept zuwiderliefen, kleinlich werden konnte. So lehnte er auf Grund der britischen Vorstellung vom unpolitischen Beamten jeden Beamten in der Arbeitsverwaltung ab, der politisch aktiv war.

Ein Schwerpunkt der Arbeit, die das Ministerium zu bewältigen hatte, bildete der Aufbau der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. Es kam dabei zu langen Diskussionen mit Sträter, ob die Arbeitsgerichte dem Justiz- oder dem Arbeitsministerium unterstehen sollten und ob die Arbeitsrichter- die Befähigung zum Richteramt haben mußten oder lediglich Fachleute aus dem Sozial- und Arbeitswesen sein sollten. Ebenfalls wurde mit den Arbeitgebern über die personelle Zusammensetzung der Arbeitsgerichte debattiert, wo^{6a} die Arbeitgeber auf die Ernennung⁶ eine Einflußnahme anstrebten.

In der Demontagefrage hatte Dr.Elsler den Eindruck, daß manche Unternehmer über den Abbau ihrer Betriebe nicht übermäßig betroffen waren. Da zumeist ^{ausgerichtet} Industrien betroffen waren, die während des Krieges sowieso nicht investiert hatten, räumte die Demontage häufig eigentlich nur Anlagen weg, die überaltet waren. Ein Düsseldorfer Unternehmer meinte ihm gegenüber einmal, er sei ganz froh, daß sein Werk demontiert würde, denn die Beseitigung seiner veralteten Anlagen hätte er gegen den Aufsichtsrat doch nicht durchsetzen können.

Besuch bei Minister a.D. Erkens am 29.11.1967 in Rheydt-Odenkircher

1. Erkens bestätigte die Aussage von Dr. Six, daß die Ansichten der CDU zur Demontage zwei Seiten gezeigt hätten. Um das politische Gesicht zu wahren, habe die Partei die Demontage abgelehnt, zumal in einigen Gemeinden der Ausfall von Betrieben zu sozialen Katastrophen führen mußte; dagegen waren viele Abgeordnete, nicht zuletzt auch Industrielle der Überzeugung, daß die alten Maschinen durch neue ersetzt würden. Erkens, der zu dieser Zeit Geschäftsführer einer IHK war, vertrat diese Auffassung. Er hatte selbst miterlebt, wie z.B. das Werk Erft noch während des Abbaues seiner Maschinen mit der Planung und Entwicklung ^{neuer Anlagen} anderer begann. Es schienen entsprechende Winke-~~e~~ der Großindustrie, die Beziehungen zur USA hatte, vorgelegen zu haben.

2. Genauso bedeutend war das Problem der Bodenreform. Lübke, der die Reform vertrat, stieß in der CDU-Fraktion auf den Widerstand Johnens aus Jülich und Dr. Müller, den ehemaligen Leiter des Ernährungsamtes der Nordrheinprovinz. Am Niederrhein war dieses Problem nicht prekär, da es keinen Großgrundbesitz gab. Das einzige Gut in der Nähe Rheydts, Dyck, war vorsorglich auf mehrere Familienmitglieder verteilt worden, obwohl es ^{wohl} geschlossen bewirtschaftet wurde.

eigentumsrechtlich

Besuch bei Rechtsanwalt Dr. F a r n b o r o u g h am 24.1.1968
=====

Dr. Farnborough führt heute ein Büro in der Königsallee und ist offensichtlich im Bereich der Wiedergutmachung tätig. An der Wand seines Dienstzimmers hängen Bilder von General Dayen und David ben Gurion. Obwohl Herr F. einen englischen Namen trägt, hat seine deutsche Aussprache einen Dialektanschlag, der auf den Raum Frankfurt - Mainz hinweist. Er scheint also Jude zu sein; der vor dem Krieg emigrierte und mit der englischen Armee 1945 wieder nach Deutschland kam.

Er erzählte mir, daß das erste Gericht im Gebiet der britischen Armee ein Militärgericht in Bedburg gewesen sei, an dem sowohl Engländer als auch Deutsche verurteilt würden. Leiter dieser Behörde sei Oberst Möller gewesen, der später als Brigadier der britischen Rechtsabteilung in NW vorgestanden habe.

Nach der Kapitulation im Mai 1945 habe Moller versucht, langsam wieder einzelne deutsche Gerichte zu eröffnen. F. und Moller hätten Justizbeamte und Richter gesucht, eine Zentralkartei angelegt und mit der Errichtung des Landgerichts Kleve begonnen.

Im Winter 1945/46 sei er, F., nach Iserlohn zum Stab des Army-corps versetzt worden und habe nunmehr Gerichte in Westfalen aufgebaut. Diese Arbeit geschah völlig unabhängig vom Oberpräsidium in Münster. In jener Zeit habe er mit Oberlandesgerichtspräsident Wiefels Bekanntschaft geschlossen.

Nach der Bildung des Landes NW sei er nach Düsseldorf zurückversetzt worden und habe die Fragen des bürgerlichen und des Strafrechtes bearbeitet, sowie nach und nach den Aufbau des Gerichtswesens gefördert. Er habe engen Kontakt mit Oberlandesgerichtspräsident Lingemann und Senatspräsident Hoberg gehabt. Lingemann habe es sehr bedauert, daß er nicht Justizminister geworden sei und diese Meinung auch bei Besprechungen lebhaft geäußert.

Mit Hoberg sei die Zusammenarbeit nicht leicht gewesen, da dieser allzu "preußisch" gewesen sei.

Lingemanns Versuche, das Oberlandesgericht Köln aufzulösen und den Restbezirk Düsseldorf zuzuschlagen, sei von der Militärregierung nicht unterstützt worden, weil diese das Prinzip verfolgte, sich nicht in die Grenzfragen und Kompetenzstreitigkeiten der deutschen Behörden einzumischen. Lingemann habe in der Frage des Landgerichtsbezirkes Essen, das er ebenfalls in Düsseldorf sehen wollte, sogar die Rechtsabteilung der Briten für eine Zeit versucht einzuspannen.

Die Briten vertraten bei all diesen Problemen die Auffassung, daß sie lediglich dafür zu sorgen hätten, die Nazigesetze zu beseitigen und Nationalsozialisten aus den Gerichten fernzuhalten. Die Kodifizierung deutschen Rechtes und die Fragen der Justizverwaltung hätten sie den Deutschen überlassen. Auch in harten Konflikten um die Anerkennung des Justizministeriums durch die Oberlandesgerichte, die 1947 ausgetragen wurden, habe sie nicht eingegriffen, zumal nach britischer Rechtsauffassung ein Justizministerium nicht notwendig sei.

Lediglich die Gemeindeordnung von 1946 sei ein bewußter Eingriff in die deutsche Gesetzgebung gewesen. Hier habe man im Auge gehabt, die Selbstverwaltung zu stärken und die NS-Entwicklung des Kommunalrechtes zu unterbinden.

GVP, PvdD etc 1958 sind nur noch 1701 sonstige Stimmen vorhanden, die sämtlich für die DP abgegeben worden sind. 1961 erreicht die Bonner Bürgergemeinschaft, die erstmals auftritt, diese früheren 5796 Stimmen. Dies geht keineswegs zu Lasten der FDP, denn sie hat bei dieser Kommunalwahl — wie bereits dargestellt — rund 600 Stimmen gegenüber 1956 gewonnen, gegenüber 1958 sogar 1200. Dem zuletzt unrichtigen Stand von 5069 Stimmen bei der Bundestagswahl am 18. September 1965 stehen auf dem Konto von insgesamt sechs Spitzlerparteien rund 2500 Stimmen gegenüber, davon 1591 von der NPD.

Es ginge zu weit, hier noch die einzelnen Schwerpunktziele innerhalb des Stadtgebietes aufzuzeigen. Interessant ist freilich festzustellen, daß wir einen großen Teil unserer treuesten Wähler (Professoren, Ärzte, Anwälte, selbständige Kaufleute) an die benachbarten Städte und Gemeinden abgegeben haben. Speziell im Draußenfelder Ländchen, wohin viele Bonner gezogen sind, legen eine Reihe von Gemeinden mit FDP-Mehrheit und FDP-Bürgermeistern davon Zeugnis ab.

Neuorientierung für die Zukunft

Diese kurze Darstellung von 20 Jahren Partigeschichte sollte keine Chronik sein. Deshalb fehlt viel, was manchem wichtig erscheint: jünger Name, dieses Ereignis, jene Zahl. All das im Zusammenhang darzustellen, wäre eine dankbare Aufgabe. Sie müßte ergänzt werden um einen Rückblick auf jene Wurzeln des Liberalismus, die schon im 18. und vor allem dann im 19. Jahrhundert in unserer Stadt gelegt worden sind.

Das war jedoch nicht der Sinn dieser Darlegungen. Sie sollten nur eine Orientierung am Vergangenen für die Zukunft ermöglichen. Diese Neuorientierung dürfte vor allem im Organisatorischen erforderlich sein. Nach der Landtagswahl vom 10. Juli sind drei Jahre Zeit dazu, die genutzt werden sollten, um die Partei funktionsfähiger zu organisieren, sie in die Tiefe und Breite auszubauen und fester im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern.

Das gemeinsame Beisammensein im Herbst, bei welchem wir unseres zügigen Bestehens gedenken wollen, soll den ersten Anstoß in dieser Richtung geben. Ziel auch im Lokalen muß sein: Nicht immer nur als dritte Kraft wirken wollen, sondern unter drei oder mehr politischen Kräften auch einmal auf den zweiten oder ersten Platz vorzurücken. Wenn wir davon überzeugt sind, daß wir die besseren Argumente haben, können wir sicher sein, daß wir auch dieses Ziel erreichen werden.

Erwin Reuß

Korrespondent: Kreisverband Bonn-Stadt der FDP

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Siegfried Sadler, Bonn, Eldoradostraße 15
Druse: Buch- und Verlagsdruckerei Ludwig Leopold, Bonn, Eisenstraße 1



FREIE DEMOKRATEN
IN BONN

Nr. 3 / Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Bonn-Stadt / Juli 1966

20 Jahre FDP in unserer Stadt

Logo, Mittelstand und Deutsche Demokraten

Es begann 1946 mit 150 Mitgliedern — „Für die Professoren“

Erste Zeitungen, die das Ereignis festgehalten hätten, gab es in jenen Tagen noch nicht. An der Spitze dieser Zeuge der damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in unserer Stadt ist der Verwaltungsbericht über Land über die Jahre 1945 bis 1950 nennt die FDP am 13. Oktober 1946 zum erstenmal:

„Mit der fortschreitender Normalisierung des öffentlichen Lebens verstärkte sich auch die Tendenz der neu gebildeten politischen Parteien. Zu den hierbei beteiligten Parteien (CDU, SPD, KPD) kamen die Freie Demokratische Partei und von Zentrum. Sie alle erstrebten im Land und in der kommunalen Verwaltungskorporation, die aus allgemeinen Interessen und gemeinsamen Werten in Frage gestellt sollten. Diesen Forderungen widersetzten sich die Abzweigungsmächte nicht.“

Mit einem Mann im Stadtrat

Auf Grund der Verordnungen Nr. 26 und 28 der Militärregierung wurden erstellte am 17. Oktober 1946, nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, die Stadtverordneten wieder nach freien demokratischen Grundsätzen gewählt. Das Wahlrecht, nach dem die Wahl stattfand, war im wesentlichen ein dem englischen Recht nachgebildetes Mehrheitswahlrecht, demgegenüber die Verhältniswahl stark zurücktrat.

Die gewählte Stadtvertretung setzte sich aus 36 Mitgliedern wie folgt zusammen: 31 Vertreter der Christlich-Demokratischen Union, 3 Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1 Vertreter der Freien Demokratischen Partei und 1 Vertreter des Zentrums.

Erster FDP-Stadtratssenator war der Journalist Otto Schumacher-Rehmel. Aber schon vor dieser Wahl und noch bevor sich die Liberalen in Deutschland zu einer Partei zusammenschlossen, hatten frei demokratisch rennende Kandidaten um Wiedereinbau unserer Stadt mitgewirkt: Hochkommissar Dr. Josef Gröze zum Beispiel, der später viele Jahre die FDP-Stadtratsektion geführt hat, war als Parteiführer schon im 6. Dezember 1945 in die von der britischen Militärregierung ernannte Stadtvertretung berufen worden.

Poltsdamer Abkommen erlaubt Parteien

Wie entstanden damals die Parteien? Konrad Adenauer, der indirekt sogar mit der Gründung des Bonner FDP-Kreisverbandes zu tun hat, macht in seinen „Erinnerungen 1945—1953“ dazu einige Anmerkungen: „Nach dem Zusammenbruch Deutschlands im Frühjahr 1945 regten sich sogleich wieder, auch als die Alliierten die Bildung von Parteien noch nicht erlaubt hatten, parteipolitische Bewegungen, zum großen Teil in den Parteien, die bis 1933 bestanden hatten.“

Die Alliierten beschäftigten sich mit der Frage der Zulassung politischer Parteien im Sommer 1945. Im Punkt 9, Absatz II des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 bestimmten sie, daß in ganz Deutschland demokratische Parteien wieder erlaubt und zu fördern seien mit der ausdrücklichen Einflürnung des Rechtes der Parteien, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“

Wilhelm Külz und die Liberal-Demokraten

In den einzelnen Besatzungszonen kam diese Erlaubnis unterschiedlich früh bei den Sowjets am 10. Juni 1945, bei den Amerikanern am 13. August, bei den Briten am 15. September und bei den Franzosen im Dezember 1945. Der Erlaß der sowjetischen Militärverwaltung nennt ausdrücklich vier Parteien als in der dortigen Zone zugelassen: KPD, SPD, CDU und LDP. Die alten Demokraten und Volksparteiler hielten sich in Berlin und Miedelburg schon sehr früh unter Reichsminister a. D. Dr. Wilhelm Külz zur Liberal-Demokratischen Partei zusammengetan.

„Die Gründung der Freien Demokratischen Partei der Britischen Zone (FDP)“, so heißt es in dem Bericht „Liberal“ in der Verantwortung — Vorgesichte und Entwicklung der FDP von Erich Sigmund“, fand am 7./8. Januar 1946 in Gießen statt, bevor sich alle Verbände in den Ländern der Zone konstituiert hatten. Die Zulassung durch die Militärregierung erfolgte im März 1946. Auf dem ersten Parteitag der FDP der Britischen Zone am 18./20. Mai in Bad Pyrmont wurde Landrat Wilhelm Heide zum Präsidenten, Franz Blücher zum Vorsitzenden gewählt.“

1948 in der Frankfurter Paulskirche

Alle überlebten Parteien der drei Westzonen schlossen sich unter Führung von Prof. Theodor Heuss am 11./12. Dezember 1948 im Heppenheim an der Bergstraße zusammen. Der führende Versuch, am 18. Januar 1948 in der Frankfurter Paulskirche eine gemeinsame Partei der Liberalen für ganz Deutschland zu gründen, war gescheitert. Der Kalte Krieg hatte begonnen...

¹⁾ Von diesem Heut ist innerhalb der Schriftenreihe der FDP, Landesverband Nordrhein-Westfalen, eine Sonderausgabe erschienen. Interessenten können die Besatz in der Kreisgeschäftsstelle kostenlos anfordern.

Zurück nach Bonn und zu den Anfängen des hiesigen FDP-Kreisverbandes! Drei wesentliche Kernzellen führten zu seinem Entstehen:

- Die Beethovenloge in der Demmerstraße mit dem Redakteur Willi Diewald an der Spitze, dessen Kreis von rund 20 Personen geleitet von a. die Professoren Biesel und Herz, Rektor Bore und Schulrat Rosenkrantz an;
- Die Mittelstandspartei der Volkswacht unter Führung des ehemaligen Stadtvorstandes Leckert; diese Bürgergruppe von 20 bis 25 Personen wurde u. a. von den Herren Wirtz und Willi Rüttgers mitgetragen;
- Die seit 1937 illegal bestehende Deutsche Demokratische Bewegung des Bonner Journalisten Otto Seitzmacher-Helwald, zu der so hervorragende führende Katholiken wie Dechant Harz und Dr. h. c. Dreßbach aus dem Oberbergischen sowie der Landesdirektor Dr. Köhling zählen.

Von dieser Deutschen Demokratischen Bewegung (DDB) gingen schon sehr früh die politischen Impulse aus. Otto Seitzmacher-Helwald hatte bereits am 11. April 1945 von den Amerikanern in Gunnersbach die Erlaubnis zur politischen Betätigung bekommen. Im Raum von Bonn bis Wuppertal entstanden in kurzer Zeit 38 Kreisverbände mit annähernd 800 Mitgliedern. Zu ihnen gehörten neben dem späteren CDU-Fundstückergeordneten Dr. Dreßbach im Rhein-Wupper-Kreis der künftige FDP-Landesvorsitzende im Rheinland und Wirtschaftsminister Dr. Friedrich Mittelhagen sowie sein sozialdemokratischer Amtsvorgänger Prof. Krake.

Auf dem Weg zu Konrad Adenauer

Auch Dr. Konrad Adenauer in Rhöndorf wollte die Deutschen Demokraten unterstützen. Die widrigen Umstände der damaligen Zeit verhinderten es jedoch, daß Dr. Dreßbach, Dr. Köhling und Seitzmacher-Helwald bis zu ihm vordringen. Ihre Reise endete in Bonn. Sie hatte den Erfolg, daß sich die Mittelständler und die Beethovenloge der DDB später anschlossen.

Auf dem Januar-Parteitag der Liberalen der Britischen Zone 1946 waren Bonn, der Siegerskreis und der Oberbergische Kreis durch die Deutschen Demokraten vertreten. Am 18. Januar 1946 wurde Otto Seitzmacher-Helwald in den Landesvorstand der FDP gewählt, am 15. Februar zusammen mit Dr. Erich Mendel zum Landesgeschäftsführer ernannt. Sitz der Landesgeschäftsstelle war Bonn, Erdenericher Allee 28. Hier in Seitzmachers-Helwalds Wohnung war auch die erste Kreisverbandsgeschäftsstelle untergebracht.

„Für die Professoren“

Nimmt man den ersten Kreisparteitag als die Geburtsstunde des Kreisverbandes, so haben wir im Juli/August 1966 unseren 20. Geburtstag zu feiern. In jenen Sommermonaten des Jahres 1946 kamen die rund 150 Demokraten Bonns zusammen, um ihre Liste für die Kommunal-

FUNK-TAXI BONN 31777

wahl vom 13. Oktober aufzustellen. Sechs der insgesamt acht Bewerber waren Professoren. Die Abkürzung FDP wurde daraufhin scherzhaft so ausgedeutet: „Für die Professoren“.

Zu den damals führenden Persönlichkeiten gehörten n. a. Dr. Josef Grüne als Repräsentant des protestantischen Teils der FDP, der Staat-rechtler Prof. Thoma, Prof. Ruederscheidt, bis 1933 Rektor der Päd-agogischen Akademie, Dr. Horbach, Franz Handels, Heinrich Schmidt, Will Rütgers, um nur einige Namen zu nennen. Bei der Wahl des Oberstadtruktors am 29. November 1948 kamen die Freien Demo-kraten sogar mit einem eigenen Kandidaten! Dem CDU-Bewerber Dr. *wald Johannes Langendörfer* stellten sie den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Dr. *Alf, enlgegen*.

Sieben FDP-Stadtvorordnete

17. Oktober 1948: Neuwahl des Rates der Stadt Bonn. Von den 41 Man-daten erhielt die CDU 17, die SPD 12, die FDP 7, das Zentrum 3 und die KPD 2. Auf der Liste der FDP wurden gewählt: der Kaufmann *Hans Binder*, der Schriftsteller *Dr. Helm Cramer*, Rechtsanwalt *Dr. Josef Grüne*, die Sekretärin *Marte-Elisabeth Löwent*, der kauf-männische Angestellte *Heinrich Müller*, der Journalist *Otto Schu-macher-Helmold* und Oberingenieur a. D. *Adolf Wertz*. Den Platz des am 30. Dezember 1949 verstorbenen *Heinrich Müller* nahm der Schlossmeister *Jakob Geffeler* ein. *Otto Schumacher-Helmold* wurde zum ersten Bürgermeister gewählt. Infolge längerer Krankheit des Oberbürgermeisters *Dr. Peter Stock-hausen* war der FDP-Mann in jener entscheidenden Zeit für Bonn anulierender Oberbürgermeister unserer Stadt. Der Einfluß der FDP war mit ausschlaggebend dafür daß Bonn am 3. November 1949 zur vorläufigen Bundeshauptstadt gewählt wurde.

200 Mitglieder Anfang 1950

Der Zuzug von Beamten nach Bonn gab der FDP neuen Auftrieb. So stieg die Mitgliederzahl Anfang 1950 auf 200. Bei der Landtagswahl dieses Jahres überfüllten die Bonner Freien Demokraten mit 20,9 Prozent der Stimmen die SPD beträchtlich, die nur auf 15,8 Prozent kam. Auch auf die folgende Kommunalwahl des Jahres 1952 wirkte sich die gute Arbeit erfolgreich aus: Während die SPD einen ihrer bisher zwölf Sitze verlor und die CDU das Erbe von KPD und Zentrum antreten und ihren Anteil von 17 auf 33 Mandate steigern konnte, erhielt auch die FDP ein Mandat mehr. Für sie waren folgende acht Stadtvorordnete gewählt worden:

Arndt Dietrich Hans-Jürgen Baser, Kaufmann *Hans Binder*, Direktor *Hans Brinkmann*, Rechtsanwalt *Dr. Josef Grüne*, Kaufmann *Peter Kraemer*, *Selbstfichin Moritz-Friedrich Lammert*, Gesundheitsrat a. D. *Hans-Rudolf von Neffhaus* und Ministerialdirektor a. D. *Dr. Bruno Zierold-Prischa*. *Peter Kraemer* wurde am 21. November 1952 zum zweiten Bürgermeister berufen. Am 31. Dezember 1955 schied von Neuhans aus dem Stadtrat aus; für ihn rückte die Lehrerin *Lieselotte Volgt* nach.

Innerparteiliche Auseinandersetzungen

Die öffentliche Repräsentanz spiegelt deutlich die innere Situation der Partei wider: Sie war immer dann noch innen stark, wenn sie sich nach innen einig war. Die inneren Streitigkeiten, die sich auch im Stadtrat bemerkbar machten, führten zu einem merklichen Rückgang der FDP in der Gunst der Bevölkerung. Hinzu können die in den Jahren 1956/57 starken parteiinternen Auseinandersetzungen auf Bundesebene, die in der Spaltung der Partei gipfelten.

Die Stadtratswahl am 28. Oktober 1958 brachte 21 Sitze für die CDU, 15 für die SPD und 8 für die FDP. Unsere Mandate hatten inne: Kauf-mann *Hans Binder*, Rechtsanwalt *Dr. Josef Grüne*, Kaufmann *Peter Kraemer*, Lehrerin *Lieselotte Volgt*, Angestellter *Karl-Heinz Nease* und Ministerialdirektor a. D. *Dr. Bruno Zierold-Prischa*. Eben Bürger-meister stellte die FDP nicht mehr.

In dieser Wahlperiode sind entscheidende Veränderungen innerhalb der FDP-Fraktion eingetreten: *Peter Kraemer* schied sich am 28. No-vember 1958 der CDU bei, nachdem bereits am 27. Februar 1957 *Hans Binder* aus der FDP ausgeschieden war. Er legte jedoch später sein Mandat nieder, das der Kaufmann *Alfred Sander* übernahm. Anstelle von *Karl-Heinz Nease* war bereits am 31. Dezember 1956 Ministerialrat *Dr. Siegfried Södlner* in den Rat eingetreten.

Bundstagsabgeordneter und Kreisvorsitzender

In dieser Zeit übernahm Regierungspräsident a. D. *Walther Kühn* die Führung des Bonner Kreisverbandes. Er gehörte von 1953 bis zu seinem Tod im Jahre 1963 als Bonner Abgeordneter auch dem Deutschen Bundestag an. Nachfolger *Kühns* als Kreisvorsitzender wurde *Dr. Siegfried Södlner*, der zuletzt auf dem Kreispartei-tag 1966 für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt wurde.

Unsere Stadtvorordneten auf Grund der Wahl vom 19. März 1961 waren: Rechtsanwalt *Dr. Josef Grüne*, wissenschaftlicher Assistent *Glaus Christian Müller*, Versidunungsdirektor *Dr. Walter Roggenstuck*, Ministerialrat *Dr. Siegfried Södlner* und Lehrerin *Lieselotte Volgt*. Den Platz *Müllers* nahm vom 2. Juni 1961 an *Heine Heidemeyer* ein. *Dr. Josef Grüne* starb am 15. Februar 1964; *Alfred Sander* rückte an seine Stelle.

Mitgliedsbeiträge!
Bitte zahlen Sie Ihren Beitrag auf die Konten des Kreis-verbandes:
Überedauer Bank Bonn 334 73
Postsparkonto Köln 415 27

Im Schatten der Bundespolitik

Sitzlerker als je zuvor stand 1964 die Kommunalwahl im Schatten der Bundespolitik. Trotz einer partiellern Konsolidierung und eines Mitgliederzuwachses auf rund 800 erreichten wir nur drei Stadtratsmandate: **Hilf Dr. Sadfner, Frau Volgt und Kurt Helle.**

„Es wird in unserem Volk immer einen Anteil von etwa 20 Prozent der Wähler geben, die aus wohlerwogenen Gründen sich für eine liberale Partei entscheiden werden. Wir sind unbedauern — für alle, auch für uns selbst. Unsere Schwäche in der Zahl der Mitglieder und der Wähler wird immer unsere Stärke bleiben. Das hat mir einmal ein Mann bestätigt, der in der Beurteilung demokratischer Parteien gerechte deshalb unberungen ist, weil er sie nur aus der Ferne beobachtet kann: der jetzige sowjetische Staatspräsident **Awatas Mikojan**. Im Gespräch mit ihm sagte ich einmal mit einem understatement, wir seien zu klein, um große Politik machen zu können. Darauf meinte er, hinter uns stünden aber die Kräfte, auf die es entscheidend ankommt.“

Dr. Mende... „Zeit“ Nr. 44/65

Wie steht der Bonner Kreisverband der FDP im 20. Jahr nach seiner Gründung da? Jedes Mitglied mag sich selbst darüber Rechenschaft ablegen. Die Partei ist jünger geworden, nicht nur in ihrer Führung, sondern auch unter den Mitgliedern. Die Zusammenarbeit mit den Jungdemokraten, die früher nicht immer frei von Mifbilligkeiten war, ist ausgezeichnet. Die Mitglieder repräsentieren alle Bevölkerungs-schichten: vom Arbeiter bis zum Beamten, vom Angestellten bis zum selbständigen Kaufmann, vom Handwerker bis zum Universitätsprofessor, von der Hausfrau bis zum Freiberufler, vom Studenten bis zum Staatsanwalt. Die Vollspartei ist bei weitem Wirklichkeit! Intensive Mitgliederwerbung muß allerdings auch in Zukunft unsere Hauptaufgabe sein.

Im Spiegel der Statistik

Die FDP in Bonn ist in ihrer stetigen und politischen Potenz eine den beiden anderen Parteien durchaus ebenbürtige dritte Kraft. Sie kann mit 10.000 bis 15.000 Stimmen pro Wahl rechnen. Prozentual lag ihr höchster Anteil bei 20,9 Prozent, der niedrigste bei 8,7.

Bonn, mit Universitäts, Dezentrum und solidem Mittelstand (einschließlich der Angestellten) reistiges und hitzigenles Zentrum eines gefahren politischen und widerwilligen Raumes, bestätigt somit die Erfahrung, daß FDP-Wähler in einer gehobenen Bildungsschicht zu Hause sind. Hinzu kommt die liberale Vergangenheit dieser Stadt.

Die Wahlergebnisse seit 1947 unterstellen das. Am schlußlosen — und damit zu beklagen — hat die FDP bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1962 abgedrückt: Sie erhielt 5.155 Stimmen; das sind 8,7 Prozent (CDU 65,0 SPD 34,1 Prozent).

Selber ist aber wieder eine erfüllliche Aufwärtsbewegung festzustellen: Die Kommunalwahl vom 27. September 1964 brachte für die FDP mit 5.276 Stimmen einen prozentualen Anteil von 8,83 Prozent (CDU 50,89; SPD 33,51, Bürgergemeindevoll 6,78 Prozent). Bei der Bundestagswahl vom 19. September 1965 wurden für die FDP-Liste 9.689 Stimmen abgegeben, das sind 10,9 Prozent (CDU 56,0, SPD 29,9 Prozent).

Führend vor der SPD

Das prozentuale beste Wahlergebnis wurde bei der Landtagswahl am 18. Juni 1950 erreicht: Mit 20,9 Prozent der gültigen Stimmen lag die FDP vor der SPD (15,8 %) an zweiter Stelle hinter der CDU (52,7 %). Dabei ist zu berücksichtigen, daß damals Zentrum, KPD, DRP, DP und Radikalsozialisten insgesamt über 10 Prozent erreichten. Die Zahl der für die FDP abgegebenen Stimmen betrug bei dieser Wahl 9877.

Die höchste Stimmenzahl schaffte die Bonner FDP bei der Bundestagswahl 1961: 15.348. Das waren 18 Prozent (CDU 56,3 %, SPD 22,7 %). Das zweitbeste Ergebnis brachte die Landtagswahl 1964: 10.587 Stimmen und damit 18,9 Prozent, nur 1,3 Prozent weniger als die SPD (CDU 52,8 %).

„Immernun, wer in Sorge um die staatsbürgerlichen Freiheiten ist, für den hat die FDP eine beträchtliche Anziehungskraft. Wer diese Sorgen teilt, wird der SPD mit einigem und der CDU mit großen Vorbehalten gegenüberstehen.“

„Die Zeit“ Nr. 30/65

Es ist überhaupt festzustellen, daß die Bonner FDP bei den Landtagswahlen immer beachtlich abgeschritten hat, obwohl Bonn im Düsseldorf-er Landtag bisher noch nicht durch einen eigenen Kandidaten vertreten war: Die Wahl vom 20. Juni 1947 sah die FDP bei je 7,5 Prozent für Zentrum und KPD mit 4612 Stimmen (13,2 %) als dritte Kraft hinter CDU (47,3 %) und SPD (34,5 %). Am 8. Juli 1958 wurden für die FDP in Bonn 7257 Stimmen abgegeben (= 11,1 %; CDU 62,1 %, SPD 24,2 %).

Auch die Kommunalwahlergebnisse der FDP in Bonn können sich sehen lassen: 7564 Stimmen oder 17,5 Prozent am 17. Oktober 1948; dann eine Zunahme auf 9122 Stimmen, was allerdings nur 16,5 Prozent entspricht, am 9. November 1952. Einen Rückgang auf 12,9 Prozent (7927 Stimmen) am 29. Oktober 1956 folgte am 19. März 1961 wieder ein geringerer Anstieg auf 13,0 Prozent (8558 Stimmen).

Spalterparteien in CDU und SPD aufgezogen

Interessant ist bei der Betrachtung dieser Zahlen folgendes: Die FDP profitierte eindeutig nicht von den Spalterparteien deren Wähler teigten eher zu CDU oder SPD. Die mehr als 5000 Stimmen, die KPD und Zentrum 1947 erhalten und 1958 erhalten haben, kehren bis 1957 bei jeder Wahl wieder, wenn auch anders verteilt: KVP, BUB, PU,

25.9.1967

Auskunft von Herrn F r i t z e n , bis Juli 1966 Landes-
pressechef, zur Zeit angestellt beim Bund der Steuerzahler.

Der Ministerialdirektor Krueger war 1946 zunächst Lokalredakteur
der Westfalenpost in Hamm. Fritzen sollte die Düsseldorfer
Redaktion aufbauen. Er lehnte diese Aufgabe aus persönlichen
Gründen ab, worauf Krüeger nach Düsseldorf geschickt wurde
und die Leitung der Redaktion bis 1949 erhielt. Fritzen war
von 1949 - 1958 Chefredakteur der Westfalenpost.

141

Besuch bei Herrn Gastall in Aachen am 20.12.1967

Herr Gastall arbeitete nach dem Kriege in der Kulturabteilung der britischen Militärverwaltung als Stellvertreter des Leiters Oberst Walker und später als dessen Nachfolger.

1. Wandlung in der englischen Besatzungsverwaltung.

In den ersten beiden Jahren setzte sich das Korps der englischen Offiziere vorwiegend aus Reserveoffizieren, die während des Krieges eingezogen worden waren, zusammen. Nach der Unabhängigkeit Indiens wurde eine große Zahl der Beamten und Offiziere der Kolonialverwaltung nach Deutschland versetzt. Sie brachten die typische Mentalität der Kolonialbeamten mit und demonstrierten sie im Auftreten. Es wurden innerhalb der englischen Dienststellen Witze erzählt, in denen man sich über diese Beamten lustig machte: So war einmal ein Richter, der aus Indien nach Deutschland gekommen war, bei einer Verhandlung eingeschlafen. Als es soweit war, daß das Urteil gefällt werden sollte, weckte ihn ein Beisitzer aus dem Schlaf. Hochfahrend und halb abwesend sagte der Richter: "Ich verurteile den Angeklagten zu 500 Rupien."

Es habe auch ein Unterschied in der Mentalität zwischen den Offizieren von Public safety und der Kulturverwaltung und anderen darin bestanden, daß im PS und PSS zahlreiche Emigranten saßen, die die Deutschen haßten, während der britische Normaloffizier in Deutschland nur den besiegten Feind sah.

In der Kulturabteilung sei man darüberhinaus rasch zu einer Kooperation mit den deutschen Dienststellen gekommen, da man feststellte, daß auf dem Gebiet der Kultur nicht zu befehlen sei. Viele Offiziere der Abteilung stammten selbst aus dem Schuldienst und trafen bei den deutschen Pädagogen auf eine Interessengleichheit, die die Zusammenarbeit förderte. Die Universitätsoffiziere, die zur Kulturabteilung administrativ gehörten, sonderten sich faktisch von ihr ab, da diese Probleme ganz besonderen Bereichen angehörten.

General Barradough sei für die ersten beiden Jahre der Besatzung der rechte Mann gewesen: streng, strikt, des Befehlens und des Gehorsams gewöhnt. Als die Engländer dann diese Aufgabe mehr kooperativ und erzieherisch auffaßten, habe er nicht mehr in die Entwicklung der Verhältnisse gepaßt.

"Reeducation", ein Wort, das nach Meinung G.'s von den Amerikanern geprägt worden ist, wurde von den Engländern mit Reserve aufgenommen. Sie nahmen den Standpunkt ein, die Deutschen seien weniger umzuerziehen, zu verwandeln, als auf den richtigen Weg zu führen. Deshalb vermied die Kulturabteilung alle groben Methoden in der Beeinflussung deutscher Dienststellen und Beamten. Die Amerikaner schickten Deutsche nur in die USA, wenn sie sich verpflichtet hatten, in Deutschland Funktionen anzunehmen. Die Briten schickten Deutsche ebenfalls nach England, verlangten aber nichts von ihnen.

Sie bevorzugten indirekte Methoden der Einflußnahme. So veranstalteten sie zahlreiche Tagungen, um in langen Diskussionen den Deutschen die Vorstellungen nahezubringen und ihnen die verschiedenen Vorschläge in den Mund zu legen. Wenn Deutsche in den Debatten Ansichten äußerten, die den Briten entgegenkamen, dann versuchten sie an dieser Stelle die Diskussion zu vertiefen.

Im Kulturbereich gingen verschiedene Neueinrichtungen auf britische Vorschläge zurück:

1. Die Briten strebten eine große ^{Mobilität} Utilität und Permeabilität in der Ausbildung und der Gesellschaft an. Sie offerierten daher den zweiten Bildungsweg. Es gab innerhalb der britischen Abteilung selbst Unterschiede in der Auffassung und mancher Offizier zog die klassische Bildung der Realausbildung vor und lag somit auf der Linie Schnippenkötters, mit dem nach Ansicht G.'s nicht zu reden war. Er erinnert sich an eine Tagung, in der er Schnippenkötter vorhielt, daß es doch junge, intelligente Leute gäbe, die mit den klassischen

Sprachen nicht zurechtkämen, aber technisch, praktisch und naturwissenschaftlich etwas leisten könnten. Schnippenkötter antwortete: "Das gibt es nicht!" Dennoch hatte er ein gewisses Ansehen, da er für seine Ansichten fest eintrat und mit dem Kopf lieber durch die Wand ging, als sie aufzugeben.

2. Auf die Engländer gehen die Schulpflegschaften zurück, die in Deutschland heute perfekter als in England seien, aber weniger wirkungsvoll.
3. Auf die Briten geht die Herabsetzung des Alters für Professoren zurück, und
4. der Schulbuchvergleich und die Forcierung des Unterrichts in der neuen und neuesten Geschichte, der aber weitgehend auf dem Papier blieb.

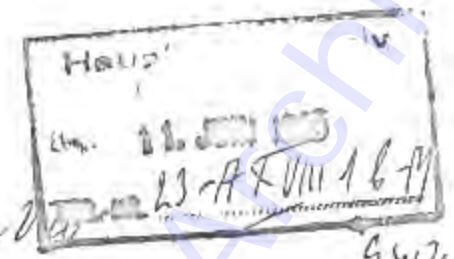
Im Zusammenhang mit dieser vorsichtigen Umerziehungspolitik steht auch die Bearbeitung der Entnazifizierungsverfahren. Die Aufgabe der Kulturabteilung habe häufig darin bestanden, Entnazifizierungen gegenüber Public safety durchzubringen. Die Arbeit sei sehr mühsam gewesen, da die Fragebogen sich stapelten und den Briten - Fremde im Lande - die rechten Beurteilungsmaßstäbe fehlten. Zudem bedeuteten die handgeschriebenen Zeugnisse, die häufig in deutscher Schrift verfaßt waren, große Schwierigkeiten für die Engländer und verursachten lange Verzögerungen.

Oberst Walker wollte nicht aus Nordrhein-Westfalen weggehen. Er hatte Konflikte mit General Bishop, der die Versetzung nach Kiel erzwang. Später kam Walker wieder zurück und arbeitete in der Wahner Heide, ^{so} Die Kontakte zwischen Briten und Deutschen wurden mit der Zeit so eng, daß deutsche Dienststellen bei Versetzungen britischer Offiziere in London intervenierten, um das Bleiben der Betreffenden zu erreichen. Es gab in der Kulturabteilung, die die größte der Militärverwaltung war, solche Fälle.

- a) Frau Teusch wird von G. als eine sehr kluge Frau beurteilt.
- b) Es gab Spannungen zwischen Asbury und Barradongh.

DS
Finanzverwaltung
Finanzverwaltung

44 Münster, 10. 6. 1965.
Sophienstr. 57. 26 U
ZS/A-57 - 48



An
den Hauptkassier
Abt. II: Ministerialbüro
S.R. 23 - A XVIII 16 - A 872/65

Düsseldorf,
Prinz-Georg-Str. 78

zu Ihrem Schreiben vom 4. 6. 1965.

Die gesetzliche Grundlage für den Aufbau des Finanzverwalt.
bereichs bildet die Verordnung 175 des englischen Militär-
regimes. Für NW waren 2 Finanzverwalt. in Düsseldorf
und 1 Finanzverwalt. in Münster vorgesehen. Mit den
Vorbereitungen für die Errichtung der Finanzverwalte wurden
für Düsseldorf der Regierungsdirktor Heising und
für Münster der Unterpunkter Ende 1948 beauftragt.
Die Arbeiten erfolgten nach Ausscheidung der Ministerien
in Düsseldorf (Finanzminister Dr. Weitz und Ministerial-
dirigent Dr. Hasler) und der bestanden fängstärklich in
Rückgrafen mit der Oberfinanzdirektion über die
Raumbeziehung und die Anbahnung der Räume.
Als wichtigste Arbeit über kam die Vorlage von Vorschlägen
für die personelle Besetzung in Frage. Alle wichtigen
Vorgänge sind protokollierend festgehalten.

darüber hinaus aber werden bei gegebenem Gelegenheit
 sich auch in diesen Aufträgen persönliche Worte
 andeuten. Das sind dann die Angelegenheiten
 persönliche Erinnerungen. Diese liegen aber auch auf
 schon so viele Jahre zurück, daß diese Erinnerungen
 selbst nicht mehr sind. Gerade diese Nachlassen
 zeigt aber schon, daß es sich dabei nicht um Worte
 von solchen Gesichts gesandelt hat, daß sie noch
 unbedingt auf lange Zeit ein unbescholtes Dasein
 in einem staatlichen Ansehn führen könnten.
 Das würde auch nur eine ungeliebte Angelegenheit
 Verwaltungsorganisationen zu vermeiden
 sein.

Mit dem Abdruck vorzügliche
 Gesandlung

Dr. Hartenfort

Besuch bei Oberstadtdirektor Gleisner, Bergkamen, am 26.10.67

1. Demontage

Bergkamen, das während des Krieges eine Fabrik für synthetisches Benzin hatte, wurde zweimal mit je 1000 Bomben angegriffen und zerstört. Dabei kamen 700 Menschen ums Leben. 1944 erlebte die Stadt ein schweres, von den Nazi vertushtes Grubenunglück, bei dem 509 Bergmänner starben und 1946 ereignete sich ein weiteres Unglück mit 405 Toten. Hierzu waren 1945 die 280 Gefallenen des Krieges zu zählen. Es gab kein Haus, in dem nicht ein Mann fehlt, in vielen Familien waren die Frauen Witwen.

Als die Briten mit der Demontage der Zeche und der Scheringwerke begannen, organisierte die Bevölkerung unter der Führung der SPD den Widerstand. Am Tag, da die Demontagetruppe, Deutsche unter britischer Bedeckung, anrückten, zogen die Witwen alle Kittelschürzen an. Gleisner verteilte Schlauchstücke. Der Anführer der Demontage - Kommando Müller - wurde von den Frauen schwer geschlagen. Die Briten rückten daraufhin mit Panzern und Soldaten an und bildeten einen Ring um das Werk: innen Infanterie, außen Panzer. Durch einen unterirdischen Gang gelang es Gleisner, Journalisten "Der Tat" und des "Svenska Dagblad" in die Zeche zu schmuggeln. Nachdem die Photos und Berichte erschienen waren, versuchten die Engländer zu erfahren, wie der Sperrgürtel durchbrochen werden konnte. Die Deutschen ließen durchblicken, daß die engl. Wachoffiziere ihre Nächte bei Mädchen verbrachten und nicht aufpaßten.

2. Die Demontageliste fiel der SPD auf abenteuerlichem Wege in die Hand. Die Frau Fritz Berge, des derzeitigen Geschäftsführers des Bundes der deutschen Industrie, stand in einem engeren Verhältnis zu einem britischen Major. Der Regierungspräsident Fries verkehrte in der Familie Berg, entdeckte dort die Demontageliste in englischer Sprache und stahl sie. Er übergab sie dem späteren Innenminister Biernat, der sie nachher im Keller abschrieb und auf abenteuerlichen Wegen zu Kurt Schumacher nach Hannover bringen ließ.

- 2 -

Gleisner hatte den Eindruck, daß die Briten in ihrer Besatzungspolitik sich am Modell der Kolonialpolitik orientierten. Ein großer Teil der britischen Offiziere seien zivile Kolonialbeamte gewesen, die aus den Kolonien zurückgezogen worden seien. Dabei hätten sie durchaus unehrenhafte Praktiken ausgeübt. Als Gleisner ihnen unbequem wurde, versetzten sie einen ^{chinesisch} SA-Mann namens "Gleissner" nach Bergkamen und behaupteten, Gleisner sei ~~der~~ SA-Mann gewesen. In Düsseldorf taten sie so, als ob Gleisner und der SA-Mann "Gleissner" indentisch wären.

Gleisner ging mit Arnold zum Stahlhof und beschuldigte den britischen Offizier, der den Fall bearbeitete, der Kolonialmethoden. Daraufhin warf der Brite die Akte in den Papierkorb und ließ die Angelegenheit ruhen.

Gleisner wurde ^{wegen} in der ^{Anrede} Demontagefrage vor ein Militärgericht gestellt. Er verteidigte sich damit, daß er sagte, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, dann säße er wohl in England in der Stelle, an der ^{die} britische Offiziere ^{nicht} saßen und wenn diese das getan hätten, was Gleisner getan hätte und hätte sich auch noch schuldig befunden, dann sei er ein Feigling. Der britische Offizier stand danach auf und sagte, das Urteil erginge schriftlich. Es kam nie.

Herr Gleisner meinte, Schumacher sei so große gewesen, weil die Trabanten um ihn her nur klein waren. Carl Severing sei dagegen ein Förderalist gewesen, nicht sehr bedeutend, aber für kleine Arbeiten der beste Mann. Bei Menzel sei es fraglich gewesen, ob er dem Amt des 1. Innenministers physisch und seelisch völlig gewachsen war. Die ersten SPD-Leute um Schumacher seien zwar ehrenhaften, aber den Aufgaben nicht gewachsen gewesen. So habe man sich in Westfalen vor allem um die Studenten bemüht, um die Partei auf eine besser ausgebildete Basis zu stellen. Biernat und Gleisner galten als Dioskuren. Während Gleisner zerschlug, heilte Biernat wiederum. Aus dem näheren Freundeskreis um Biernat, der damals Landrat war,

- 3 -

kommen Kassmann (1967 Minister für Bundesangelegenheiten),
Figgen (1967 Sozialminister), Holthoff (1967 Kultusminister).
Gleisner meinte, dies sei damals eine sehr "dynamische"
Mannschaft gewesen.

19

Ministerialrat G o t t s c h l i c h (Wiederaufbau-
ministerium) - Besuch am 6.4.1967 -

1. Gottschlich sprach von den Kompetenzkämpfen des Wiederaufbauministeriums mit dem Finanzministerium um die Eingliederung der staatlichen Hochbauverwaltung, die traditionsgemäß zum Finanzministerium gehört habe. Weitz habe das Wiederaufbauministerium bekämpft und bei einer Sitzung sogar einmal das Taschenmesser gezogen, es mit der Spitze auf die Tischplatte gesetzt und gerufen: "Nun will ich das Wiederaufbauministerium schlachten." Der Machtkampf sei aber unentschieden ausgegangen.
2. Der Wiederaufbauminister Paul (KPD) sei ein sehr fähiger Mann gewesen, der vor allem menschlich sehr zugänglich gewesen sei. Ideologisch sei mit ihm als Kommunisten natürlich nicht zu sprechen gewesen; denn dann sei er jedesmal aufgebraust und habe fanatisch seinen Standpunkt vertreten. Als er aus dem Amte ausgeschieden sei, habe man dies unter den Beamten sehr bedauert.
3. Arnold habe gewünscht, die Landeshauptstadt in Bonn einzurichten. Düsseldorf sei für ihn nur ein Provisorium gewesen. Die Stadtverwaltung Düsseldorf habe er lieber gesehen, wenn statt der Landesregierung die Industrieverbände angesiedelt worden sei.

Wittenburg

1.

Zech-Nenntwich war ein Spitzel des englischen Sicherheitsdienstes innerhalb des Oberpräsidiums der Nordrheinprovinz. Er besaß daher gute Kontakte zu den Engländern. Es gelang Gerhard Schröder, ihn zu decouvrieren.

2.

Greensmith, der Senior Finance Officer, zeitweilige Sekretär Chruchills, spürte sehr bald, daß er sich auf die deutsche Verwaltung verlassen konnte und ließ die Zügel locker. Zu Anfang jedoch wurden die deutschen Beamten der Finanzverwaltung, die mit den Engländern zusammen im Stahlhof saßen, sogar mehrere Male am Tage herüberzitiert und erhielten Detailanweisungen. Eine planvolle Arbeit auf deutscher Seite war daher kaum möglich. Greensmith sagte einmal zu Greinert in einem Gespräch auf die Frage, wie die Engländer mit den wenigen Beamten Indien regiert hätten; sie hätten es angestellt wie Polizisten an einer verkehrsreichen Kreuzung. Sie hätten sich in den Hintergrund gestellt und beobachtet, und solange der Verkehr reibungslos ^{bei Hauptamt} laufe, ^{unterstützt} unternähmen sie nichts. Wenn aber eine Störung eintrete, dann ^{bei} müssen ^{bei} man eingreifen und meistens entdecken ^{bei} man sofort den Fehler.

3.

Es gab schon im Juli 1945 Überlegungen in der Nordrheinprovinz, die um das Problem der Währungsreform kreisten. Sie konnten natürlich auf Grund des zerschlagenen Verwaltungsapparates nicht anlaufen. So hatten z.B. 1945 die Gemeinden die Steuereinnahmen des Reiches an sich gezogen, wie z.B. in Köln, wo Adenauer behauptete, die Finanzämter seien städtisch, unterständen ihm und daher gehörten auch alle Steuern der Stadtverwaltung. Die Städte mußten z.T. mit Hilfe der Engländer gezwungen werden, ihre Finanzämter vorschriftsgemäß dem Oberfinanzpräsidenten zu unterstellen. Die deutschen Finanzbeamten der Nordrheinprovinz, vor allem Kitz, Butschkau, Greinert und Kremer suchten das alte Steuersystem zu ~~reha~~ reetablieren, d.h. sie wollten die

alte Grundlage unverfälscht wieder aufbauen. Sie waren, wie Greinert selbst sagte, "sehr konservativ" und waren daher froh, als sie einen Reichshaushaltsplan und einen Preußischen Haushaltsplan wieder auffanden. Aus ihm entnahmen sie dann die Kapitel- und Titeleinteilung.

4.

Die deutschen Beamten fühlten sich in ihrer Arbeit niemals gesichert, da sie ständig in Furcht lebten, verhaftet zu werden. Greinert erzählte, er habe ständig ein Köfferchen mit Zahnbürste und anderen Utensilien neben sich im Schreibtisch stehen gehabt, um für jeden Fall das Notwendigste bei sich zu haben. So wurde auf Grund eines Mißverständnisses einer seiner Mitarbeiter, Koep, als Steuerrat zwei Jahre lang eingesperrt, obwohl er gut katholisch war und mit dem Nationalsozialismus niemals etwas zu tun gehabt hatte. Die Engländer meinten eine Zeit lang, sie müßten jeden ehemaligen Steuerrat einsperren. Weiterhin wurden die deutschen Beamten durch ein verhältnismäßig enges Spitzelsystem überwacht und wohl auch ihre Post häufig geöffnet. Möglicherweise spielte diese Überwachung bei der Entlassung des Oberpräsidenten Fuchs eine Rolle.

5.

Greinert kam als Freund und Gehilfe von Kitz, der wiederum von Fuchs geholt wurde, aus der alten rheinischen Provinzialverwaltung in die Verwaltung der Nordrheinprovinz.

6.

Der Haushalt des ehemaligen Provinzialverbandes Rheinland wurde mit dem der Nordrheinprovinz zusammengelegt, aber von Kitz so gekennzeichnet, daß er jederzeit ~~wieder~~ auszusondern war. In Westfalen dagegen blieben die beiden Haushalte getrennt, zumal die Engländer mehr Sinn für das Nebeneinander traditioneller Verwaltung ^{Zeichen} hatten als die Amerikaner, die das Oberpräsidium der Nordrheinprovinz eingerichtet hatten.

7.

Als die "Fachleute" im Sommer 1945 durch die "Politiker" in den Kommunalverwaltungen abgelöst wurden, wahrte zumeist ein kleiner Reststab an Fachbeamten die Kontinuität und die Effektivität der Verwaltung.

8.

Die Reichsschulden, die aus der Kriegswirtschaft entstanden waren und höher lagen als das gesamte Volksvermögen, wurden an die Banken ebenso wenig ^{zahlen} gehalten wie die Zinsen, die diese Schulden ergaben. Dadurch wurde ein inflatorischer Effekt vermieden. Andererseits war es auch den kleinen Provinzialverwaltungen nicht möglich, Verpflichtungen des Reiches zu übernehmen.

9.

Das Finanzministerium war 1946 und 1947 eine Art Überministerium, das die anderen Ministerien bei ihren Verwaltungsaufgaben unterstützte, so daß die Verwaltung ^{manuskript} faktisch oft allein vom Finanzministerium ^{seiner} getragen wurde. Im übrigen arbeitete jedes Ministerium ^{seiner} für sich alleine, obwohl der gesamte Regierungsapparat gut überschaubar war. Blücher und Weitz, die nach Greinerts Aussage die Probleme klar durchschauten, waren vor allem von der Notwendigkeit eines gut funktionierenden Beamtenstabes überzeugt.

F ohne auf die anderen zuachten.

Blücher

29 V

ZS/A-57 - 57 22

Diktor Grimpe
Ministerialdirektor i. V.

Düsseldorf, den 14. Dezember 1954.
Telefon 6/10
Telefax 44 55 64

Herrn
Professor Dr. Cediger

Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf
Eing.: 15. DEZ. 1954
St. A. Nr. ZS-A 16-4867/54

4. Düsseldorf
Prinz-Georg-Str. 78

Betr.: Dokumentation der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen
St. A. Nr. 23 - A XVIII 1 b - 4751/54

Sehr verehrter Herr Professor !

Auf Ihre Anfrage vom 8.12.54., für die ich sehr danke, kann ich Ihnen leider keine besonderen Mitteilungen machen.

Als ich im Mai 1949 nach Düsseldorf gerufen wurde, um die Leitung der Personalabteilung zu übernehmen, war der Aufbau der Ministerien im großen und ganzen beendet. Natürlich war noch viel Arbeit zu leisten, die sich besonders an den leitenden Stellen konzentrierte, weil die Arbeit eines frisch zusammengesetzten Beamtenkörpers schärfer überwacht und geleitet werden mußte. Ich kam deshalb selten vor 21-22 Uhr aus dem Hause. Ein Beweis, daß es mir nicht allein so ging, erblickte ich darin, daß ich beim Verlassen des Hauses manchmal auch noch Herren aus anderen Ministerien traf. Das tröstete und ermutigte. Ein besonderes Erlebnis dieser Art aus dem Jahre 1949 ist mir im Gedächtnis geblieben. Ich verließ nach 21,30 Uhr das Mannesmann-Haus - in dem damals das Innenministerium zum größten Teil untergebracht war - als ich laufende Schritte hinter mir vernahm. Als ich mich umdrehte, erblickte ^{ich} Min. Direktor Dr. Rombach, den Stellvertreter meines Ministers, der mir im Laufen zurief, er müsse die Elektrische zum Hauptbahnhof um 21,45 in der Harlag-Str. erreichen um seinen letzten Zug nach Köln zu bekommen - wo er wohnte. Ich lief neben ihm her und trug ihm schnell eine eilige Sache vor, die ich am nächsten Vormittag zum Vortrag vorgemerkt hatte. Ich bekam meine Entscheid., er seine Elektrische, die grade ankam, und ich ging nachdenklich zu meiner Haltestelle weiter.

Das Ergebnis meiner Arbeiten aus diesen Jahren bis 1953 ist in den Akten der Registraturen des Ministeriums enthalten.

Ich

Ich habe keine besonderen Unterlagen oder Notizen aus jener Zeit für mich zurückbehalten, mit denen ich Ihnen jetzt dienen könnte. Auch bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, besondere Erinnerungen, die für Sie von Wert sein könnten, Ihnen zu übermitteln. Ich verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung

Brinje

Besuch bei Freifrau von G u m p p e n b e r g am 12.12.1967

Der ehemalige Landespressechef, Max von Gumpenberg, stammt aus einem bayrischen Adelsgeschlecht. Seine Mutter, die Gräfin Metternich, gründete eine Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen. Der Sohn war daher früh an den sozialen und politischen Problemen interessiert worden. Er heiratete vor dem III. Reich eine Jüdin und geriet zwangsläufig in Opposition gegen Hitler. Seine guten Beziehungen zum Adel, dem Auswärtigen Amt und einzelnen Generalen ermöglichten ihm, Verfolgten mit gefälschten Pässen und Geld zu helfen. So trieb er auch die Mittel für den Lebensunterhalt der Familie Hensel auf, als Walther Hensel von der Gestapo verhaftet war, und versteckte den Bonner Staatsrechtslehrer Prof. Kaufmann monatelang im Keller seiner Wohnung, bis es gelang, ihn nach Holland zu schmuggeln. Diese Tätigkeit geschah meist konspirativ. Hensel und von Gumpenberg, die dauernd bespitzelt wurden, konnten sich oft nur nach Klettertouren durch Hinterhöfe und über Gartenzäune an abgelegenen Stellen treffen. Er erreichte es auch, den verhafteten Karl Arnold freizubekommen. Zu dieser Gruppe gehörten Oberbürgermeister Lehr, einige Franziskanermönche aus dem Kloster an der Oststraße und der christliche Gewerkschaftsführer Rott, der 1947 bei einem Unfall ums Leben kam. Diese Gruppe konnte 1945 geschlossen auftreten, sie übernahm es auch, die CDU in Düsseldorf zu gründen. Damals sollte v.G. Lizenzträger der "Rheinischen Post" werden, was er aus politischer Leidenschaft - er mochte sich nicht an ein Unternehmen binden - ablehnte.

v.G.'s ganze Aufmerksamkeit gehörte der Europaidee, für die er, sobald es möglich war, arbeitete. Das Amt in der Staatskanzlei übernahm er, um eine Position zu haben, die ihm eine Wirkung im europäischen Rahmen gewährte.

Arnold: Er war häufig zu Gast bei G., Hensel, Arnold und G. düzten sich. Arnold sei sehr sensibel gewesen. Angriffe auf sein Privatleben und Verleumdungen trafen ihn sehr. Adenauer scheint

- 2 -

diese Schwäche gut gekannt zu haben, denn seine politischen Attacken zielten darauf. So soll er auch kompromittierende, allerdings gefälschte Bilder über Arnold unter der Hand vertrieben haben. Im Laufe der Zeit sei Arnold, der von Natur aus sehr großzügig war, erstarrt und habe eine Mauer um sich aufgebaut. Adenauer dagegen habe über persönliche Anschuldigungen nur gelacht, da er sich über den Kleinlichkeiten des Parteilebens stehend fühlte. Er sei auch indiskret gewesen und habe vertrauliche Tatsachen mit Namensnennungen ausgeplaudert. G. hatte nach dem Krieg noch gute Kontakte zur SPD, und wenn er Adenauer Interna dieser Partei erzählt habe, so habe dieser sie in die Öffentlichkeit mit der Bemerkung "Gumpenberg habe es gesagt", gebracht. Adenauer habe sich auch mit schmierigen und kleinen Personen umgeben, die ihm Zuträgerdienste leisteten und die Kernerarbeit für ihn taten.

Anne Franken, die Direktorin der Düsseldorfer Luisenschule, sei nicht zuletzt deshalb aus der CDU ausgetreten. Sie habe die Koalition der CDU mit der FDP in NW (1956) nicht verwinden können.

Adenauer sei von der Düsseldorfer Gruppe noch vor seiner Ernennung zum Oberbürgermeister von Köln in die CDU geholt worden. Man war der Überzeugung, die Partei brauche einen führenden, politischen Kopf. Lehr sei nicht so begabt wie Adenauer gewesen, außerdem sei das Verhältnis stets seit der Weimarer Zeit gespannt geblieben.

Auf den Gewerkschaftsführer Rott habe Arnold große Hoffnungen gesetzt und dieser sei als Vorsitzender der Einheitsgewerkschaft vorgesehen gewesen. Seine Energie hätte den christlichen Teil der Arbeiterschaft sicherlich mehr zur Geltung gebracht.

23 Vx

435

ZS/A-57 - 61

AUGUST HALLERFELD
STAATSMINISTER I. R.

Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

1964
23-A 10111 16-3999/64

xxxxxxxEssen-Rellinghausen,
xxxxxxxVier Ichenhöhe 8
42588
xxxxxxx

Bezr.: 23A xvlll 1b -3841/64 Ihr Schreiben vom 20. 10. 64

Wehrte Herren!

Reden, Notizen sonstige Verlautbarungen usw. kann ich Ihnen nicht überlassen da ich alles was damals von Wichtigkeit war im Amt gelassen habe. Ich kann nur von ~~xxxx~~ eigenen Erinnerungen sprechen von den Schwierigkeit beim Aufbau. Ich mußte die Arbeitsgerichtsbehörden aufbauen. Juristen, die nicht in der NSDAP gewesen waren waren kaum aufzutreiben, und wären von den englischen Militärbehörden auch nicht genehmigt worden. Ich fand einen für das Arbeitsgericht Düsseldorf und einige Nichtjuristen, die vor 1933 als Arbeitsrichter gewirkt hatten. Das selbe war bei den Gewerbeaufsichtsbeamten, den Arbeitsämtern und einigen sonstigen Beamten. Waren dann Leute gefunden und waren diese gewillt Beamte zu werden, dann waren andere Fragen wie Wohnung, Büromaterial, Ernährung (Ich selbst hatte z.B. nur Brotkarten von Essen, meiner Wohnung, und bekam hierauf erst in Münster und dann in Düsseldorf kein Brot). Schreibmaschinen, Rechenmaschinen ja selbst Schreibmaterialien kurz es fehlte alles. Da bei mir als Präsident des Landesarbeits ^{amtes} alles fehlte ebenso wie als Minister war es kein Wunder daß es in den Behörden ebenso aussah. Mehrfach sind Angestellte vor Hunger zusammengebrochen. Ich hatte die Sonderaufgabe dergleichen zu besorgen, weil solche besonders dringend gebraucht wurden. Die Werke sollten ~~solten~~ für diese eine Extramehlzeit geben. Es kamen bald Beschwerden. Ich wollte diesen nachgehen. Ich habe mir das Essen auf einer Zeche angesehen. Es gab Mittags Grünkohluppe. Die meisten Arbeiter hatten sie stehen lassen. Trotzdem ich

Institut für ...

Hunger hatte bin ich über eine Kostprobe nicht hinausgekommen.
 Der zuständige Beamte sagte mir, auf den Preis käme es nicht an, ich
 solle ihm Fett und Fleisch besorgen, dann könne er auch ein menschen-
 würdiges Essen besorgen. Stolz bin ich noch heute darauf, daß mir
 gelungen ist den Bergmannsversorgungsschein zum Gesetz zu erheben.
 Die alte Sorge der Silikose, an der viele Bergleute erkrankten,
 mußte dem Bergbau genommen, zumindest der Tod bzw. die Frühinvali-
 dität mußte bekämpft werden. Das ist mir gelungen. Ich habe eine Die-
 stelle) für den Bergmannsversorgungsschein eingerichtet, die heute
 noch besteht und segensvoll arbeitet.

In der Hoffnung Ihnen gedient zu haben
 mit Hochachtung!

Muller

Besuch Oberstadtdirektor ~~Dr.~~ Dr. Hensel am 7. November 1967

1. Arnold stand den Plänen nahe, eine Art deutscher Labourpartei zu gründen, in der alte soziale Kräfte, von der SPD bis zum linken Flügel der CDU, vereinigt seien. Aus diesem Gedanken heraus entsprang seine Neigung, mit der SPD in eine Koalition einzutreten und die FDP abzulehnen. Er sagte einmal, er wolle doch nicht mit der Generation ehemaliger HJ-Führer zusammengehen.
2. Hensel nimmt an, daß Spiecker, der bei ihm einen großen Einfluß besaß, Amelunxen 1946 als Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatte. Arnold selbst wollte das Zentrum durchaus erhalten. Es bildete eine Ausweichmöglichkeit, wenn das Experiment mit der CDU scheitern sollte. Auf Spiecker soll auch das Verhältniswahlrecht zurückgehen. -Er konnte somit die kleine Zentrumspartei am Leben halten. Ein Mehrheitswahlrecht, wie in England praktiziert, hätte ihr den Garaus gemacht.
3. *Witzke* ^{KPD nach}, der schon vor 1945 mit Arnold im Widerstand engen Kontakt besaß, schlug Lehr zum Vizepräsidenten der Nordrheinprovinz vor. Lehr hatte außerdem die Einheitsgewerkschaften hinter sich. So konnte Lehr eine starke politische Stellung gewinnen, die ihm auch zum Oberpräsidentenamt verhalf. Im Amte hielt er weitgehend Distanz von seinen Freunden. *F*
4. Weitz reflektierte 1947 auf das Amt des Ministerpräsidenten, fiel aber in seinem Wahlkreis Duisburg-Süd durch. Er wurde dafür Finanzminister.
5. Arnold suchte, den Sitz des Parlamentarischen Rates nach Bonn zu holen, um das „Ansehen und das Gewicht des jungen Landes zu stärken.“

F Man sollte beobachten, daß Fischer ein kompetentes -2-
 Verwaltungsgenie war, der sich auf die politischen Konflikte
 nicht einließ. Ihm eine Politikberatung zu übertragen
 für unerwünscht, während Lehr als Kabinettsmitglied

6. Arnold habe, wie erwähnt, unter keinen Umständen eine Koalition mit der FDP eingehen wollen. 1954 wurde er geradezu gezwungen, gegen seinen Willen zu handeln. Man hatte in einigen Wahlkreisen vor der Wahl Vereinbarungen mit der FDP getroffen, um einen Kandidaten gegen die SPD aufzustellen und den Wählern diesen jeweils zu empfehlen. Gegen diese Vereinbarungen hatten sich innerhalb der CDU Stimmen erhoben, so unter anderem Frau Anne Franken. In einer Vorstandssitzung habe sie Adenauer gefragt, ob Vereinbarungen ^{mit der FDP} auf Bundesebene berücksichtigt werden müssten. Er habe dies ^{verneint} ~~verneint~~. Als dann die Wahl stattgefunden hatte und die Koalitionsfrage verhandelt wurde, forderte er das Zusammengehen mit der FDP und sagte, nach diesen bindenden Wahlvereinbarungen könne, ohne Schaden für die Bundeskoalition FDP - CDU/CSU, die FDP nicht aus der Regierung Nordrhein-Westfalens ausgeschlossen werden. Als Frau Franken ihn darauf hinwies, daß er früher behauptet habe, das Koalitionsbündnis mit der FDP sei ohne Wirkung auf den Bund, antwortete er: "Waren Sie so naiv, zu glauben, was ich sagte?"
- Als Arnold dennoch die Koalition mit der FDP vermeiden wollte, sandte ihm Adenauer wütende Telegramme. Arnold hatte dem Druck nachgegeben.
7. Arnold war ein Mann, mit dem nicht leicht in Kontakt zu kommen war. Wenn man aber einen "Sack Salz mit ihm gegessen hätte", dann sei er ein treuer Freund ^{weser} geworden. So habe er auch von Gumpenberg, den er aus dem Widerstand her kannte, in die Staatskanzlei geholt, obwohl G. völlig ungeeignet als Beamter war.
8. Arnold habe 1947 eine fünfköpfige Kommission, zusammengesetzt aus Loschelder, Hensel ^{von Hensel} ~~von Hensel~~ ^{W. für} ~~W. für~~, ins Gästehaus der Landesregierung zusammengerufen und sie beauftragt, einen Verfassungsentwurf zu schreiben. Das Ergebnis war der sogenannte Entwurf Arnold, der auch in den Akten des Innenministeriums ^{vorkommt} ~~vorkommt~~.

Besuch bei Oberstadtdirektor Dr.Hensel am 28.11.1967

1. Füllenbach, der 1. Oberbürgermeister von Düsseldorf ist auf Grund einer Intrige Dr.Auerbachs 1945 entlassen worden. Dergl. intrigierte Auerbach auch gegen Hensel.
2. Adenauer wollte Arnold diskriminieren, indem er angeblich kompromittierende Bilder zu verbreiten versuchte.
3. Menzel befürwortete die "unechte Magistratsverfassung" für die Gemeinden Nordrhein-Westfalens. Arnold neigte dieser Auffassung ebenfalls zu, ließ sich aber von Hensel zum System des Oberstadtdirektors umstimmen. Hensel argumentierte, die Magistratsverfassung bedeute eine unnötige Politisierung der Stadtverwaltungen. Vorzuziehen sei die "rheinische OB-verfassung", die sich an das französische Vorbild anlehne. Da diese nach dem Kriege als undemokratisch galt und im Landtag nicht durchzusetzen war, plädierte er als Ersatz für das monistische System (Gemeinderat - OB - Oberstadtdir.). Leider hat sich eine Entpolitisierung der Verwaltung nicht erreichen lassen.

Landgerichtsvizepräsident Hoberg - Oberlandesgericht
Düsseldorf - Besuch am 11.5.1967

Hoberg erzählte, es habe sich in Düsseldorf ein Amtsgerichts-
rat erschossen, weil der glaubte, nie mehr zum Dienst zugelassen
zu werden. Einige Tage danach erhielt er von der Militärregie-
rung den Bescheid seiner Wiedereinstellung als Richter.

Der Überprüfungsbetrieb Deutscher Beamter durch die Engländer
wurde zu Beginn der Besatzungszeit ziemlich nachlässig gehand-
habt, so daß es häufig vorkam, daß diejenigen, die ihre Anträge
auf Wiedereinstellung spät einreichten, früher wieder einge-
stellt wurden als diejenigen, die sich sofort gemeldet hatten.
In den britischen Behörden war es üblich, alle neuen Fragebogen
und Anträge auf Anstellung oben auf den Stapel zu legen und
diesen wiederum von oben her abzuarbeiten. Die Konsequenz war,
daß die zuerst eingereichten Fragebögen, die zuunterst lagen,
mit Verzögerung bis zu 2 Jahren liegenblieben. Hinzu kam noch,
daß der englische Sicherheitsoffizier in Düsseldorf charakter-
lich nicht böseartig war, sondern nur entschlußlos. Erst ab
1948 wurde das Wiedereinstellungsverfahren deutscher Beamter
im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf beschleunigt und nach
objektiven Maßstäben betrieben.

Arbeitsanträge

Telefonanruf Oberlandesgerichtspräsident H o b e r g
am 7. Juli 1967

1. Hoberg sagte, daß die Hauptarbeit der Gerichte nach 1945 aus sogen. E-Sachen (Ehescheidungen) bestand. Sog. O-Sachen (Prozesse des Sachenrechts) gab es sehr wenige und die waren meistens illusorisch, da das Geld keinen Wert besaß und Geldentschädigungen oder Vergleiche in Geld wirtschaftliche keine Folgen hatte. Hoberg sagte weiterhin, er habe als Prüfer der Assessorexamenskandidaten den Eindruck gehabt, daß die Kriegsteilnehmer sich mit sehr großem Ernst auf ihren Beruf vorbereitet hätten. Die Durchfallquoten seien daher verschwindend gering gewesen. Erst einige Jahre später, als die neue Generation ihre Examina machte, habe sich die Zahl der Durchgefallenen auf den Vorkriegsstand wieder eingependelt.
2. Die englischen Legal-Officers seien sehr unerfahren und hilflos gewesen, zumal die Sicherheitsoffiziere im FSS keine Juristen waren, aber bei jeder Einstellung eines deutschen Richters gefragt werden mußten. So konnte es vorkommen, daß ein britischer Offizier an Hoberg herantrat und ihn fragte, ob SS (Sommersemester) im Vorlesungsverzeichnis und im Studiumbuch die Zugehörigkeit zur SS-Truppe bedeute. Besonders schwierig sei der Major Tucker gewesen, er war "eine Seele von Mensch", aber völlig ohne Entschlußkraft. Aus diesem Grunde habe die englische Militärregierung den Legal-Officer von Hamm, Warner, nach Düsseldorf geschickt, um auch hier den Aufbau des Gerichtswesens voranzutreiben. Warner, ein emigrierter deutscher Jude, habe viel Verständnis für die deutsche Situation gehabt und auch die nötige Energie und Überblick besessen.

Dr. H o f m a n n , Aachen - Gespräch am 21.11.1967

=====

Dr. Hofmann, von Beruf Journalist, gehörte vor 1933 der Zentrumsparterie an, der er in der Redaktion der Kölnischen Zeitung diente. Einiges Aufsehen erregte er 1932, als er in einem Artikel von Papen den "Ephialtes der Zentrumsparterie" nannte. Der Ausspruch geht auf Kaas zurück, Joos fing ihn auf und übermittelte ihn an Hofmann. Um Kaas nicht bloßzustellen, wurde die eigentliche Herkunft verschwiegen.

Während des Krieges stand Hofmann mit Johannes Albers in Verbindung; die Oppositionsgruppen waren streng nach dem konspirativen Prinzip organisiert; immer nur wenige Mitglieder wußten voneinander, andere Mitverschworene kannte man nicht, obwohl sich hinterher oft herausstellte, daß man die gleichen Ideen trachte und die gleichen Formulierungen benutzte. Über Jakob Kaiser und sonstige vertrauenswürdige Personen wurden die Gedanken von Gruppe zu Gruppe verbreitet. Schon im Frühjahr faßte man den Plan, nach dem Untergang des Nationalsozialismus eine Art deutscher Labourparterie zu gründen. Severing und andere Sozialdemokraten, die in Deutschland lebten, hatten zugestimmt.

Johannes Albers bat Hofmann, ihm ein Gespräch mit dem Bischof von Aachen zu vermitteln. Da zu dieser Zeit St. Maria von einer Bombe getroffen worden war, konnte Hofmann den Bischof ganz unverschleiert um eine Audienz bitten, indem er angab, er brauche Informationen über den "Terrorangriff". Solche Briefe ließ die Gestapo ohne Verdacht passieren. Als Albers und Hofmann beim Bischof eintraten, sagte dieser sofort, Sie sind doch nicht der Zerstörungen wegen gekommen. Albers legte den Plan der Partiegründung dar, aber der Bischof blieb zurückhaltend, da er nicht überzeugt war, daß die Sozialdemokraten dem Marxismus abgeschworen hatten.

Im Mai 1944 versuchten Bekannte von Hofmann bei Gesprächen in Runderoth und Hoffnungsthal Hamacher zu überreden, von einer

- 2 -

Wiedergründung des Zentrums abzustehen. Die Gespräche scheiterten an der Hartnäckigkeit des Oberstudiendirektors und sollten auch im März 1946 zu keinem Erfolg führen. Von Goerdeler war im Juli die Nachricht durchgedrungen, daß die Generale bereit zum Putsch seien und daß man sich fertig machen sollte. Hofmann war als Chefredakteur der Kölnischen Zeitung vorgesehen, wenn das Attentat gelänge.

Im Juni holten die Amerikaner Hofmann von Köln nach Aachen, wo er die erste Zeitung Nachkriegsdeutschlands unter amerikanischer Kontrolle herausgeben sollte: Es waren die Aachener Nachrichten. Damals schrieb er den ersten Leitartikel, der den Gedanken enthielt, die Deutschen seien nicht willens, in Trümmern zu leben, wie sie in Frankreich lange nach dem 1. Weltkrieg noch existierten. Dieser deutsche Wille sei die Grundlage eines raschen Wiederaufbaues. Der britische Zensuroffizier vermeinte, in diesen Sätzen Spuren der 'Blut und Bodentheorie' zu entdecken und ließ die Artikel nach England funken. Sie kamen unbeanstandet zurück.

In der ersten Zeit waren weite Kreise der CDU der Ansicht, Kohle und Banken mußten verstaatlicht werden. Ihre Besitzer hatten Hitler Geld gegeben und damit ihren Führungsanspruch verwirkt. Hofmann hatte selbst ein Gespräch Thyssens und Sinnes' mit angehört, in dem sich beide berühmten, Hitler Geld gegeben zu habe, da dieser allein vermöge, die Arbeiter ruhig zu halten. Ein Abt, der anwesend gewesen sei, habe eingestimmt, Hitler könne den Bolschiwismus eindämmen.

Die Sozialisierungsprojekte wurden indes von Adenauer wieder zurückgedrängt, Arnold dagegen war ihnen zugetan.

Auch die Absichten Severings zur Gründung einer Linkspartei, einschließlich der Christen, wurde durch die Emigranten, vornehmlich der ISK, dem Willy Eichler angehörte, überfahren. Die

- 3 -

Die Sozialdemokraten, die in Deutschland zur Zeit des III. Reiches gelebt hatten, konnten sich nicht durchsetzen.

Die Landtagsarbeit litt insbesondere an der Unterernährung der Abgeordneten, die nachmittags in den Sitzungen vor Erschöpfung einschliefen. Die Briten konnten den schlafenden Landtag nicht übersehen und gewährten danach pro Tag 1 Tasse Kaffee, der beschlagnahmter Schmuggelware entnommen wurde.

Die Sitzungen der Fraktion waren nicht selten unerträglich, da die Abgeordneten alle möglichen Sorten von Tabakersatz rauchten, der die Luft verpestete.

Hofmann war zusammen mit Betz und zwei weiteren Journalisten im Herbst 1946 auf einer Englandreise, wo sie Kriegsgefangenenlager besuchten. Sie wurden von Lord Pakenham empfangen, der ihnen, während er sich das Bein massieren ließ, mitteilte, daß die Demontage auf Deutschland zukomme, daß man sich aber keine Sorgen zu machen brauche, da den Deutschen später erlaubt werde, neue Maschinen zu kaufen.

(Erfahrungen)
 (1. englische Heuchelei, um die Deutschen zu beruhigen und das Problem herunterzuspielen,
 2. Aufrichtiger Glaube an den Unsinn der Demontage und die Voraussetzung, daß die Amerikaner Maschinen absetzen wollen).

Ein englischer Oberst äußerte später die gleiche Meinung.

Hofmann berichtete Adenauer von diesem Gespräch. Dieser fragte nur, ob er diese Worte schriftlich aufgezeichnet habe. ^{So geht} Auf Hofmann geht die Ansicht, von der auch Dr. Six erzählte, in der CDU-Fraktion zurück, die Engländer sollten die alten Maschinen abholen, die Deutschen werden neue bekommen.

1950 ließ Schreiber Brüning aus Amerika kommen und Teusch verschaffte ihm einen Lehrstuhl in Köln.

Angleichem hatten der selbste Politiker auch
besucht, den ehemaligen Reichskanzler North
wieder einzusehen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Erzählung von Herrn H ö c k n e r , Kreisgeschäftsführer
der CDU in Olpe am 2.10.1967

1. Landrat Schrage wollte sein Amt als Landrat unter keinen Umständen abgeben, obwohl er in den Kreisen der CDU mit seinem Rücktritt ständig kokettierte. Er behauptete stets, die Landtags- und Landratsaufgaben wachsen ihm über den Kopf, zumal er nicht von bester Gesundheit sei.

Diese ^{Erinnerungen} Erinnerungen setzten sich bei zahlreichen CDU-Mitgliedern fest, die ihn dann drängten, zurückzutreten. Er weigerte sich beharrlich, bis er ^{bei} einer Fraktionssitzung zur Zusage gezwungen wurde, nach einem Jahr das Landratsamt zur Verfügung zu stellen. Er soll nach dieser sehr harten Sitzung ^{dabei} geweint haben, daß er nur noch ein Jahr Landrat sein sollte.

Um seinen Einfluß im Landkreis nicht zu verlieren, schlug er als Nachfolger seinen Freund, den Landeshauptmann Dr. Salzmann vor, der allerdings nicht gewählt wurde.

2. Eine zweite schwere Niederlage erlitt Schrage, als er Heinrich Lübke zum Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Olpe vorschlug. Er selbst hatte die Kandidatur abgelehnt, wohl um nicht seinen Landratsitz ^{abzugeben} abzugeben. Er war mit Lübke, der in CDU-Kreisen Westfalens als der "starke Mann" der Regierung Arnold galt und auch als "Motor" im Hintergrund gewirkt habe, gut befreundet. Bei der Abstimmung erhielt Lübke 1 Stimme, während alle anderen Stimmen außer einer Stimmenthaltung auf einen unbedeutenden Kandidaten fielen.

Schrage sei einer der wenigen verfolgten des NS-Regimes gewesen, der nach dem Kriege sich seinen Widerstand nicht habe "vergolden" lassen. Er sei ein glänzender Taktiker gewesen, der vor allem für seine Heimat und Westfalen gewirkt habe.

Bericht über das Gespräch mit Herrn Abgeordneten Karl Isenberg,
60 Jahre, Kamp Lintfort, am 29. September 1967

Herr Isenberg war vor seiner Pensionierung Steiger und technischer Angestellter der Zeche in Kamp-Lintfort. Er gehörte schon vor 1933 mit 26 Jahren der SPD und dem Bund technischer Angestellter an, einer "Richtungsgewerkschaft", die zur SPD neigte und 1933 aufgelöst wurde. Den Einmarsch der Amerikaner im Kreise Moers erlebte Herr Isenberg in Kamp-Lintfort, wo er mit wenigen Männern, die sich dem Volkssturm entzogen hatten, geblieben war. Er mußte sich mehreren Verhören unterwerfen lassen, in denen vor allem nach seiner politischen Einstellung geforscht wurde. Die Offiziere des amerikanischen Nachrichtendienstes waren offensichtlich schlecht vorbereitet, da sie den Namen der SPD nicht kannten und sich nur an politischen Persönlichkeiten der Weimarer Republik wie Karl Severing, Friedrich Ebert und Paul Löhe orientieren konnten. Da Herr Isenberg sich als Anhänger Paul Löhes ausgab, kam er glimpflich davon.

Der Kreis Moers, in dem kaum schwere Kämpfe stattgefunden hatten, wurde bis zum 8. Mai 1945 als Frontgebiet betrachtet, was für die deutsche Bevölkerung bedeutete, daß sie mehr als in befriedeten Gebieten unter den Vorsichts- und Restriktionsmaßnahmen zu leiden hatte. Die Angestellten der Zeche, die 1939 den Hermann-Göring-Werken angegliedert worden war, wurden zunächst als potentielle Nationalsozialisten in der Kantine eingesperrt, während die Arbeiter mehr Bewegungsfreiheit hatten. Die ehemaligen Kommunisten erhielten spürbare Erleichterung. Der Stadt war durch die Besatzungstruppen eine generelle 22stündige Ausgangssperre auferlegt und ein Großteil der Wohnungen mußten für die Bedürfnisse der amerikanischen Truppen geräumt werden. Teilweise wurden die Leute von den Amerikanern "wie Tiere", so drückte sich Herr Isenberg aus, von einer Wohnung zur anderen gejagt. Isenberg selbst kampierte nach mehrmaligem erzwungenem Wohnungswechsel zeitweise in einem alten Hühnerstall. Der Ort selbst war in einem

- 2 -

desolaten Zustand, obwohl er kaum Bombentreffer erhalten hatte. Der Ortsgruppenleiter Achenburger hatte sich erschossen, der Verwaltungsbeamte und NS-Funktionäre waren über den Rhein geflohen. Die Zeche stand still, zumal die Bergarbeiter mit dem Volkssturm eingerückt waren. Die Gruben begannen vollzulaufen und die amerikanischen Soldaten hinderten die wenigen Arbeiter daran, die Pumpwerke wieder instand zu setzen.

Der Kreis Moers war vom rechten Rheinufer, Düsseldorf und Duisburg 1945 monatelang abgeschnitten, so daß er ganz auf sich gestellt war und die Arbeit in den Gemeinden aus eigener Initiative beginnen mußte. Erst im Herbst 1945 wurde eine Rheinfähre eingerichtet.

Diejenigen Angestellten der Zeche, die vor 1933 dem Butab angehört hatten, begannen im Herbst 1945 die Gewerkschaft wieder aufzubauen. Parallel dazu sammelte in Kamp-Lintfort Hermann Schmelzing, ein alter Sozialdemokrat, Gesinnungsgenossen und trat nach einiger Zeit an Herrn Isenberg heran. Die ersten Mitglieder der Partei hatten sich zum Teil als dunkle Gestalten entpuppt, deren Schmelzing sich entledigen wollte. Isenberg, der als Gegner des Nationalsozialismus bekannt war und in der größten Gewerkschaftsorganisation der Zeche eine Rolle spielte, kam ihm gelegen. Isenberg entschied sich auf Grund von Kurt-Schumacher-Reden für die SPD, der er am 1.1.1946 beitrug.

Auf der Zeche setzte sich, nachdem die Kontakte mit dem rechten Rheinufer sich vermehrt hatten, zu diesem Zeitpunkt die Organisation der Einheitsgewerkschaft durch. Vorsitzender wurde ein christlicher Gewerkschaftler namens Drewes, der mit Isenberg heftige Auseinandersetzungen hatte. Dieser Rivalitätskampf rührte nicht zuletzt daher, daß Isenberg als Kandidat der größten Richtungsgewerkschaft in der Einheitsgewerkschaft nicht zum Zuge kam, da die Militärbehörden Drewes als alten Gewerkschaftsführer aus der Zeit vor 1933 dem jüngeren Isenberg vorgezogen hatten. Isenberg spürte überhaupt bei den Engländern die Tendenz,

auf die alten Partei- und Gewerkschaftsführer zurückzugreifen und diese in leitende Stellungen einzusetzen, während sie die jüngeren übergingen. Die Politik hat, solange bis die alten wieder abtraten, personalpolitisch Rivalität erzeugt.

Der Zechenbesitz war 1945 wieder in die Hände gelangt, in denen er vor 1939 lag, dem französischen de Wendel-Konzern. Zunächst war in ihr ein englischer Kontrolloffizier, der von dem französischen Leutnant Gruninger abgelöst wurde. Dieser war ein Schwiegersohn des Direktors des de Wendel-Konzerns. Er hatte vor 1933 im Revier Isenbergs einen praktischen Lehrgang gemacht und kontrollierte nun die Zeche, bis die alte deutsche Leitung wieder eingesetzt wurde. Der deutsche Bergassessor war vor 1945 Wehrwirtschaftsführer gewesen und durfte somit erst nach der Entnazifizierung den Betrieb wieder übernehmen. Diesem ersten Direktor nach dem Kriege ist es zu verdanken, daß schon 1945 die Planung einsetzte, die Zeche mit allen technischen Neuheiten umzubauen, um sie in Zukunft konkurrenzfähig zu halten.

Die Arbeiten unter Tage, die mit dem Kohleförderungsprogramm in größerer Breite einsetzten, zeitigten geringe Förderungsergebnisse, da die Grubenarbeiter völlig unterernährt waren und höchstens 3 - 4 Stunden pro Tag arbeiten konnten. Um 10 Uhr morgens brachen die ersten schon vor Schwäche zusammen. Erst die Carepakete und das Bergarbeiterhilfsprogramm besserten diese Lage.

Nach dem Ausscheiden des 1. Betriebsratsvorsitzenden wurde Isenberg zum Nachfolger gewählt. Er schuf sich eine gute Vertrauensstellung, die dazu führte, daß die SPD ihm 1951 anbot, für den Stadtrat Kamp-Lintfort's und den Landtag Nordrhein-Westfalen's zu kandidieren. Als beliebter Gewerkschaftsführer und Betriebsrat brachte er aus dem Bereich der Zechenbelegschaft zahlreiche Stimmen ein. Isenberg wurde 1952 direkt in den Landtag gewählt, wo er aber keine Rolle spielte, wie er zugab, da offensichtlich sein Hauptinteresse der Stadt und Zeche galt.

Herr Isenberg war ein Verehrer Carl Severings, der nach 1945 in der Parteipolitik aus dem Hintergrunde stark wirksam war. Er konnte nach Meinung Isenbergs nicht mehr in den Vordergrund treten, da ihm von seinen politischen Gegnern die Schwäche, die er 1932 vor von Papen und dem Nationalsozialismus gezeigt hatte, dauernd vorgeworfen wurde. Man hielt ihm vor, daß er die preussische Polizei, die auf die SPD ausgerichtet war, nicht gegen die SA eingesetzt habe.

Besuch bei Herrn Abgeordneten J a c o b i , Geschäftsführer
des Deutschen Städtetages und MdB - am 15.1.1968

1. Jacobi saß zusammen mit Heußler in einem KZ in Bayern, Am 11.4.45 floh er und wurde von den Amerikanern aufgenommen. Sie wollten ihn aber nicht nach Hause reisen lassen, da sie ihn für den CIO anwerben wollten. Es gelang J. einen amerikanischen Wagen zu bekommen und damit nach Iserlohn zu fahren, wo er erfuhr, daß seine Frau Leni Regierungspräsident Fries' Sekretärin war. Fries stellte ihn als Landrat ein und ließ ihn Nölting aus Schmalleben holen. Nölting war zunächst nicht geneigt, ein Amt zu übernehmen, da er im III. Reich ein Buch über Polen geschrieben hatte, das auch gedruckt worden war und somit nicht als NS-freundlich aufgefaßt wurde.
2. J. übernahm das Amt des Staatskommissars zur Bekämpfung von Korruption und Mißwirtschaft. Er hatte keine Exekutions- und Fahndungsbefugnisse, sondern mußte sich der Staatsanwaltschaft bedienen. J. hat das Amt wegen des Mangels an Exekutivkompetenzen wieder aufgegeben. In der Zeit seines Bestehens bearbeitete das Amt etwa 4 000 Vorgänge. Die Mehrzahl davon gehörten zu den grundlosen Denunziationen, die rasch vom Tisch geräumt werden konnten. Immerhin entdeckte Heußler im Wirtschaftsministerium zwei Korruptionsfälle: Ein Beamter der Abteilung zur Genehmigung von Baustoffen ließ sich unter anderem Namen eine Villa bauen, ein zweiter lieferte einer Seifenfirma Öle und erhielt dafür Seifen. Nölting beschwerte sich darüber bei J., ebenso klagten SPD-Abgeordnete, daß er nur SPD-Beamte entlasse.

Das Amt war auch in den Fall Nansen verwickelt. Schröder hatte persönlichen Streit mit Nansen, der Menzel einredete, Schröder sei ein Spitzel der CDU. Man brach in Schröders Zimmer ein. Jacobi lieferte gegen Nansen Material und Arnold verfügte die Entfernung.

Der Staatskommissar hatte vom Ministerpräsidenten mit Zustimmung der Fraktionsführer nachrichtendienstliche Aufgaben. Darüber gibt es keine schriftlichen Unterlagen, da die Anweisungen mündlich erteilt und dann noch verschlüsselt durchgesprochen wurden. Die Abwehraufgaben liefen in zwei Richtungen: Abwehr kommunistischer Infiltration und englischer Bespitzelung. Zeitweise herrschten in den deutschen Dienststellen geradezu Psychosen vor den englischen Agenten, von denen auch einige durch provoziert harmloses oder selbstbewusstes Auftreten auffielen. Die Kommunisten seien zwar menschlich freundlich gewesen, hätten aber doch das "politische Süppchen" hintenrum gekocht. Die Fahndungsabteilung des Staatskommissars widmete sich dieser Aufgabe. Jacobi selbst beobachtete sehr bald diese Aktivität mit Mißtrauen, da er seinen Beamten, die z.T. aus der Abwehr Canarias stammten, mißtraute. Sie ließen sich bald in den "Kalten Krieg" verwickeln. Einige davon sind beim Verfassungsschutz (z.B. Gerke).

Aus der Erfahrung Jacobis entstanden zwei Memoranden über die Errichtung eines Bundesverfassungsschutzamtes und eines Bundeskriminalamtes, die Adenauer vorgelegt wurde. Adenauer, damals noch im Museum König residierend, zitierte Jacobi zu sich und ließ durchblicken, daß er ihm die Organisation des Verfassungsschutzes übertragen wolle. Aber er meinte, er könne ihm nur den Rang eines Ministerialrates geben, damit er politisch nicht zu mächtig würde. Jacobi lehnte ab, da er wissen wollte, in welche Kanäle die Nachrichten, die er sammelte, gehen. Er mußte direkten Vortrag beim Kanzler haben, wie dies der Fall gewesen sei (in NW, wo er Zugang zum Ministerpräsidenten hatte).

Jac. Haltung zu dem Amt des Staatskommissars war weitgehend von seiner Erfahrung aus der Weimarer Zeit her bestimmt. Nach dem Kriege meinte er, eine Demokratie müßte absolut sauber sein, und Vorkommnisse wie der Barmat-, Sklarek-, Kuskerprozeß dürfen nicht vorkommen. Heute nennt er diese Ansicht "romantisch".

3. Demontage: Die Demontage wurde von der SPD, vor allem von dem Fußvolk entschieden bekämpft, denn 1. verloren die Arbeiter ihre Plätze und zweitens lehnte sie die kapitalistischen Manipulationen ab. Die Großindustrie habe den Kampf nicht gleichermaßen hart geführt, da sie fürchtete, dann noch mehr zu verlieren.

Staatssekretär Mohr war ein schwacher Mann, der nicht führte. Als er die Direktorenstelle des Westddeutschen Rundfunks übernahm, habe er sich mehr dieser gewidmet, da er dort das 5fache verdiente.

Wandersleb dagegen sei ein mutiger Mann mit einem ungeheuren Gedächtnis gewesen, der allerdings in der Abweicklung seiner Geschäfte nicht immer sehr exakt gewesen sei.

Heußler saß mit Jacobi zusammen im KZ. Er war ein schwer zugänglicher Mann, der sich weigerte, von der SS einen Lagerposten anzunehmen und es in mehreren Jahren nur zum Tischältesten im KZ brachte. Er war Schwabe, unbestechlich in Geldsachen, so daß man nach seinem Tode merkte, daß er vergessen hatte, für seine Frau zu sorgen. H. war nicht beliebt, weil er hart sein konnte und druckgriff. Er konnte auch ungerecht sein und J. sagte, Heußler habe ihn oft als "Fußlappen" benutzt.

Demnach sprach J. aus, daß er kein auftragsmäßige
Demontage war, was heißt, was er wollte

Gespräch Dr. Hüttenberger am 26.4.1968 mit Herrn Janssen,
Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Nordrhein

Herr Janssen meinte im Gespräch, Kolb, der Oberbürgermeister von Düsseldorf bis April 1946 und Dr. Auerbach, Vertreter der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf, seien zwei "düstere Gestalten" gewesen, die durch die Umstände der Zeit nach oben gekommen seien. Beide seien eng befreundet gewesen und hätten zeitweise beieinander gewohnt. Sie hätten dem Ansehen der jüdischen Sache eher geschadet als geholfen. Das könne er, Janssen, selbst Halbjude, mit gutem Gewissen sagen. Die Düsseldorfer hätten aufgeatmet, als Kolb nach Frankfurt und Auerbach nach Bayern gegangen seien.

Mit dem Leiter der Abteilung Wirtschaft, Soergel, habe man gut zusammenarbeiten können.

Soergel war Diplomingenieur und während des Krieges leitend im Provinzialwirtschaftsamt (?) tätig.

Der Referent für Handelsfragen Hieronimi sei von der Kaufhof-A.G. ins Oberpräsidium und von da 1946 zum Zonenwirtschaftsamt in Minden gegangen. Nachher sei er wieder beim Kaufhof tätig gewesen und leite heute als Direktor die Salamanderschuhfabrik.

1. Zur Gründung der CDU in Münster und Westfalen

Anfang Mai 1945 kam Herr Jöstingmeier nach Münster zurück. Er war entschlossen, an einer christlich-demokratischen Parteigründung mitzuwirken. Zu diesem Zweck traf er sich mit dem späteren Ernährungsminister Johannes Peters. Er setzte sich mit ihm in einer Wohnung ohne Fensterläden und bei Kerzenlicht zusammen, um ein Programm zu entwerfen. Einige Tage später suchte ihn ein Geistlicher (wer?) des Bischofs Graf Galen auf, der ihm mitteilte, der Bischof wünsche ihn zu sprechen. Graf Galen entwickelte bei dem ersten Besuch seine politischen Gedanken von einer christlichen Partei, durch die eine Wiedergründung der einseitig auf katholisches Gedankengut konzentrierten Zentrumsparterie vermieden werden sollte. Er selbst hatte ebenfalls ein Programm entworfen, das er Herrn Jöstingmeier vorzeigte. Graf Galen, der die Reorganisation der SPD und KPD mit Unruhe beobachtete, drängte zur Errichtung der christlichen Partei. Er sprach sich andererseits dafür aus, daß der Klerus keine politische Ämter mehr übernehmen sollte. Er war z.B. entschlossen, dem Prälaten, Prof. Schreiber, der vor 1933 im Reichstag im Zentrum eine eusige Aktivität entfaltet hatte, die politische Tätigkeit nicht zu erlauben.

Gleichzeitig mit der Gründung der CDU in Münster tauchten die alten Zentrumsführer auf, die sich als die legitimen, vor 1933 gewählten Nachfolger der christlich-demokratischen Zentrumsparterie ausgaben. Trotz dieser Spannung gelang es Herrn Jöstingmeier, einen Kreis Gleichgesinnter zu finden. -Da er beim Generalreferat "Verkehr" tätig war, verfügte er über ein Kraftfahrzeug. In der unzerstörten Wohnung eines Freundes (?) konnte der Freundeskreis seine politischen Sitzungen abhalten. Herr Jöstingmeier hatte zu dieser Zeit bei dem Bischof Graf Galen ständigen Zutritt, um die Koordinierung der Programme zu besprechen. Herr Kannengießer, der zu der neuen politischen Gruppe in Münster gestoßen war, nahm die Verbindung zu anderen christlich-

demokratischen Gruppen auf, die sich im Ruhrgebiet und im Rheinland gebildet hatten. Es entspann sich nunmehr zwischen der jungen Partei und den alten Zentrumsanhängern im Münsterland eine härtere, langandauernde Auseinandersetzung. Die konservative Mentalität der münsterländer Bauern war kaum zu überwinden. So konnte es vorkommen, daß die Bauern und lokalen Zentrumsführer den Ausführungen Herrn Jöstingmeiers, der von Prof. Stier bei seinen Wahlreisen häufig begleitet wurde, im allgemeinen zustimmten, aber dennoch mit einem Bekenntnis zum alten Zentrum die Sitzungen schlossen. Auch Prof. Dr. Schreiber ist als Kandidat der CDU im Wahlkreis Münsterland gegen einen sonst unbekanntem Zentrumsführer gescheitert, nachdem er kurz nach dem Tode Kardinal v. Galens bei seinem Heimat-bischof in Hildesheim die Erlaubnis für eine politische Tätigkeit erwirkt hatte. Adenauer hatte zuvor noch Herrn Jöstingmeier beauftragt, Prof. Schreibers Rückkehr in die Politik zu verhindern. Der Kapitularvikar, der während des Interregnums in Münster die Geschäfte führte, hatte dem Ersuchen Schreibers nachgegeben.

Bei der Gründung der CDU Westfalens in Dortmund hielt Herr Jöstingmeier neben dem ehemaligen Preuß. Kultusminister Boelitz und dem Verleger Lambert Lensing die Ansprache. Die Wahl Lensings zum Vorsitzenden scheiterte an dem Einspruch der Briten, die herausgefunden hatten, daß er früher Reserveoffizier gewesen sei.

(Warum wurde der ehemalige Oberpräsident Gronowski gewählt?)

2. Zur Landesgründung Nordrhein-Westfalens

Herr Jöstingmeier war in den ersten Provinziallandtag ernannt worden. Im Sommer 1946 erhielt er eines Tages einen Anruf einer britischen Militärdienststelle, in dem er gefragt wurde, was er von der Gründung des Landes Nordrhein-

Westfalens halte. Die französische Regierung plane, das Ruhrgebiet zu neutralisieren und aus dem Reiche herauszulösen. Er müsse verbindlich antworten, da der Apparat mit London verbunden sei. Obwohl in dieser Zeit in Münster Pläne erwogen waren, das Münsterland mit Oldenburg und anderen Gebieten in der norddeutschen Tiefebene zu verschmelzen, befürwortete Herr Jöstingmeier unter diesen Umständen den Zusammenschluß. Er war dann auch bei den Besprechungen zur Bildung des ersten Kabinetts von Nordrhein-Westfalen anwesend. Adenauer, gestützt auf das für die CDU günstige Ergebnis bei den Kommunalwahlen, forderte von dem von den Engländern ernannten Ministerpräsidenten Amelunxen das Innenministerium, das dieser aber schon der SPD versprochen hatte. Carl Severing hatte den Engländern 1945 geraten, Amelunxen zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen zu ernennen. Amelunxen fühlte sich daher, zumal er selbst links orientiert war, der SPD verpflichtet. Bei der Besprechung wurde von Seiten der SPD und der Zentrums Partei der Vorwurf laut, daß die CDU zum Sammelbecken aller reaktionären Kräfte werde und daß sie daher unter keinen Umständen das Innenministerium, das für die Personalfragen zuständig war, erhalten könne. Adenauer war nicht bereit, sich mit anderen Ministerien abspesen zu lassen und er sagte Amelunxen offen, daß dieser nicht Ministerpräsident geworden wäre, wenn es nach der CDU gegangen wäre.

Im Dezember und Januar 1946/47 stellte sich die Frage nach der Besetzung des stellvertretenden Ministerpräsidentenamtes und der Koalition mit der SPD und Zentrums Partei unter Amelunxen. Adenauer lehnte den Kandidaten des christlich-gewerkschaftlichen Flügels der Partei für das stellv. Ministerpräsidentenamt, Arnold, ab. Die Fraktion wünschte jedoch Arnold, da dieser bei den Arbeitern Ansehen genoß. Außerdem wollte sie von sich das Omen nehmen, eine reaktionäre Partei zu sein, zumal im Ruhrgebiet Rücksichten auf

- 4 -

die Stimmen der Arbeiter zu nehmen waren. Adenauer hatte vorher schon versucht, Arnold das Amt des Landtagspräsidenten und das des Oberbürgermeisters von Düsseldorf einzureden. Dieser hatte dies jedoch zu Gunsten Gockelns aus Düsseldorf abgelehnt. (Wann fanden diese Gespräche statt? Kurz vor Eintritt Arnolds ins Kabinett Amelunxen Dezember 1946?) Ebenso wandte sich Adenauer gegen Heinrich Lübke als Landwirtschaftsminister, da dieser als "Roter-Lübke" bekannt, die Bodenreform befürwortete. Herr Jöstingmeier selbst hatte damals Bodenreformpläne ebenfalls unterstützt, da er der Ansicht war, möglichst viele Bauern mit Grund und Boden zu verbinden.

Bei dem Pfarrektor Dr. Vorholt, dem "Schwarzbunten", der sich schon in den zwanziger Jahren um die Organisierung der Bauernschaft verdient gemacht hatte, traf ein gleichgesinnter Kreis, zu dem Arnold, Lübke und auch einige SPD-Führer gehörten, zusammen. Man sprach damals davon, daß bei Dr. Vorholt Minister gemacht würden.

3. Kabinett Arnold:

Die Führung Arnolds war in den ersten Jahren schwach, da er sich gegen Menzel und Nölting, ausgesprochene Spitzenfunktionäre der SPD, schwer durchsetzen konnte. Arnold hatte überdies kaum Erfahrungen in der Ministerialverwaltung. Adenauer warf ihm gerade diese Schwäche besonders vor, da er selbst großen Wert auf Sachkenntnis legte.

Adenauer trat in der Fraktion des Landtages durchaus nicht als Diktator auf, sondern er verstand es, durch seine Erfahrung und seinen Humor Andersgesinnte zu überzeugen. Dennoch konnte er sich in der Frühzeit der CDU durchaus nicht in allen Fällen, wie die Beispiele Arnold und Lübke

zeigen, durchsetzen, Ein weiteres Beispiel dafür ist die Wahl Frau Teusch's für das Amt des Kultusministers gewesen, das sie mit großer Leidenschaft anstrebte und um das sie innerhalb der Fraktion eifrig um Unterstützung warb. Adenauer, der Frau Teusch ablehnte, verbreitete in der Fraktion die Meinung, daß diese laut Urteil Professor Martinis krank sei und die Last des Amtes kaum ertragen werde. Bei der Wahl des Kandidaten für das Kultusministerium stellte Herr Jöstingmeier einen Professor der Pädagogischen Hochschule (?) aus Dortmund auf, während Adenauer den Abteilungsleiter Schnippenkötters favorisierte. Frau Teusch wurde dagegen gewählt.

Herr Jöstingmeier meinte, daß mit der Zeit die korrupte Personalpolitik des Personalreferenten im Innenministerium Wolfgang Schmidt unerträglich geworden sei, so daß die Koalition, die von Arnold befürwortet, von Adenauer aber bekämpft wurde, erheblichen Spannungen unterlag. Am Fall des "Dr. Schwarz", der bei Verdacht der Hochstapelei eine Dissertation vorgelegt hatte, in deren Literaturverzeichnis Bücher genannt waren, die erst nach dem Veröffentlichungstermin der Dissertation erschienen waren, wurden diese Zustände eklatant. Herr Jöstingmeier sandte daraufhin dem Rheinischen Merkur einen offenen Brief "An Arnold", der in großer Aufmachung abgedruckt wurde. Arnold antwortete, Adenauer bot Herrn Jöstingmeier einen Mann "mit einer spitzen Feder" an. Es war der Journalist Wenger. Es wurde im Landtag ein Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz Herrn Jöstingmeiers eingesetzt. Arnold schickte ihm den Ministerialdirektor der Staatskanzlei Mohr und ließ ihn bitten, den Ausschuß so zu führen, daß er keine Ergebnisse zeitigte. Arnold wollte unter keinen Umständen die Koalition zerbrechen lassen. Herr Jöstingmeier lehnte dies ab. Durch die Arbeit dieses Ausschusses und die Auseinandersetzung der SPD und der CDU um die Schulfrage und den Verfassungsentwurf ist die Koalition zerbrochen.

- 6 -

Arnold hat in den späteren Jahren mit wachsender Ministerialerfahrung an Führungskraft gewonnen.

Fragen:

1. Wie wurde Herr Sträter erster Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen (5.12.1946)?
2. Warum wurde Herr Heinemann am 7.7.1947 Justizminister?
3. Wie kam es zu der Ernennung Amelunxen's zum Justizminister am 15.9.1950?
4. Wie wurde Herr Weitz am 17.6.1947 Finanzminister?
5. Welchem Flügel der CDU gehörte Herr Weitz an?
6. Wie war das Verhältnis von Herrn Weitz zu Adenauer?
7. Wie war das Verhältnis von Herrn Lehr zu Adenauer?
8. Können Sie bitte die Bedeutung des Pfarrers Dr. Vorholt genauer umschreiben?
9. Versuchte Adenauer, auf die Bildung des 1. Kabinetts Arnold vom 7.7.1947 Einfluß zu nehmen?
10. Wieso kam es zum Bruch mit den Kommunisten im März 1948?

Föringener vom 17.10

1) Hermann Lübbe war häufig kranklich und schlüchte
über die Mayen Tabletten, seinen Drucktritt boten
eine Gesundheitsgründen an.

2) Glotze hatte eine Reihe von Empfehlungsbreiben
von Gichtler und Bratker vor, die ihm werkschaffen
sollte. Am Tage füringener ^{gab} er die
als sagt, daß ^{er} ⁱⁿ ^{der} ^{Liste}
abwesend, daß Glotze im dem Weissen Kreis der CV
gehört habe, die Amtsbreite dieses Standesverbandes.

Besuch bei Herrn J o c h e m am 9.9.68 in Oberhausen
 =====

Herr Jochem, von Beruf Bergarbeiter und Gewerkschaftssekretär in Oberhausen, war vor 1933 Mitglied des Reichsbanners, nach 1933 zeitweise im Konzentrationslager. 1945 übernahm er sofort die Leitung des DGB in Oberhausen und trat der SPD bei. Ideologisch bezeichnete er sich als Anhänger der USPD oder SAP, er sei jedoch niemals aus der SPD ausgetreten, da er jede Spaltung von Übel hält. Allerdings habe seine Haltung dazu geführt, daß ihn seine Gegner in der Partei oder den Gewerkschaften gerne als einen verkappten Kommunisten bezeichneten, so sei er gezwungen gewesen, sich stets deutlich von der KPD zu distanzieren.

KPD.

Die KPD habe 1945 "Volksfrontpolitik" mit Hilfe der bürgerlichen Gruppen versucht. Ein Zusammengehen mit der SPD sei an der ablehnenden Haltung Schumachers und der alten Stalin'schen Parole von den SPD-Verrätern gescheitert. Dennoch habe unter manchen SPD-Mitgliedern die Neigung bestanden, sich mit der KPD zu verbinden. In Oberhausen sei ¹⁹⁴⁵ z.B. der ehemalige SPD-Sekretär ¹⁹⁴⁵ 1945 vom Bezirk Niederrhein, Huschke, vor 1935 ein Sozialdemokrat des rechten Flügels, aus der Sowjetzone als Anhänger der SED zurückgekehrt. Er berief in Oberhausen-Sterkrade eine Versammlung ein, auf der er über die politischen Verhältnisse im russisch besetzten Gebiet sprach und für einen Zusammenschluß von SPD und KPD plädieren wollte. Jochem besuchte die Versammlung und bemühte sich, Huschke's Rede mit dem Hinweis auf dessen einstige rechte Haltung zu verhindern. Er appellierte an die Anwesenden, echte Sozialdemokraten sollten den Raum mit ihm verlassen. Als er selbst aufbrach, folgten ihm nur wenige, die Stimmung schlug gegen ihn.

Die KPD versuchte außerdem, über die Antifa-Bewegung Verbündete zu finden. Im Gefolge der amerikanischen Invasionstruppen tauchten in NW sowjetische Agenten auf, deren erste Aufgabe

im Aufstöbern von Nationalsozialisten bestand und die damals dazu übergangen, zu Versammlungen bürgerliche Gruppen, Pfarrer und Verfolgte, einzuladen. In den ersten beiden Nachkriegsjahren hatten diese Organisationen einen gewissen Erfolg, sie faßten vor allem in den kommunalen Entnazifizierungsausschüssen Fuß und gewannen zeitweise Anhänger bei Nichtkommunisten. 1947 begannen diese Organisationen langsam abzubröckeln, als nämlich bekannt wurde, daß sie kommunistisch unterwandert waren. Auch in Oberhausen tauchte ein Agent auf, der zusammen mit einer jungen Frau die Jagd auf die Nazifunktionäre anführte. In den ersten Tagen der Besetzung lief er mit einem Revolver am Gürtel umher, berief sich auf die Unterstützung der Besatzungsmacht und versuchte, im Gewerkschaftsgebäude organisatorisch zu arbeiten. Er stieß dabei auf den Widerstand Jochems, der sich in seinen Bereich nicht hineinreden lassen wollte.

Die offiziellen Funktionäre des DGB und der SPD in Oberhausen weigerten sich, an der Antifa-Bewegung teilzunehmen und Mitglied in den Entnazifizierungskammern zu werden. Ihrer Ansicht nach traf das Entnazifizierungsverfahren vorwiegend die kleinen NS-Funktionäre, während die Wirtschaftsführer unbehelligt blieben. Sie gerieten in diesem Punkt mit dem britischen Polizeioffizier in Streit, der Jochem eines Tages zu sich befahl, ihm Vorhaltungen machte und drohte, ihn einzusperren. Er sagte, er wolle die Bezirksleitung der SPD von Jochems Haltung informieren. Jochem hielt dem Briten entgegen, dieser bediene sich nachweislich krimineller und ginge mit alten, hochgestellten Nationalsozialisten auf die Jagd. Außerdem dürfe er den Bezirksvorsitzenden informieren, denn ein solcher Schritt bleibe wirkungslos, da die SPD eine demokratische Partei sei, in der von unten nach oben bestimmt würde. Schließlich gäbe es Wege, über die die britischen Gewerkschaften und die Öffentlichkeit von einer solchen Verhaftung Nachricht erhielten. Der Offizier habe ihn daraufhin entlassen.

Die KPD versuchte, ebenfalls auf der Landesebene einen guten Eindruck zu machen und sich den bürgerlichen Parteien zu nähern.

Sie verhielten sich gegenüber der Beamtenschaft und der CDU entsprechend wohlwollend und menschlich liebenswürdig. Wahrscheinlich hatten sie auch die Absicht, einen Keil zwischen CDU und SPD zu treiben. Dagegen versuchten sie, die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Ernährungslage zum Umsturz auszunutzen, eine Politik, die mehrere Male vor dem Erfolg stand.

Da die Alliierten 1945 deutsche Politiker und Funktionäre gemäß den Relationen, die sich aus den Wahlen von 1932 ergeben hatten, einsetzte, gelang es der KPD auf der kommunalen Ebene und in den Betriebsräten einen starken Einfluß zu erlangen. Dort strebte sie eine Räteherrschaft über die Wirtschaft nach dem Vorbild der Räte von 1918 an. Diese Strömung machte sich auch bei der Gründung der Gewerkschaften bemerkbar, indem die KPD versuchte, die Betriebsräte gegen die Gewerkschaften auszuspielen. Aus diesem Grunde mußten KPD-Funktionäre, die aus den Betriebsräten kamen, in die Vorstände der Gewerkschaften aufgenommen werden. Nach der Wahlniederlage im Frühjahr 1947 wurde die Position der KPD auch in den Gewerkschaften schwächer. Eine Reihe von Funktionären trat damals aus der KPD aus, entweder um ihre Ämter für sich persönlich oder für die Partei zu halten.

IG Bergbau

Jochem hielt trotz Verbot der Alliierten in Oberhausen die erste Gewerkschaftssitzung ab, in der er zum örtlichen Vorsitzenden bestellt wurde. Anfang 1946 fand in Witten eine erste geheime Tagung der IG Bergbau statt, in der August Schmitt von den Delegierten zum Vorsitzenden gewählt wurde. Jochem hatte gegen Schmitt plädiert, da dieser zwar ein guter Organisator, aber Politiker mit einer eigenen Konzeption sei. Schmitt warf Jochem dagegen vor, er sei ein Kryptokommunist, da er sich auf dem linken Flügel der SPD bewegte.

Da Schmitt schon vor 1933 2. Vorsitzender der freien Bergarbeitergewerkschaft war, wurde er mit einigen Stimmen Vorsprung gewählt. Jochem sollte Stellvertreter sein. Er lehnte ab, um

nicht in Schmitts Politik eingespannt zu werden, er übernahm jedoch einen Sitz im Hauptvorstand. Auf dem ersten Gewerkschaftskongreß in Hannover wurden dann die Richtungskämpfe zwischen den ehemaligen einzelnen Gewerkschaften, den christlichen, den Hirsch-Duncker'schen, den sozialistischen und den gelben angefochten. Hans Böckler, der nach Jochem die klarste Konzeption vertrat, ging daraus als unangefochtener Führer hervor. Adenauer wünschte dagegen den Wiederaufbau der christlichen Gewerkschaften.

Mitbestimmung

1946 bot Generaldirektor Reusch, Gutehoffnungshütte Oberhausen, Jochem die Mitbestimmung in seinem Betrieb an. Ein Industrieller aus Duisburg wandte sich mit gleichen Zusagen an den örtlichen DGB-Sekretär. Jochem informierte Hans Böckler, der jedoch bat, in den einzelnen Betrieben nicht vorzuprellen, da er eine gesetzliche Gesamtregelung anstrebe. Er redete den Arbeitern ein, zunächst für den Aufbau der Wirtschaft zu sorgen, damit sie ein festes Fundament besäßen. Dann würde der DGB die entsprechenden Forderungen stellen. 1950 leitete Böckler die Mitbestimmungsdebatte ein. Als er im Sommer krank wurde, ließen August Schmitt und Freitag, der Vorsitzende der IG Metall, die Arbeit daran ruhen. Auf einer Tagung sagte verbittert Böckler Jochem, er müsse wieder von vorne beginnen. Im Herbst 1950 arbeitete der DGB einen strategischen Plan für das Vorgehen in der Mitbestimmungsfrage aus. Er sah zunächst eine Propagandaaktion, dann Einzelstreiks und zuletzt den Generalstreik vor. 1951 drohte Böckler Adenauer ultimativ einen Termin an, an dem der Generalstreik ausbrechen würden, wenn bis dahin das Gesetz über die Mitbestimmung nicht verabschiedet sei. Damals beging Freitag die Dummheit, die Tarifverträge, die mit Fristen von 3 Tagen bis zu einem Jahr abgeschlossen waren, nach und nach zu kündigen. Er glaubte, keinen Streik anfangen zu können, wenn noch rechtsgültige Verträge liefen. Den revolutionären Charakter der Situation hatte er ebensowenig begriffen wie Schmitt, der Böckler einzureden versuchte, er habe mit Heinrich Kost,

dem Vorsitzenden der Kohlenbergbauleitung, die Mitbestimmung vereinbart. Böckler habe darauf geantwortet, darauf sei kein Verlaß, da Kost von den Zechenbesitzern, wie Reusch, abhängig sei und diese sich gegen die Mitbestimmung ausgesprochen hätten.

Jochem kritisierte die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden Freitag und Schmitt; sie hätten vom organisatorischen Handwerk etwas verstanden, aber keine klare politische und soziale Auffassung gehabt.

Die Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum hatten die Amerikaner verhindert. So habe der Landtag ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, dessen Durchführung von den Alliierten verboten worden sei.

Adenauer habe auf den ersten beiden Lesungen das Gesetz abgelehnt, bei der dritten Lesung sei er zum Erstaunen aller in Urlaub gewesen. Der DGB habe jedoch erfahren, daß Adenauer zur gleichen Zeit mit den Amerikanern verhandelte, wie die Anwendung des Gesetzes zu verhindern sei.

In der Frage des Betriebsverfassungsgesetzes hätten die christlichen Gewerkschaften den DGB im Stich gelassen. Albers und Gockeln seien keine harten Männer gewesen.

Die Politik der Besatzungsmächte, vor allem der Amerikaner, habe zwei Aspekte aufgewiesen. In den großen sozialpolitischen Ordnungsfragen lehnten sie die Ziele des DGB ab und verhinderten ihre Durchsetzung. Bei organisatorischen Problemen, Lohnfragen etc., unterstützten sie die Gewerkschaften. Denn sie bedurften ihrer als Ordnungsfaktor, um die Arbeiter vor Streiks, Demonstrationen und Unruhen abzuhalten. Böcklers Verhältnis zu den Alliierten sei deshalb oft gespannt gewesen.

Eines der schwierigsten Probleme für die Gewerkschaftsführer bildete die Ernährungslage. Je schlechter sie wurde, desto weniger hatten sie die Arbeiter in der Hand, desto stärker

wirkte die kommunistische Propaganda und desto mehr ließen sich die Menschen zu unbedachten Handlungen hinreißen.

Besonders katastrophal war von Anfang an die Situation der Städte Duisburg, Essen, Oberhausen, Mülheim und Dinslaken. Die örtlichen Gewerkschaftsführer arbeiteten in diesem Punkt auch eng zusammen.

1946 reisten sie gemeinsam zum Oberpräsidenten Lehr. Auf einer Konferenz drängten sie ihn soweit in die Enge, daß ihm der halb spaßhaft gemeinte Satz entfuhr, "Ich glaube, Schlange-Schönings liefert mir nichts, weil wir uns in der Schule untereinander gestritten hatten." Jochem griff dieses Wort auf und sagte, wenn er dieses Wort an die Arbeiter weitergebe, dann seien sie gewiß nicht zu halten. Lehr bat händeringend, seine unbedachte Äußerung nicht in die Öffentlichkeit zu ^{bringen} geben. Unter dem Eindruck dieser Konferenz reiste er nach Hamburg und erreichte, daß Schlange-Schönings sich in der Nordrhein-Provinz über die Not selbst informiere. Als ^{er} kam, Lehr und Wandersleb buckelte vor ihm sehr, ließ er sich von den Gewerkschaftsführern in den Industriestädten orientieren. Er versprach ihnen, er werde mit Importnahrungsmitteln so rasch er könne helfen. Die Waggons sind tatsächlich in Hamburg abgegangen, kamen in der Nordrhein-provinz jedoch nie an; sie wurden in Niedersachsen oder Westfalen abgehängt und ausgeladen. Es sei übrigens oft vorgekommen daß Lebensmitteltransporte von Hamburg unterwegs verschwanden.

Daneben lag die schlechte Versorgung zum Teil an der Hortung der Güter bei den Kaufleuten. Jochem hatte einmal auf eigene Faust seine Funktionäre Razzien in Lebensmittelgeschäften machen lassen. Die Aktion war riskant, da die Gewerkschaftler zwar Hilfspolizeiausweise besaßen, soweit jedoch nicht gehen durften. Am gleichen Morgen wurde er zu dem britischen Polizeioffizier bestellt, der ihm Vorhaltungen machte. Zum Glück trafen die ersten ^{Meldungen} ein, nach denen die Kaufleute sogar seltene Lebensmittel gehortet hatten. Der Brite ließ ^{sie} darauf hin festnehmen, aber nur milde bestrafen. Jochem wurde mit einer

- 7 -

Verwarnung entlassen. Im Winter 1947/48 spitzte sich die Ernährungslage zu. In Mülheim fanden zwei Kundgebungen statt, von denen die zweite schon nicht mehr in der Hand der Gewerkschaften war, sie war von der KP unterwandert. Böckler, der auf ihr sprach, konnte sich gerade noch durchsetzen. In dieser Zeit hatten die Kommunisten eine gute Chance, eine Revolte anzuzetteln.

Personalien

Besondere Spannungen zwischen Severing und Henßler konnte Jochem nicht feststellen, obwohl er zugab, daß beide verschiedene Typen waren. Severing, von vielen Sozialdemokraten persönlich verehrt, sei politisch schwach gewesen, Henßler dagegen konnte für seine politischen Ziele jeden, der ihm im Wege stand, beiseiteschieben, ohne jedoch intrigant oder korrupt zu sein. Aber diese, seine rauhe Arbeit habe ihm keine persönlichen Freunde geschaffen. Berger aus Wesel habe es nicht verstanden, mit den Arbeitern richtig zu sprechen, er sei zu sehr Intellektueller gewesen. Aus diesem Grunde vermochte er nicht, in höhere Positionen innerhalb der Partei aufzusteigen. Politisch habe er noch weiter^{links} als er, Jochem, links gestanden. Berger gehörte in Oberhausen nach dem Kriege einem kulturpolitischen Kreis an, an dem auch Luise Albertz und Böllhoff teilnahmen.

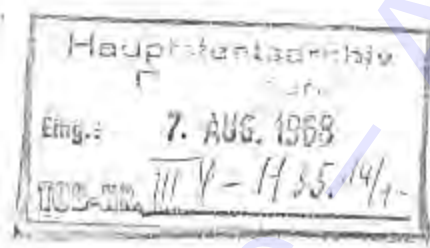
Das Verhältnis Görlingers zu Adenauer sei in allgemeinpolitischen Fragen konträr gewesen, in Kölner Interessen jedoch hätten beide oft zusammengearbeitet.

III 9/125

Dr. JOHANNING
RHEYOT. Bismarckstr. 17

Am 2. Aug. 1968

An den
Hauptstaatsanwaltschaft
Abt. III Ministerialdirekt. V.H.
Düsseldorfer
Prinz-Georg-Str. 78



14 2192/68

Bsch. III V - A 35 14/1 - M 1077/68, Schreiben vom 29.7.1968 (18.9.1967)

Wegen einer oermessenen Erbauung
habe ich leider den ersten Jahresbericht unbestätigt und unbeantragt
lassen müssen. -

Anfang des Jahres wurde ich zunächst
beim Landrat-Denkmal, später beim Oberbürgermeister-Denkmal
zum Einsicht in die Kreisprotokolle aus den Jahren 1947-49 zu be-
herausen. Die Herren gaben entsprechende Zusagen, machten aber darauf auf-
merksam, daß es Zeit u. Mühe machen würde, Unterlagen über Vorgänge
aufzutreiben, die nicht als kraudrig Jahre zurückliegen. Allerdings drängen
konnte und wollte ich als Bekannter nicht. -

Ein Ihre Zwecke dürfte die Klärung des
Kreisbezugs Denkmal zum Anschlussfrage an das Land Niedersachsen oder
an das Land Nordrhein-Westfalen besonders interessant sein. -

Ich bitte um Verständnis, daß ich
Ihnen Zeit u. Tag der Abkündigung, ebenso das zahlenmäßig genaue
Abkündigungsergebnis nicht mitteilen kann; weil mir mein Gedächtnis
versagt. Wenn die Ausführung der Gedächtnisbücher keine
Bewertung.

Das Veranlassung oder Anordnung des Kreispräsidenten wurden die Abgeordneten des Kreisbogens Schwob zu einer Sitzung geladen, deren einziger Punkt der Tagesordnung gehörig war und der auch erst - so glaube ich nicht recht zu erinnern - nach Eröffnung der Sitzung bekannt gegeben wurde. Es sollte von den Kreisbogensmitgliedern die Frage des Anschlusses an das Land Niedersachsen oder an das Land Westfalen-Westfalen erörtert werden. Im Anschluss an die Ansprache sollte die geheime Abstimmung des Ergebnis ermittelt werden. Die Abstimmung wurde natürlich durch die damalige Ernährungsfrage stark beeinflusst, darüber hinaus waren die pol. Gründe für die Bildung eines neuen Landes Westfalen-Westfalen damals den Abstimmenden bekannt.

Für einen Anschluss an Westfalen-Westfalen wurden u. a. besonders wirtschaftliche Gesichtspunkte (Industrie am Rhein u. Rhar), insbesondere die enge wirtschaftliche Bindung an die ostwestf. Industrie (Bielefeld, Herford) herangezogen.

Bei einem Anschluss an Niedersachsen glaubte man bessere Ernährungsverhältnisse erwarten zu dürfen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Landeshauptstadt Hannover näher gelegen sei, es wurden u. a. auch konfessionelle Gründe vorgebracht. (Die Bewohner Niedersachsens sind überwiegend protestantisch)

Abschließend wurde über zwei Fragen, die ich nun kurz zusammenfassen kann, geheim abgestimmt.

Die erste Frage, Anschluss an Westfalen-Westfalen, wurde nach meiner Erinnerung nicht mit Mehrheit bejaht.

Die Abstimmung über die zweite Frage, ob der Kreis beibehalten wäre, mit Ausnahme von den ostwestfälischen Kreisen in Hannover, ergab nach meiner Erinnerung eine klare Mehrheit gegen eine Freisetzung.

Diese Angaben bitte als vorläufige Unterlagen zu werten.
Ich bin weiterhin sehr daran interessiert, mit dem exakten
Material zu beschaffen.

Nach meinem Verbleib bin ich in Detmold und hoffe dort die
Protokolle einsehen zu können, wenn sie mit mir mitbringen
zugestellt werden sollen. Mit gleichem Post werde ich noch einmal
schreiben in Detmold vorstellig.

Ich werde mir erlauben, bei meinem nächsten Auf-
enthalt in Düsseldorf vorstellig zu werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Mann.

Besuch bei Herrn Bernhard Kaes am 5.9.1968 in Bad Godesberg

=====

Herr Kaes, mit 21 Jahren Bezirkssekretär des Zentrums in Duisburg, gehörte zeit seines Lebens dem sozialen Flügel der christlichen Politiker an. Er stammt, wie Schrage, aus dem Christlichen Metallarbeiterverband. Obgleich er nur eine Volksschulbildung besitzt, verfügt er über eine umfassende literarische und theoretisch-politische Bildung, die sich vor allem in seiner gut ausgewählten, mit sämtlichen Klassikern bestückten Bibliothek dokumentiert. Er verlor 1933 seine Ämter, schlug sich auf kargliche Weise durch, übernahm 1935 zeitweise eine Buchhandlung, die allerdings von der Gestapo wieder geschlossen wurde. Er hatte im Krieg, vor allem bei Kirchgängen, Kontakt mit Weitz, der während des III. Reiches in Duisburg eine Rechtsanwaltspraxis eröffnete hatte, sich politisch jedoch vorsichtig zurückhielt, da er, wie Kaes meinte, sehr ängstlich gewesen sei.

Ab 1945 führte Kaes zwei Jahre lang die Geschäfte der CDU in Duisburg, er nahm an einigen wichtigen Konferenzen, z.B. in Uerdingen im Januar 1946, teil und organisierte die Partei am Niederrhein und im Kreis Rees. So kannte er auch den Fall des Bürgermeisters von Wesel Dr. Ebert, der die Zugehörigkeit zur NSDAP verschwiegen hatten und bei Bekanntwerden dieser Tatsache sein Amt verlassen mußte.

Er nahm 1945 Verbindung zu Schaeven, Warsch und Schwering auf, von Warsch meinte er, er habe gegenüber der SPD zu sehr im Freund-Feind-Verhältnis gedacht.

Weitz, der von den Briten auf deutsche Empfehlung eingesetzte OB von Duisburg konnte als erster nach dem Kriege dank seines Gemeindefahrfahrzeuges nach Köln reisen.

1947 wurde Kes in den Landtag gewählt, war Mitglied des Kulturausschusses, wo er Streitgespräche mit Prof. Kroll führte, den er als liberal bezeichnete.

- 2 -

1950 verlor er die Wahl in Duisburg gegen seinen SPD-Gegenkandidaten. Er widmete sich nunmehr seiner Arbeit als Volkshochschuldirektor in Duisburg, zu dem er 1947 gewählt worden war. Später wurde er als Nachfolger des Staatssekretärs auf Veranlassung von Frau Teusch in den Beirat des WBR berufen, zu seiner großen Verbitterung jedoch 1966 wieder abgewählt.

Resuch bei Herrn Dr. Kaufhold, Gütersloh, am 27.3.1968

1. Die CDU hatte ^{mit} der FDP ein Wahlabkommen geschlossen, nach dem in verschiedenen Kreise nur ein Kandidat von jeweils einer der beiden Parteien aufgestellt wurde. Gewinner des Abkommens war die CDU. Mit Hilfe dieser zusätzlichen Mandate war sie in der Lage, eine Kleinstkoalition mit dem Zentrum einzugehen und die große Koalition mit der SPD aufzulösen. Dennoch hat Arnold noch lange gehofft, eine Koalition mit der SPD wieder zustande zu bringen. Er besetzte ^{zunächst} das Innenministerium nicht, sondern führte ^{bis 18.9.1950} ^{seiner} ^{Geschäfte} selbst, um es der SPD ^{eventuell} anbieten zu können.
2. Besonders umstritten war 1952 die Ernennung des Ministerialdirektors Busch. Frau Teusch wünschte einen katholischen Beamten, der evangelische Flügel der CDU einen evangelischen. Mit Busch setzte sich Frau Teusch, die nach Kaufhold eine gute Klinge zu schlagen wußte, durch. Sie habe überhaupt katholische Beamte bevorzugt.
3. Arnold sei kein starker Ministerpräsident gewesen, sondern habe unter dem Einfluß verschiedener Leute gestanden, die in der CDU als "Düsseldorfer Kreis" bezeichnet wurden. Zu ihm gehörte z.B. Dr. Hensel, Jöhnen, Teusch. Von Adenauer durfte man in dieser Gruppe, wie auch in der Fraktion, nicht sprechen. Kaufhold war dagegen ein Anhänger Adenauers. Er machte sich aber vor allem unbeliebt, weil er sich für den protestantischen Flügel der CDU einsetzte. So mußte ^{er} sowohl innerhalb der Fraktion als auch innerhalb des Wahlkreises Wiedenbrück Konflikte gegen den katholischen Teil der Partei austragen. Er meinte, daß er 1954 deshalb nicht mehr als Kandidat für den Landtag aufgestellt worden war.
Die evangelische Kirche habe zwar stets Wünsche an die evangelischen Abgeordneten herangetragen, diese leider aber nicht genügend unterstützt.

Gespräch mit Kalbhen
am 24.7.1967

ZS/A-57 - 182

Ministerialdirigent Kalbhen kommt aus der Prov.Regierung in
Münster, wo er unter Vogels in der Personalabtlg. tätig war.

Er beobachtete: 1) Daß Pünder und Amelunxen persönlich verfeindet
waren und sich bekämpften. Diese Feindschaft führt Herr K.
auf den Wechsel des Regierungsbezirks Münster 1932 zurück, wo
Amelunxen von v.Papen entlassen wurde und Pünder ihm nachfolgte.
Herr K. kann sich auch an eine Szene im Hause seines Schwieger-
vaters erinnern, als Amelunxen und Pünder gleichzeitig einge-
laden waren und eine eisige Atmosphäre herrschte. 2) Personell
bearbeitete der Generalreferent der Prov.Regierung die Perso-
nalien des Regierungsbezirks, der Provinzialverwaltung und
der Sonderämter (Ernährung u. Wirtschaft). Der Prov.Verband
versuchte ständig, die Regierung zu betrügen, und es gelang
auch.

Trotz der geringen Macht der Reg. unterstellten sich die Re-
gierungsbezirke, die frühzeitig wieder funktionierten, ziem-
lich ohne Schwierigkeiten. Sie waren zu preußisch ^{ein}gestellt.
Hinzu kam, daß Amelunxen sehr ehrgeizig war und auf seine
Praerogativen achtete. 3) K. nimmt an, daß Severing
Amelunxens Ernennung zum Oberpräs. unterstützte und Amelunxen,
der stolz darauf war, weit links zu stehen, Menzel dafür das
Generalreferat übertrug. Der Oberpräsident hatte innenpolitisch
vor allem mit dem Provinzialverband zu kämpfen. Hinter
Salzmann standen Zuhorn und vor allem Naunin, der mit allen
Mitteln kämpfte.

Personalpolitisch stellte Menzel zuerst alle Beamten ein, die
1933 nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des deutschen Be-
amtenums entlassen worden waren. Pgs, die in die SPD eintra-
ten, galten als weitgehend exculpiert. Leute wie Greinert,
und die Pgs waren, sicherten sich ab, indem sie in die ÖTV
eintraten und somit in den Augen Wolfgang Schmidts weitgehend
entschuldigt waren.

Menzel war in den Entnazifizierungsfragen schärfer als die
^{britische} Partei. Es ist im Innenministerium bekannt geworden, daß die
Engländer die Entnazifizierung den Deutschen übertrugen, weil
sie ihnen zu unangenehm war. Menzel entnazifizierte einen Deut-
schen, der von den Briten entnazifiziert war, noch einmal.

Vor allem Offiziere versuchte er auszuschalten, weil er alles, was altpreußisch war, ablehnte.

1946 wurden die Personalabteilungen von Münster und Düsseldorf fusioniert. Es entstanden heftige Kämpfe, bei denen die Rheinländer im allgemeinen siegten. Da die Verwaltung noch klein war, übernahm die Personalabteilung des Innenministers unter W. Schmidt zunächst die Versorgung der gesamten Landesregierung. K. beurteilt Schmidt sehr schlecht. Schmidt habe wenig Benehmen gehabt, sei pfeiferauchend und hemdärmelig zum Minister hineingegangen, habe sich kaum an die Gesetze und Laufbahnbestimmungen gehalten, sondern Parteibuchbeamte eingestellt, ohne auf die Fähigkeit und Ausbildung zu achten. Schon frühzeitig habe er begonnen, ein neues Beamtenrecht zu schaffen und mittels der Burgaltsteiner Gespräche, die etwa alle 3 Wochen stattfanden, versuchte, seine Vorstellungen in Deutschland durchzusetzen. Die Amerikaner seien ihm in diesem Punkt mit Verordnung Nr. 15 in ihrer Zone entgegengekommen. Frauengeschichten und die unkonventionelle Amtsführung hätten ihm das Genick gebrochen. (Möglicherweise wurden diese Geschichten von der CDU hochgespielt.)

Schmidt sei sehr aktiv und arbeitsam gewesen, habe alle Unterstützung Menzels gehabt, ^{er} sei ihm aber an Energie nicht gewachsen gewesen. Auch habe Schmidt in Einzelpersonalsachen meistens nachgegeben. Zur Kontrolle Schmidts sei Maus aus der Staatskanzlei, als Vertrauensmann Arnolds, in die Personalabteilung versetzt worden.

Staatssekretär Jenner war eine schwache Persönlichkeit. Er sei der getreue Hund seines Herrn Menzel gewesen. Unter seinen Beamten sei er "Giftzwerg" genannt worden. Als Kontrolle sei ihm Rombach, auch ein Vertrauensmann Arnolds, beigegeben worden. Rombach selbst sei sehr weich und sehr menschlich gewesen und habe "um des Friedens willen gerne seinen Beamten nachgegeben", während Loschelder wie eine "Maschine" gearbeitet habe.

Menzel sei eine sehr schillernde und labile Persönlichkeit gewesen, der innerhalb weniger Monate seine Meinung habe ändern können. K. meint, ^Mer habe dem linken Flügel der SPD angehört, (was personalpolitisch stimmen mag.) Er sei sehr klein gewesen und habe durchaus das Kompensationsbedürfnis gehabt. Als ehemaliger Landrat habe er sich sehr für die kommunalpolitischen Dinge interessiert, die Polizei aber wohl nach Gesichtspunkten

aufge-

haut, die von Severing beeinflusst waren. Kleinrahm habe im Polizeiwesen später wieder manches revidieren und auch "ausbaden" müssen, was Menzel-Middelhaufe angerichtet hätten. Middelhaufe sei eine schwache, wenn nicht gar "lächerliche Person gewesen.

K., der zeitweise in der Abt. I, Paß- und Auslandswesen bearbeitete, setzte sich wegen der ihm feindlichen Atmosphäre im Innenministerium für 1 Jahr zur Regierung nach Münster ab. Seine Arbeit in der Abt. I war ein „Abschiedsposten.“

(K.s Schwiegervater war führend im Zentrum tätig.

K. selbst hat sich selbst als konservativ bezeichnet.)

Besuch bei Herrn Dr. Kehren in Düsseldorf am 31.1.1968

1. Ministerialdirektor Dr. Elsler hatte Karl Arnold im Krieg zu einer UK-stellung verholfen. Beide kannten sich also schon vor der Landesgründung und Arnold soll ihn aus Dankbarkeit zum Minister gemacht haben.
2. Ministerialdirektor Dr. Weber, in Westfalen bis 1946 Generalreferent Wohlfahrt, stand dem Zentrum nahe (Es kann sein, daß Amelunxen seine Anstellung durchsetzte).
3. Fall "Dr. Schwarz"

Schwarz war von Beruf Schlosser und dann Angestellter bei einem Anwalt. Später wurde bekannt, daß er dort Gelder veruntreut hatte und vorbestraft war. Bei seiner Anstellung soll er angegeben haben, daß er wegen der Verwaltung jüdischer Vermögen und entsprechender Transaktionen im Sinne von Juden von den Nazis verurteilt worden wäre. Jedenfalls sei Schwarz, meint Dr. Kehren, sehr intelligent, sehr wendig und hilfsbereit gewesen. Man habe ihm nicht angemerkt, daß er nicht studiert habe. Schwarz bekam wegen irgendeiner Angelegenheit und dem charakterlich schwierigen Dr. Hünerbein Streit und warf diesem vor, er sei im 3. Reich SA-Mann und Parteimitglied gewesen. Hünerbein habe diese Tatsache bei seiner Anstellung verschwiegen. Hünerbein wurde daraufhin beurlaubt und es gelang, nunmehr Schwarz in Verdacht zu bringen. Befragt, wo er promoviert hatte, gab er Berlin an. Er mußte seine Doktorarbeit in einer bestimmten Frist vorlegen. Als sie bei Weber auf den Tisch kam, war sie noch so druckfrisch, daß die Buchstaben verwischten. In Berlin war Schwarz nicht immatrikuliert gewesen. Hinzu kam, daß er Gelder aus einem Landesfond veruntreut hatte, um die Dissertation schreiben und drucken zu lassen. Er hatte nämlich Kinder nach Bayern zur Erholung geschickt, ganz hohe Summen an die aufsichtführenden Gemeinden überwiesen, dann aber behauptet

es seien Fehler passiert, ein Teil des Geldes mußte wieder zurückgegeben werden. Er reiste selbst nach Bayern und ließ sich das Geld auszahlen, ohne es dem Land zurückzugeben.

4. Dr. Kehren kam am 31. Mai 1945 aus der Gefangenschaft nach Bad Driburg. Er war an Ruhr erkrankt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Zu dieser Zeit strömten die Flüchtlings-trecks in Westfalen ein. Da die Briten große Teile des zerstörten Ruhrgebietes zu "Schwarzen Kreisen" erklärt hatten und weder die Evakuierten noch die Flüchtlinge dort einrücken ließen, ballten sich im Raume Höxter, Warburg und Lippstadt die Trecks, deren Verteilung wegen eines instinktiven Widerstandes der Einheimischen stockte.

In dieser Lage entschloß sich die Prinzessin Armgard zu Lippe, einen Verein mit einigen anderen adeligen Frauen, eine Selbsthilfe, zu schaffen. Sie erhielt von ihrem Sohn Prinz Bernhard einen Wagen und einen Chauffeur, mit dem sie bei den Grundbesitzern der Gegend umherreiste, Geld sammelte und um Land und Unterkunft bat, um Flüchtlinge unterzubringen. Sie erhob einen Betrag, etwa bei dem Grafen von Westfalen, der sich nach der Größe des Grundbesitzes richtete. Sie kam mit den Gemeindebehörden in Kontakt, von denen sie verlangte, Wohnungen und Ställe freizustellen. Im Verlaufe dieser Arbeit trat sie an Dr. Kehren heran und bat ihn, den Geschäftsverkehr mit den Behörden zu regeln. Eine ähnliche Organisation schuf der schlesische Flüchtling, Pastor Trennert, in Lippstadt, der sich an das Bistum anlehnte. Im Herbst 1945 rief der Generalreferent Wohlfahrt, Dr. Weber, in Münster eine Konferenz aller Wohlfahrtsinstitutionen ein, zu der auch Dr. Kehren und die Prinzessin fuhren. Es kamen in Münster die Vertreterin des Rotes Kreuzes, Gräfin Waldensee, die Caritas, die Arbeiterwohlfahrt, die DAK, die von B. Salzmännchen ins Leben gerufen worden war, zusammen. Im Anschluß an diese und ähnliche Zusammenkünfte erhielt Dr. Kehren von Weber das Angebot, das neu zu errichtende Flüchtlingsamt zu leiten und aufzubauen. Von den Briten war inzwischen der Befehl

eingetroffen, bei allen Kreis- und Stadtämtern Flüchtlingshilfsbehörden einzurichten. Nach einigem Zögern nahm Dr. Kehren an, obwohl er überlegte, die Probleme seien zu gewaltig, daß einer sie nicht lösen könne und dieser dann von allen angegriffen werde. Er fand in seinem britischen Kontrolloffizier Davies einen verständnisvollen Mann, der ihm stets half und sogar einen Paß besorgte, mit dem Dr. Kehren alle britischen Militärfahrzeuge benutzen durfte. Die englischen Fahrer hatten ihn dann auch anstandslos mitgenommen und freundlich behandelt.

Er kam 1946 bei der Fusion der beiden Oberpräsidien als Flüchtlingsdezernent nach Düsseldorf, da in der Nordrheinprovinz keine entsprechende Stelle existiert hatte. Die Nordrheinprovinz kannte bis zu diesem Zeitpunkt kein Flüchtlingsproblem, sie war teilweise "Schwarzer Kreis" gewesen. Dies ergab sich gut, da Dr. Weber, dem Zentrum nahestehend, zum Ministerialdirektor ernannt wurde. Zunächst versuchte Dr. Schwarz, der in die Nordrheinprovinz von britischen Offizieren des Welfare dept. geschickt wurde, das Flüchtlingswesen an sich heranzuziehen; das konnte abgeblen werden.

Ein besonderes Problem bildeten die DP's, die nicht nach Rußland und Polen zurückkehren wollten. In großen Zügen hatten die Engländer, die diese Angelegenheit zunächst in eigener Regie leiteten und von den Deutschen strikt fernhielten, die DP's in ihre Heimatländer gefahren. Es blieben davon 24 000 hier, die in Deutschland eingegliedert werden mußten und den deutschen Dienststellen übergeben wurden. Das Ministerium versuchte, diese in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Wipperfürth war ein Durchgangslager. Abgesehen von einigen disziplinarischen Schwierigkeiten konnte diese Zeit erfolgreich abgeschlossen werden.

DP's, die bei Plünderungen und Brandschatzungen von der britischen Militärpolizei aufgegriffen worden waren, wurden rücksichtslos z.B. in Werl eingesperrt. Es gab auch lokale Selbstschutzorganisationen der deutschen Bevölkerung.

5. Der Lebensstil Regierungspräsident Warsch's wurde von seinem Kontrolloffizier White heftig kritisiert, da dieser bei der allgemeinen Not dicke Zigarren rauchte und außergewöhnlich gut ernährt war.
6. B. Salzmann soll sich 1946 zeitweise um das Amt des Ministerialdirektors im Sozialministerium bemüht haben.
7. Renner war persönlich ein netter und integrierter Mann, der sogar dafür sorgte, daß die kirchlichen Wohlfahrtsinstitutionen prompt die Subventionen erhielten.
8. Das große Flüchtlingsproblem für Nordrhein-Westfalen begann 1946/47, als bei Umsiedlungsaktionen aus den polnisch verwalteten Ostgebieten, aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Menschen in großer Zahl ins Land strömten. Es war hier die Landespolitik, 1. relativ aufnahmefähige unbesiedelte Räume zu finden und 2. Gebiete auszumachen, wo die Flüchtlinge relativ nahe an den Arbeitsmarkt herangeführt werden konnte. So wurde ein großes Lager in Duisburg errichtet, das als Durchgangs(lager)-schleuse für Anstellungen im Ruhrgebiet gedacht war. Um den Widerstand der lokalen Behörden gegen die Flüchtlinge zu mildern, wurden Flüchtlingsausschüsse gebildet, die sich aus Vertretern der Sozialorganisationen, Flüchtlingen und der Behörden zusammensetzten. Die gerechte Verteilung der Flüchtlinge war zunächst nicht leicht, da keine Unterlagen über Konfession, Beruf etc. vorlagen und somit psychologische Pannen passierten. Da die materielle Versorgung der Menschen oft kaum möglich war, richtete Dr. ¹⁹⁴⁷Dehrens noch in Münster ein Amt für kulturelle Betreuung, um den Leuten einen innerlichen Halt zu geben.
9. Der erste Organisator des Landtages, Wagner, war ein Schwiegersohn Heukamps und zeitweise Fahrer Dr. Kehrens.

Besuch bei Herrn Dr. K e h r e n , Düsseldorf, am 4.3.1968

=====

1. Dr. Schwarz leistete Spitzeldienste für die Engländer. Dr. Kehren erinnerte sich, daß er einem Telefongespräch Schwarz' mit einem britischen Major beiwohnte, bei dem Schwarz den Briten über deutsche Maßnahmen in der Frage einer Kinderverschickung informierte. Die Fragen war zwischen Deutschen und Briten kontrovers.

2. Dr. Gerfeldt und Dr. Hünerbein standen miteinander auf sehr gespanntem Fuß, sie prozessierten sogar gegeneinander. Daher war es für den Innenminister ein leichtes, die Gesundheitsabteilung herüberzugeben. Weber leistete keinen Widerstand.

3. Teusch mochte die konservative Haltung von Frau Laarmann nicht und hatte daher kein Interesse daran, die Jugendwohlfahrt ins Kultusministerium zu bekommen.

Schwarz war stets sehr gut mit Lebensmittelmarken, Weißbrot und Zigaretten, ausgestattet. Er war großzügig und ließ Reisebegleiter an seinem Überschuß stets teilnehmen.

III 4-A 35.14/1-M 1235/68 - Düsseldorf, den 16.8.1968

A k t e n v e r m e r k

Über eine Unterredung mit Herrn Regierungsdirektor a.D.
K i r c h h o f in Detmold am 13.8.1968

Herr Kirchnof teilte mit, daß es in Lippe erhebliche Widerstände gegen den Anschluß an Nordrhein-Westfalen gegeben habe, wie er 1947 durch die zwischen Drake und Amelunxen ausgehandelte "Punktation" eingeleitet worden war. Eine konfessionell bedingte "Abwehrreaktion" spielte dabei als Motiv eine gewichtige Rolle; sie konkretisierte sich in der Schulfrage (hier Lippische Gemeinschaftsschule, dort nordrhein-westfälische Konfessionsschule).

Organisatorischer Träger dieses "Widerstandes" war der Lippische Ausschuß zur Vorbereitung einer Volksabstimmung in Lippe, als dessen Spiritusrector Herr Kirchnof tätig war.

Diesem Ausschuß ging es zunächst und vor allem darum, zu verhindern, daß die in der "Punktation" und der Verordnung Nr. 77 (ebenfalls 1947) der Militärregierung vorgesehene Abstimmung über den Anschluß im Zusammenspiel von nordrhein-westfälischer Regierung und lippischer Repräsentanz (Drake) unter den Tisch fiel. Deshalb wurde kurz vor Ablauf der vorgesehenen Frist, innerhalb deren die Abstimmung laut Verordnung Nr. 77 durchzuführen war, Ende 1951 beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen das Land Nordrhein-Westfalen erhoben. Diese Beschwerde wurde 1955 zwar zurückgewiesen, nachdem die lippischen Abgeordneten im Landtag Nordrhein-Westfalens auf die Durchführung der Abstimmung verzichtet hatten; immerhin hatte sie den Erfolg, daß die

- 2 -

formlos aufgestellte "Punktation" vom Gericht als ein feierliches, die Landesregierung bindendes Versprechen deklariert wurde.

Das Verhältnis Kirchhofs und später des "Ausschusses" zu Drake war zwiespältig. In der Frage der Abstimmung und des von Drake betriebenen "Anschlusses auf kaltem Wege" bekämpfte man sich heftig. Andererseits hatte es Drake aber schon zuvor nicht versäumt, bei den Verhandlungen zur Punktation den sachkundigen Rat Herrn Kirchhofs einzuholen, obwohl nach Werdegang und politischer Überzeugung - Herr Kirchhof war Mitbegründer der FDP in Lippe und später zeitweilig Bürgermeister von Detmold - zwischen beiden Männern ein breiter Graben lag. Auch späterhin, nachdem die Abstimmungsfrage adacta gelegt worden war, fand man sich in der Verteidigung konkreter lippischer Interessen (Schulfrage) wieder in einer Front.

Herr Kirchhof erwähnte noch, daß bei der Frage des Anschlusses an Nordrhein-Westfalen auch parteipolitische Gegensätze zu registrieren waren. Während FDP und auch CDU einem Anschluß reserviert gegenüberstanden oder wenigstens alle Möglichkeiten bis zu einer Abstimmung offenhalten wollten, tendierte die SPD von vornherein stark nach Nordrhein-Westfalen hin; dabei spielten alte gewerkschaftliche Bindungen zwischen Lippe und dem ravenbergisch-ostwestfälischen Raum eine gewisse Rolle.

Herr Kirchhof übergab einen von ihm zusammengestellten Band mit Dokumenten zur lippischen Frage dem Hauptstaatsarchiv.

Gesehen:

J. J. J.

3

Kirchhof
Regierungsdirektor a.D.

493 Detmold, den 26. Aug. 1968
Benckestr. 12

An das Hauptstaatsarchiv

4 B ü s s e l d o r f
Franz-Georg-Straße 78

Betr. Dokumentation zur Geschichte von NRW

Bezug: Unterredung mit Herrn Dr. Janssen am 13. d. M. sowie das dort
Schreiben v. 19. Aug. d. J. Abt. III (Min. Arch. NRW - III 4 - A 35
14/1 - M 1236/68 --

wenn ich auf das so freundl. Schreiben des Herrn Prof. Dr. Gediger
v. 19. d. M. einen Wunsch äußern darf, bitte ich, die nachstehenden
Änderungen bzw. Ergänzungen veranlassen zu wollen. Dabei bemerke
ich vorweg, daß wir Lipper nur von Punktationen sprechen und nie
von "der" Punktation.

Meine Wünsche im Einzelnen: Die dortigen Absätze des Aktenver-
merks v. 16. 8. 68 - ausgenommen der einleitende Absatz und der Schl.
Schlußabsatz - wie folgt zu fassen und mit Nr. 2 beginnend zu na-
merieren:

2. Träger dieses Widerstandes war der "Ausschuß zur Vorbereitung
einer Volksabstimmung in Lippe", dem anfänglich nur ein An-
schluß Lippes an Niedersachsen vorschwebte und als dessen spi-
ritus rector mit dem in erster Linie hierfür in Betracht kom-
menden damaligen Lipp. Hofrat Max Staercke der einstige Regie-
rungsdirektor Kirchhof (Landesregierung Lippe) tätig war. Kirch-
hof war auch der Rechtsberater des Ausschusses und seiner Mit-
glieder.
3. Dem Ausschuss ging es zunächst darum, zu verhindern, daß die in
der Verordnung der damaligen Mil. Regierung Nr. 77 (ebenfalls
1947) verankerte und von den verschiedensten höheren u. höch-
sten englischen und deutschen Stellen u. Persönlichkeiten immer
wieder in Aussicht gestellte Abstimmung über das künftige
Schicksal Lippes bzw. dessen Anschluß an NRW im Zusammenspiel
etwa von nordrhein-westfälischer Regierung und der lipp. Reprä-
sentanz (Reg. Präs. u. Vorsteher des Landesverbandes Lippe Drake)
unter den Tisch fiel und so Lippe ohne Wissen und vor allem
ohne sein Zutun (Befragung der Bevölkerung) zu NRW geschlagen
wurde.

In den Jahren nach 1947 waren der Ausschuss und seine Mitglie-
der (Max Staercke, Schulleiter Martin Wolf, Kirchhof u. andere)
dauernd tätig, durch Vorstellungen gegenüber dem Reg. Präsidenten
Drake und durch Bearbeitung der Öffentlichkeit usw. ihr Ziel
zu erreichen. Es gab Zeiten, in welchen selbst der an sich
100 %ig nach Westfalen neigende Regierungspräs. Drake mit Nie-
dersachsen (Min. Präs. Kopf) liebäugelte u. verhandelte.
Nachdem alle Bemühungen zur Vorbereitung usw. der verbüßten
und zugesagten Abstimmung ins Wasser zu fallen schienen und
selbst der inzwischen (1948) zum Vorsteher des Landesverbandes

Lippe berufene Reg. Präs. Drake zur größten Überraschung vieler Lipper hierfür nicht mehr zu gewinnen war, entschloß sich der Ausschuß Ende 1951, d. h. kurz vor Fristablauf, wegen Verletzung von Grundrechten usw. gegenüber der L. Reg. NRW in aller Form eine Verfassungsbeschwerde zu erheben. Prozeßvertreter wurde der inzwischen zum Verwaltungsrechtler berufene Kirchhof; sein Hilfsantrag ging dahin, durch das Bundesverfassungsgericht unmittelbar einen Termin zur Abstimmung festzusetzen.

Der Verf. Beschwerde blieb der Erfolg versagt, weil die lipp. Abgeordneten im Landtag NRW auf Veranlassung und im Verein mit dem Reg. Präs. Drake auf Durchführung der ihrer Ansicht nach jetzt nur noch "deklaratorischen" Abstimmung verzichtet hatten.

Die jahrelange Bearbeitung der lipp. Öffentlichkeit durch den Ausschuß usw. sowie die Erkenntnis, daß mit dem Schicksal der Verf. Beschwerde in etwa auch das Schicksal der Lip Gemeinschaftsschule verbunden war, rief schließlich doch wiederum den Vorsteher des Landesverb. Lippe (Drake) auf den Plan. Hinzukam die Ungewißheit über die Tragweite und Bedeutung der Forderungen überhaupt, welche, insbes. weil nicht in die Form eines Staatsvertrages gekleidet, von vielen Lippern (Kirchhof) und von den meisten dieserhalb befragten lipp. Juristen nicht für voll rechtsbeständig gehalten wurden.

Nunmehr erst wurden auch die behördlichen Stellen einschl. mancher der öffentlichen Organisationen usw. im lipp. Raum wach. Es folgten der bekannte Vorstoß des Landesverbandes (Drake) in Verbindung mit den beiden Kreisen Detmold u. Lemgo (M. Staercke seit 1956 u. Kirchhof seit 1952 Kreistagsabgeordnete) sowie den Städten Detmold, Lemgo, Bad Salzuffen (Kirchhof seit 1952 Bürgermeister von Detmold) bei dem Bundesverfassungsgericht auf Erlass einer einstw. Verfügung gegen die L. Reg. NRW zur Abwendung der der lipp. Gemeinschaftsschule aus den durch die Verfassungsbeschwerde mehr oder weniger veranlassenen Normenkontrollverfahren drohenden Gefahren.

Der negative Ausgang dieses Verfahrens bewirkte erst die Erhebung der großen lipp. Klage vor dem Bundesverfassungsgericht durch den zusätzlich hinzugezogenen Rechtsanwalt Dr. Redelberger-Recklinghausen. Das hieraus resultierende Urteil vom 28.7.1955 wies zwar formell die lipp. Anträge ab, es deklarierte indes - und das war das Wichtigste - die aus Anlass der Vereinigung Lippes mit Nordrhein-Westfalen seitens des Vorsitzenden der Lipp. Landesregierung (Drake) mit dem neuen Repräsentanten von NRW (Min. Präs. Amelunxen) ausgehandelten, schriftlich abgefassten und von den beiderseitigen Landtagen einschl. der damaligen Mil. Regierung anerkannten Forderungen zu einem feierlichen die Landesregierung NRW ewig bindenden Versprechen.

4. Das Verhältnis Kirchhofs und später des "Ausschusses" zu Drake war zwiespältig. Kirchhof war 1945 von dem wiedergekommenen Drake seiner Ämter enthoben (zwar "auf Anordnung der Mil. Reg. aber ansonsten hatte sich die Mil. Reg. nirgends um ihn gekümmert). In der Frage der Abstimmung und des von Drake betriebenen "Anschlusses" auf kaltem Wege" bekämpfte man sich heftig. Andererseits hatte es Drake Drake niemals versäumt, bei den Verhandlungen über die abzuschließenden Forderungen hin u. wieder und zu gewissen Punkten den sachkundigen Rat Kirchhofs einzuholen, obwohl nach Veriegang und

und politischer Einstellung -Kirchhof stand von Haus aus politisch rechts, war 1945/46 Mitbegründer der FDP in Lippe und später zeitweilig Bürgermeister von Detmold- zwischen beiden Männern ein breiter Graben lag. Später, nachdem die Abstimmungsfrage ad acta gelegt war, fand man sich in Sache Verteidigung vieler konkreter lipp. Interessen (Schulfrage usw.) immer wieder in einer Front.

5. Herr Kirchhof erwähnte noch, daß bei der Frage des Anschlusses an NRW auch parteipolitische Gegensätze zu registrieren waren. Während FDP und CDU einschl. eines großen Teiles der lipp. Wirtschaft dem Anschluß an NRW mehr oder weniger reserviert gegenüberstanden -man neigte zeitweilig sogar stärkstens nach Niedersachsen- oder wenigstens einstweilen d. h. bis zur Abstimmung alle Wege offen halten wollten, tendierte die SPD von vorneherein stark nach Nordrhein-Westfalen; dabei spielten alte gewerkschaftliche Bindungen nach Bielefeld und dem Ravensbergischen Raum eine große Rolle.

Für die Beantwortung weiterer Fragen usw. bin ich immer da.

Mit den besten Empfehlungen!

gez. Kirchhof

An das Hauptstaatsarchiv

4. Büsseldorf
Prinz-Georg-Straße 78

Betr. Dokumentation zur Geschichte von NRW

Bezug: Unterredung mit Herrn Dr. Janssen am 13. d. M. sowie das dort
Schreiben v. 19. Aug. d. J. Abt. III (Min. Arch. NRW -- III 4 - A 35
14/1 - M 1236/68 --

Wenn ich auf das so freundl. Schreiben des Herrn Prof. Dr. Oediger
v. 19. d. M. einen Wunsch äußern darf, bitte ich, die nachstehenden
Anmerkungen bzw. Ergänzungen veranlassen zu wollen. Dabei bemerke
ich vorweg, daß wir Lipper nur von Funktationen sprechen und nie
von "der" Funktation.

Meine Wünsche im Einzelnen: Die dortigen Absätze des Aktenver-
merks v. 16. 8. 68 - ausgenommen der einleitende Absatz und der Schl.
Schlußabsatz - wie folgt zu fassen und mit Nr. 2 beginnend zu nu-
merieren:

2. Träger dieses Widerstandes war der "Ausschuß zur Vorbereitung
einer Volksabstimmung in Lippe", dem anfänglich nur ein An-
schluß Lippes an Niedersachsen vorschwebte und als dessen spi-
ritus rector mit dem in erster Linie hierfür in Betracht kom-
menden damaligen Lipp. Hofrat Max Staercke der einstige Regie-
rungsdirektor Kirchhof (Landesregierung Lippe) tätig war. Kirch-
hof war auch der Rechtsberater des Ausschusses und seiner Mit-
glieder.
3. Dem Ausschuß ging es zunächst darum, zu verhindern, daß die in
der Verordnung der damaligen Wil. Regierung Nr. 77 (ebenfalls
1947) verankerte und von den verschiedensten höheren u. höch-
sten englischen und deutschen Stellen u. Persönlichkeiten immer
wieder in Aussicht gestellte Abstimmung über das künftige
Schicksal Lippes bzw. dessen Anschluß an NRW im Zusammenspiel
etwa von nordrhein-westfälischer Regierung und der lipp. Reprä-
sentanz (Reg. Präs. u. Vorsteher des Landesverbandes Lippe Drake)
unter den Tisch fiel und so Lippe ohne Wissen und vor allem
ohne sein Zutun (Befragung der Bevölkerung) zu NRW geschlagen
wurde.
In den Jahren nach 1947 waren der Ausschuß und seine Mitglie-
der (Max Staercke, Schulleiter Martin Wolf, Kirchhof u. andere)
dafür tätig, durch Vorstellungen gegenüber dem Reg. Präsidenten
Drake und durch Bearbeitung der Öffentlichkeit usw. ihr Ziel
zu erreichen. Es gab Zeiten, in welchen selbst der an sich
100 %ig nach Westfalen neigende Regierungspräs. Drake mit Nie-
dersachsen (Min. Präs. Kopf) liebäugelte u. verhandelte.
Nachdem alle Bemühungen zur Vorbereitung usw. der verbündeten
und zugesagten Abstimmung ins Wasser zu fallen schienen und
selbst der inzwischen (1948) zum Vorsteher des Landesverbandes

Lippe berufene Reg.Präs.Drake zur größten Überraschung vieler Lipper hierfür nicht mehr zu gewinnen war, entschloß sich der Ausschuß Ende 1951, d.h.kurz vor Fristablauf, wegen Verletzung von Grundrechten usw.gegenüber der L.Reg.NRW in aller Form eine Verfassungsbeschwerde zu erheben.Prozeßvertreter wurde der inzwischen zum Verwaltungsrechtsrat berufene Kirchhof;sein Hilfsantrag ging dahin,durch das Bundesverfassungsgericht unmittelbar einen Termin zur Abstimmung festzusetzen.

Der Verf.Beschwerde blieb der Erfolg versagt,weil die lipp. Abgeordneten im Landtag NRW auf Veranlassung und im Verein mit dem Reg.Präs.Drake auf Durchführung der ihrer Ansicht nach jetzt nur noch "deklaratorischen" Abstimmung verzichtet hatten.

Die jahrelange Bearbeitung der lipp.Öffentlichkeit durch den Ausschuß usw. sowie die Erkenntnis,daß mit dem Schicksal der Verf.Beschwerde in etwa auch das Schicksal der lipp. Gemeinschaftsschule verbunden war,rief schließlich doch wiederum den Vorsteher des Landesverb.Lippe (Drake) auf der Plan. Rinzukam die Ungewißheit über die Tragweite und Bedeutung der Punktationen überhaupt,welche,insbes.weil nicht in die Form eines Staatsvertrages gekleidet,von vielen Lippern (Kirchhof) und von den meisten dieserhalb befragten lipp.Juristen nicht für voll rechtsbeständig gehalten wurden.

Kannmehr erst wurden auch die behördlichen Stellen einschl. mancher der öffentlichen Organisationen usw.im lipp.Raume wach. Es folgten der bekannte Vorstoß des Landesverbandes (Drake)in Verbindung mit den beiden Kreisen Detmold u.Lemgo (Min.Stawerke seit 1946 u.Kirchhof seit 1952 Kreistagsabgeordnete) sowie den Städten Detmold,Lemgo,Bad Salzuflen (Kirchhof seit 1952 Bürgermeister von Detmold) bei dem Bundesverfassungsgericht auf erlass einer einstw.Verfügung gegen die L.Reg.NRW zur Abwendung der der lipp.Gemeinschaftsschule aus dem durch die Verfassungsbeschwerde mehr oder weniger veranlassten Normenkontrollverfahren drohenden Gefahren.

Der ~~ausgesagte~~ negative Ausgang dieses Verfahrens bewirkte ~~erst~~ die Erhebung der großen lipp.Klage vor dem Bundesverfassungsgericht durch den zusätzlich hinzugezogenen Rechtsanwalt Dr. Redelberger-Recklinghausen. Das hieraus resultierende Urteil vom 28.7.1955 wies zwar formell die lipp.Anträge ab,es deklarierte indes -und das war das Wichtigste- die aus Anlass der Vereinigung Lippes mit Nordrhein-westfal seitens des Vorsitzenden der lipp.Landesregierung (Drake) mit dem neuen Repräsentanten von NRW (Min.Präs.Amelanxen) ausgehandelten,schriftlich abgefassten und von den beiderseitigen Landtagen einschl.der damaligen Bil.Regierung anerkannten Punktationen zu einem feierlichen die Landesregierung NRW ewig bindenden Versprechen.

4. Das Verhältnis Kirchhofs und später des "Ausschusses" zu Drake war zwiespältig.Kirchhof war 1945 von dem wiedergekommenen Drake seiner Ämter enthoben(zwar "auf Anordnung der Bil.Reg. aber ansonsten hatte sich die BilReg.nirgends um ihn gekümmert).In der Frage der Abstimmung und des von Drake betriebenen "Anschlusses auf kaltem Wege" bekämpfte man sich heftig. Andererseits hatte es ~~Drake~~ Drake niemals versäumt,bei den Verhandlungen über die abzuschließenden Punktationen hin u.wieder und zu gewissen Punkten den sachkundigen Rat Kirchhofs einzuholen,obwohl nach Verlegung und

und politischer Einstellung -Kirchhof stand von Haus aus politisch rechts, war 1945/46 Mitbegründer der FDP in Lippe und später zeitweilig Bürgermeister von Detmold- zwischen beiden Männern ein breiter Graben lag. Später, nachdem die Abstimmungsfrage ad acta gelegt war, fand man sich in Sache Verteidigung vieler konkreter lipp. Interessen (Schulfrage usw.) immer wieder in einer Front.

5. Herr Kirchhof erwähnte noch, daß bei der Frage des Anschlusses an NRW auch parteipolitische Gegensätze zu registrieren waren. Während FDP und CDU einschl. eines großen Teiles der lipp. Wirtschaft dem Anschluß an NRW mehr oder weniger reserviert gegenüberstanden -man neigte zeitweilig sogar stärkstens nach Niedersachsen- oder wenigstens einstweilen d.h. bis zur Abstimmung alle Wege offen halten wollten, tendierte die SPD von vorneherein stark nach Nordrhein-Westfalen; dabei spielten alte gewerkschaftliche Bindungen nach Bielefeld und dem ravenbergischen Raum eine große Rolle.

Für die Beantwortung weiterer Fragen usw. bin ich immer da.

Mit den besten Empfehlungen!

gez. Kirchhof

Besuch bei Herrn Dr. Kottenberg, Düsseldorf, am 31.10.1967

Herr Kottenberg war seit Juni 1945 Referent im Oberpräsidium der Nordrheinprovinz und seit September 1946 für kurze Zeit in der Kommunalabteilung des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen. Er gründete zusammen mit Herrn von Aubel-Bremer den Deutschen Stadtbund, in dem er bis zu seiner Pensionierung tätig war.

1. Zur Entlassung des Oberpräsidenten Fuchs am 2.10.1945 durch die Briten:

General Barradough berief kurzfristig eine Versammlung sämtlicher Mitarbeiter des Oberpräsidiums im Saal des Stahlhofs ein. Die Deutschen waren versammelt. Oberpräsident Fuchs und Gerhard Schröder saßen in der vordersten Reihe. Die Tür flog auf. Barradough trat reitpeitscheschwingend, begleitet von seinem Stab, ein, schritt rasch zum Renerpult. Als Fuchs sich erhob, um ihn zu begrüßen, winkte der Brigadier mit einer gebieterischen Handbewegung ab und verwies den Oberpräsidenten auf den Platz.

Dann verkündete Barradough in knappen Worten die Entlassung und verließ den Saal, ohne Fuchs eine Stellungnahme oder Entgegnung zu gewähren. Herr Kottenberg nannte die Umstände beschämend. Die Briten ließen Fuchs gerade soviel Zeit, um sich in einem kurzen Rundschreiben von seinen Mitarbeitern zu verabschieden. Die Möglichkeit, ihnen persönlich zu danken, wurde ihm nicht gewährt.

Der Nachfolger, Oberpräsident Lehr, konnte ein besseres Verhältnis zu den Briten gewinnen. Er war zwar konservativ und ehemals deutsch-national, was damals in der Zeit der "sozialen Euphorie, wie Dr. Six sich ausdrückte, kein Empfehlungsschreiben war, trat aber als Kavalier auf, stets verbindlich und selbstsicher, und imponierte somit seinen Kontrolloffizieren.

Die Schwerpunkte seiner Tätigkeit konzentrierten sich auf die Verhandlungen mit den Briten und die Beziehungen zu Westfalen. Zu Amelunxen war das Verhältnis zuweilen gespannt. Beide schätzten sich nicht allzu sehr.

Der Wiederaufbau der Gemeindeverwaltung geschah 1945 ohne Zutun des Oberpräsidiums. Die Verkehrsverbindung und das Telefonnetz waren so wenig leistungsfähig, daß ein engerer Kontakt kaum möglich war. Zunächst kam der Bürgermeister nach Düsseldorf, um lediglich zu berichten. Obwohl die DGO von 1935 offiziell nicht mehr galt, wurde sie dennoch als Rechtsgrundlage benutzt, um der Tätigkeit einen formalen Rahmen zu geben. Die Gemeinden finanzierten sich weitgehend aus ihren Sparkassen. Finanzausweisungen der Provinz waren nicht möglich, Steuereinnahmen noch nicht genau überschaubar, da die Gelder nur zäh und unregelmäßig hereinkamen.

Im Spätherbst 1945 gingen Gerüchte um, daß die Briten an der Veränderung der Gemeindeverfassung arbeiteten. Zu den Vorbereitungen der Gemeindeordnung vom Januar 1946 wurden die kommunalen Dienststellen des Oberpräsidiums nicht konsultiert. Die Gemeindeordnung wurde somit oktroyiert.

Herr Kottenberg meinte, daß sie dem Land Nordrhein-Westfalen bisher viel Geld gekostet hat, da die Bürgermeister die Tendenz besäßen, diese Funktion möglichst auszudehnen. Sie hatten sich repräsentative Büros eingerichtet und versuchten, Verwaltungsaufgaben zu kontrollieren.

Adenauer hat 1945 in Köln sofort Eingemeindungspläne vor allem für den Norden der Stadt gehegt. Fuchs schickte Kottenberg nach Köln, um sich darüber zu informieren. Fuchs war von diesen weitgreifenden Gedanken angesichts der vordringlichen Aufgaben nicht angetan.

Besuch bei Herrn K r e y am 29.8.1967.
Landesgeschäftsstelle der CDU Rheinland in Köln.

Herr Krey, der beruflich aus dem Verlag der Kölnischen Rundschau stammt, erzählte mir, daß in den Nachkriegsjahren erhebliche Spannungen zwischen der CDU-Presse und der Partei selbst bestanden hatten. Die Quantität der Papierzuteilung ^{fung} habe damals auf Weisung der Militärregierung von der Mitgliederzahl der CDU abgehängt. Je höher die Mitgliederzahl gewesen sei, desto mehr Papier sei den Zeitungen zugewiesen worden. Die Kölnische Rundschau ^{schon verkauft} habe daher ^{die Zeitungen aus} die Abonnenten nur werben können, wenn diese gleichzeitig in die CDU eingetreten seien. Mit der Zahlung des Beitrages wurde dann automatisch eine Zeitung geliefert. Da in der Nachkriegszeit ein sehr großes Bedürfnis nach politischen Informationen bestanden ^{habe}, Zeitungen aber knapp waren, sei diese Art der Werbung erfolgreich gewesen. Bei den ^{versucht} sozialistischen Tendenzen der frühen CDU sei der Gedanken ^{an} getaucht, die parteifreundliche Presse nicht in kapitalistische ^{Unternehmungen} Stiftungen der Partei umzuwandeln. Die Einflußmöglichkeit des Parteivorstandes auf die Presse wäre folglich erheblich gewachsen. Die Lizenzträger der Zeitungen wie Heinen wehrten sich entschieden gegen diese Entwicklung, weil es ^{darin} in ihrem Interesse ^{war} lag, ihre Zeitungen zu privatwirtschaftlichen ^{Unternehmen mit Gewinn} auszubauen. Gerade Adenauer habe ^{es} aber stets versucht, seinen Einfluß auf die Kölnische Rundschau auszudehnen. Heinen habe sich den Einwirkungen Adenauers entzogen, und so habe sich zwischen den beiden ein dauernder Kampf entwickelt, bei dem Heinen Adenauer auf Parteikonferenzen ständig attackierte. Aus diesen Geplänkeln sei eine Gewohnheit geworden, welche die Partei ^{schlicht} nicht sonderlich ernst nahm.

Besuch bei Professor Kroll am 10. Juli 1967

Kroll war 1944 heimlich Rektor der Universität Köln geworden. Vor den einmarschierenden Amerikanern zog er sich nach Bad Godesberg zurück. Er war für einen Monat von Köln abgeschnitten. Adenauer, der inzwischen Oberbürgermeister von Köln geworden war, ließ ihn zu Beratungen in kulturellen Fragen rufen. Adenauer kannte Kroll schon aus der Zeit vor 1933. Bei Verhandlungen im Caritas-Krankenhaus, wo Adenauer wohnte, schlug er Kroll zum Rektor der Universität vor. Der amerikanische Kontrolloffizier an der Universität verstand sich mit ihm sehr gut und drängte Adenauer, Kroll zum Dezernenten für Kultus und Erziehung in Köln zu ernennen. So bat er Kroll vor dem Allianzhaus, das Amt anzunehmen. Dieser akzeptierte nach zwei Tagen. Als erste Stadt in der Nordrheinprovinz eröffnete Köln nun seine Volksschulen und die Universität und begann auch, Opern und Konzerte in der Aula der Universität zu veranstalten. Da Kroll und Adenauer sich gut verstanden, hatte er freie Hand und konnte die Arbeit rasch vorantreiben. Nach dem Oberpräsidium in Düsseldorf richtete er sich keineswegs, zumal der Abteilungsleiter in Kultusfragen, Dr. Platz, unter der Last seines Amtes zusammenbrach. Platz war damals schon ein schwerkranker Mann mit einem Kehlkopfschnitt gewesen. Die Kölner Stadtverwaltung lehnte grundsätzlich die Bevormundung aus Düsseldorf ab, da sie der Ansicht war, mehr von dem Wiederaufbaugeschäft zu verstehen. Der Oberpräsident Fuchs war nach Kroll damals schon ein alter Mann ohne Energie gewesen, der keinen rechten Schwung in die Arbeit brachte.

Der erste Kultusminister Hamacher war zu diesem Amt nicht fähig. Sein Nachfolger Köhnen stellte eine Verlegenheitslösung dar, zu der Kroll geraten hatte, da er selbst nicht bereit war, dieses Amt zu übernehmen und außerdem nicht in Streit mit seinen Kollegen geraten wollte, Adenauer hat Kroll bei einem Essen mit

Kardinal Frings diesen Ratschlag vorgeworfen. Nach Kohnens Rücktritt gab es zwei Kandidaten für das Amt, Schnippenkötter und Teusch. Vor allem die Interlektuellen der CDU traten für Schnippenkötter ein und übten Druck auf Adenauer aus, der nach der Wahl Teusch's noch einmal versuchte, diese zum Rücktritt zu bewegen. Er hielt ihr vor, daß sie physisch für diese schwere Aufgabe nicht in der Lage sei. Auch Prof. Martini aus Bonn habe gesagt, sie halte diese Arbeit nicht aus. Prof. Martini hatte Frau Teusch nie untersucht. Das ganze stellte also eines der üblichen taktischen Manövers Adenauers dar.

Schnippenkötter konnte diese Niederlage nie verwinden, zumal sehr engherzig war und zwischen Gut und Böse ^{stark} zu scharf schied. Er warf Teusch daher dauernd Steine in den Weg, vor allem gründete er die Rektorenkonferenz der höheren Schulen, in der er allerlei Anträge durchbrachte, die Frau Teusch Schwierigkeiten machen sollten.

Etwa 1948 fragte Adenauer bei einer Schiffsreise auf dem Rhein Kroll, ob er in die CDU eintreten wolle. Er weigerte sich, da er die Parteipolitik mit seinem Amt nicht vereinbaren zu können glaubte. Adenauer hat seitdem Kroll nie mehr angesehen. Sogar ^{wach} einige Jahre später leistete er sich bei einem Empfang einen Affront. Die Gastgeberin, die von dem Streit Adenauer - Kroll wußte, zwang Kroll, sich neben Adenauer zu setzen. Als er sich niederließ, drehte Adenauer ihm ostentativ den Rücken zu und unterhielt sich den ganzen Abend mit anderen Leuten, so daß die peinliche Situation entstand, daß beide Rücken an Rücken zueinander saßen und jeder mit einem ^{elektr.} Kreis ~~von Leuten~~ plauderte.

Karl-Josef Schulte war ein Schwager von Dr. Alois Lammers, der ihn sehr förderte. Gleichzeitig war Schulte ein Schulfreund von Kroll. 1926 wurde Schulte Direktor des Aufbaugymnasiums Braunschweig in Ostpreußen, 1932 kam er nach Westfalen zurück und wurde

- 3 -

1933 von den Nationalsozialisten zum Oberlehrer degradiert und später pensioniert. 1945 begann er seine Arbeit als Schulrat in Münster. Kroll meinte, er sei zwar ein intelligenter, aber kein weitblickender und überragender Mann gewesen. Zum Amt des Leiters dieses Schulkollegiums habe er sicherlich nicht die nötige ^{Überlegenheit} Weisheit besessen.

Kroll entstammt einer orthodoxen katholischen Familie. Sein Vater war eine Kulturkampfer betriebl. und lokale Zettel und Plakate. Es war üblich, daß ohne Zustimmung der Gewerkschaften gewählt wurde. Kroll stand diese politischen Maßnahmen als junger Mann kritisch gegenüber, da er die Verantwortung von Plakaten und Leichen, wie sie in der Weimarer Republik betrieben wurde nicht billigte.

Gespräch mit Professor K r o l l

am 18.7.1967

Prof. Kroll kannte Ministerpräsident Arnold recht gut. Arnold sei ein sehr fähiger Mann gewesen und habe viele seiner Kollegen überragt, aber er habe dennoch nicht die Größe besessen, die Dinge in seine Richtung zu zwingen. Arnold sei sehr nervös gewesen und habe stark getrunken und wenig gegessen. So habe er häufig morgens schon mehrere Kognaks auf nüchternen Magen getrunken. Der frühe Tod Arnolds sei bei dieser Lebensweise vorauszusehen gewesen und habe ihn, Kroll, nicht überrascht.

Gespräch am 27.7.1967

1. Ministerialdirigent Koch sei zum Amt des stellvertretenden Ministers unfähig gewesen. Er sei sicherlich ein lauterer Mann gewesen, habe aber nur dummes Zeug gemacht, so daß man gezwungen gewesen sei, ihn von der Arbeit abzuhalten. Bei seiner ~~politischen~~ Einstellung habe man sicherlich angenommen, er entspreche einem gesunden Proporz zwischen sozialistischem und christlichem Denken.

2. Ein sehr bedauerliches Phänomen sei der Entschluß der Kirchen gewesen, sich an der Politik zu beteiligen, um die im III. Reich verlorenen Privilegien wiederzugewinnen. Die klerikalen Politiker hätten stets argumentiert, daß die Kirchen einen Auftrag in der Welt hätten. Die Form des jeweiligen Regimes interessiere sie nicht, aber unter jedem Regime müßten die Kirchen die Freiheit zur Wirksamkeit besitzen. Eine ebenfalls erstaunliche Entwicklung stelle die rasche Bildung von gesellschaftlichen Gruppen nach 1945 wie den Rotariern, den Freimaurerlogen und den Schlaraffen dar. Diese Entwicklung entstamme wohl einem Gefühl der persönlichen Unsicherheit und einem Bedürfnis nach Anlehnung an einen gesellschaftlichen Verband.

Gespräch am 31.7.1967

Prof. Kroll meinte, Lehr und Adenauer hätten sich schon aus der Zeit der Weimarer Republik schlecht verstanden, woran nicht zuletzt die ^{Rivalität} ~~Humanität~~ zwischen den Städten Köln und Düsseldorf schuld gewesen sei. Dieses schlechte Verhältnis habe sich nach dem Kriege fortgesetzt, wobei Lehr wohl die kleinere Persönlichkeit gewesen sei. Kroll glaubt, daß die Ernennung Lehrs zum Innenminister von Adenauer durchaus nicht begrüßt worden sei.

Amelunxens Reden seien immer recht "billig" gewesen.

Gespräch am 14.8.1967

1. Der Kultusminister Köhnen versuchte, den Chirurgen Hoffmann in Köln zum Ordinarius für Chirurgie ^{in Köln} zu machen, da er wußte, daß Hoffmann ein schlechter Arzt war und somit der wissenschaftliche Vorrang der Bonner Chirurgie gewahrt bliebe. Tatsächlich wurde Hoffmann Ordinarius, was nur ~~gelang~~ mit Hilfe einer "romanhaften Intrige", an der der Kölner Oberstadtdirektor Suth beteiligt gewesen sei. *gelang*.
2. Die Universitätspolitik der Ministerin Teusch war weitgehend von Prof. Kroll inspiriert. Frau Teusch setzte die Gedanken Prof. Krolls lediglich mit großer Geschicklichkeit ins politische Leben um.
3. Der Oberlandesgerichtspräsident Lingemann aus Düsseldorf war ein weitläufiger Verwandter von Prof. Kroll. Lingemann entstammte einer Textilhändlerfamilie aus der Gegend von Solingen und war der einzige verwöhnte Sohn. Lingemann heiratete eine reiche Jüdin, von der er sich nach dem Kriege scheiden ließ. Diese Ehe hatte ihn aber zuvor zur Persona grata bei den Amerikanern gemacht, und so glaubte Lingemann, daß er der erste Justizminister des Landes würde. Die Enttäuschung über seine Übergehung konnte er anscheinend nicht verwinden. Kroll nennt ihn trocken, langweilig und mit wenig Kapazitäten ausgestattet, aber sehr eitel und aufgeblasen. Als er Oberlandesgerichtspräsident geworden war, ließ er sich stets von einem Gerichtsbeamten in Uniform auf Reisen begleiten. Zeitweise soll er sich sogar als „Exzellenz“ habe anreden lassen.
4. Die Verhandlungen im Kulturausschuß des Landtages fanden in guter Atmosphäre statt, zumal die SPD-Abgeordneten, vor allem ^{der Vorkandidat} Götke, sehr liebenswürdige Männer gewesen seien. Als die Verfassungsartikel über die Schulpolitik fertig gewesen seien, hätte die SPD ihren Vorsitzenden Schumacher befragen müssen. Dieser lehnte die Verfassungsartikel ab, was die SPD-Leute sehr bestürzte. Nach der Wahl von 1950 sind die SPD-Männer, die im Kulturausschuß saßen, nicht mehr aufgetaucht.
5. Minister Grimme aus Niedersachsen war Studienrat für Geschichte und Latein gewesen. Er war sehr gut mit Frau Teusch und ebenso zeitweise mit Prof. Kroll befreundet gewesen. Er gehörte zu den christlichen Sozialisten und entstammte der Jugendbewegung. Ingeheim soll er an der Abfassung eines Buches über das Johannes-Evangelium gearbeitet haben. Ein Revolutionär war er ganz bestimmt nicht und soll auch nicht an die Abschaffung des humanistischen Gymnasiums gedacht haben.

6. Innenminister Menzel habe eine schlimme Personalpolitik betrieben. Jede Professoren-Personalie mußte vor einer Ernennung dem Kabinett vorgelegt werden, damit Menzel darauf Einfluß nehmen könne. Somit habe er Frau Teuschs Personalpläne häufig durcheinander geworfen. Sie habe darunter ebenso wie unter den Machenschaften Schnippenkötters gelitten. Kroll hielt die Koalition der CDU mit der SPD bis 1950 für nicht sehr glücklich.

7. Oberlandesgerichtspräsident Schätter aus Köln soll eine schwache Persönlichkeit gewesen sein.

8. Prof. Kroll selbst bezeichnet sich als einen Liberalen, der in der Weimarer Zeit die Deutsche Volkspartei gewählt habe. Seine Abstammung aus einem streng katholischen Hause, wo die Wahl der Zentrumsparlei üblich gewesen sei, habe ihn kaum beeinflusst. Andererseits sei er auch konservativ gewesen, da er stets die gewachsenen geistigen Güter anerkannt habe und zu wahren gesucht habe. Er bedauerte vor allem die Säkularisierung seit der Aufklärung, da diese dem Menschen das Gefühl der Geborgenheit genommen habe und alle die Phantasie anregenden Abläufe des religiösen Lebens und des Kirchenjahres zerstört habe. Der Mensch bewege sich nicht mehr im Gleichklang des Naturhaften- und des Heilsrhythmus.

Josef Lohs war 1945 als junger ^{fähiger} Jurist Personalreferent von Lohs, arbeitete dann im Sonderausschuß des CDM unter fernaus mit Blankenhorn und Krogger zusammen, und wurde dann der erste Personalreferent des fürwärtigen Komitees, bis er sein Botschafts-
^{SB}Prokur in Den Haag ^{SB}wird übernahm.

Besuch bei Herrn Prof. Kroll, Köln am 7.11.1967

Professor Kuske wurde bei Gründung der Kölner Universität von der Handelshochschule als Dozent für Wirtschaftsgeschichte übernommen. 1933 wurde er aus dem Amt entfernt, erhielt aber im Dritten Reich seine Stelle wieder zurück. Er protegierte die SS-Studenten und konnte somit seine Position verbessern. In dieser Zeit entwarf er Raumordnungspläne für den Niederrhein, die er 1946 als Abteilungsleiter Wirtschaft im Oberpräsidium wortwörtlich übernehmen und durchsetzen wollte.

Prof. Kroll meinte, er sei nach dem Kriege völlig verbraucht gewesen und habe weder wissenschaftlich noch praktisch etwas leisten könne. Er sei aber von den Gewerkschaften unterstützt worden.

17.11.67

Dr. Leo Schwering übte vor 1933 den Beruf eines Archivarers aus. Da NS erdrückten ihn, da er der Zentrumspartei angehörte. Er lehrte im III Reich vom Nachhilfeunterricht, aber er erbat. Nach dem Kriege wollte er in seinen alten Beruf nicht mehr zurückkehren und mit Hilfe seines Bruders Ernst Schwering erhielt er die Stelle des Bibliotheksleiters. Er habe diese Verwaltung geleitet, im Weltkrieg aber nichts getan, da es nicht sehr fruchtbar sei.

Gespräch mit Prof. Kroll am 11.12.1967

Prof. Kroll lernte Holzzapfel, den späteren Gesandten in der Schweiz, 1946 kennen, als er ^(Holzapfel) für ein Studentenheim suchte und von Frl. Teusch nach Herford verwiesen wurde.

H. soll in einer sehr spießigen Etagenwohnung gelebt und einen unbedeutenden Eindruck gemacht haben. Das Zeug zu einem Parteiführer hatte er sicher nicht. Allerdings habe er den evangelischen Kreis der CDU in der Hand gehabt und versuchte, sich diese Stellung bezahlen zu lassen, zumal die Evangelischen unworden waren. Die Bewerbung H's ^{an} das Innenministerium lehnte Adenauer ab, er sandte ihn dafür als ersten deutschen Gesandten der Nachkriegszeit in die Schweiz, von wo bald danach Gerüchte der Verwunderung und des Bedauerns über den "kleinen Mann" durchgesickert seien.

Die Briten ernannten Kroll und den Direktor der Kunstakademie Heuser zu Abgeordneten im Landtag, wo sie im Kulturausschuß saßen.

Vor der vierten Sitzung wollte Kroll sich in die Anwesenheitsliste eintragen lassen, war aber, vom Ältestenrat, den Görlinger und Adenauer beherrschten, gestrichen worden, ohne irgend eine Benachrichtigung. Einerseits war ihm dies recht, da er wußte, daß er keine Macht hatte, andererseits machte ihm die Arbeit im Landtag Spaß, weil er über sämtliche Schul- und Kulturprobleme durch seine Tätigkeit als Kulturdezernent und Rektor gut informiert war. Er fragte Amelunxen, dem er begegnete, wie die Streichung möglich gewesen sei; Amelunxen murmelte etwas unverbindliches. Dann ^{ging} er zu Frau Teusch, die ^{damit} im Landtag beantragte, Kroll zum Sachverständigen mit ständigem Sitz zu benennen. Dieser Antrag ging durch.

Kroll führt die Streichung auf die Initiative Adenauers zurück, der ihm nicht verzeihen habe, daß er den Eintritt in die CDU abgelehnt hatte.

Vielleicht habe Adenauer auch seine politische Gegnerin Frau Teusch und damit Arnold treffen wollen.

Gespräch mit Dr. Lasky, 9.8.1968

Dr. Lasky kam Anfang 1948 von Österreich, wo er in der Rechtsabteilung der Militärregierung tätig gewesen war, nach Düsseldorf in die Rechtsabteilung.

1. Zu der britischen Haltung der Demokratisierungsfrage sagte er:

Die britischen Beamten und Offiziere hätten zunächst ohne konkrete theoretische Vorstellungen, aus ihrem verwurzelten, demokratischen Bewußtsein heraus, versucht, die englischen politischen Verhältnisse auf Deutschland zu übertragen. Lehrbücher und exakte Anweisungen hätten sie nicht zur Hand gehabt. Als sie dann merkten, daß der Versuch an den anders gearteten deutschen Verhältnissen scheiterte, hätten die einen, die mit dem engeren insularen Horizont, resigniert, die anderen, wie Oberst Walker und Birley, hätten sich den Gegebenheiten angepaßt und versucht, indirekt durch Vorträge und Gespräche Einfluß zu nehmen.

2.

Es sei bei den einzelnen Offizieren die Tendenz zu bemerken gewesen, sich mit ihrer Aufgabe zu identifizieren. Auch die größten Deutschhasser hätten in ihrem Arbeitsbereich die Deutschen, mit denen sie zusammenkamen, schätzen gelernt, während sie hinsichtlich der übrigen, ihnen fremden Ressorts, ihren Haß weiter behielten.

Am "gemütlichsten" sei es in der Kulturpolitik zugegangen, am härtesten im Bereich der Wirtschaft und der Altmetallverwertung. General Godard, der Leiter der Abteilung, sei bei den deutschen Altmetallhändlern wegen seiner Strenge gehaßt gewesen. Nun müsse man sagen, daß sich unter den Händlern eine Reihe von Betrügern befunden hatten, denen Godard genau auf die Finger sah. Er habe sogar deutsch soweit gelernt, daß ihn die Händler nicht mehr belügen konnten.

- 2 -

3.

In den ersten beiden Jahren habe die Militärregierung ein streng zentralistisches Regime geführt, das dann aufgegeben wurde. Bishop, ein energischer Mann, habe seine Politik sogar recht eigenständig geführt, so daß er manchmal in Kollision mit seiner vorgesetzten Behörde geriet. 1948 seien nur noch wenige Anweisungen von oben gekommen und um die habe man sich in der Militärregierung NW's häufig wenig gekümmert, sondern man habe die Probleme direkt mit den deutschen Dienststellen gelöst.

4.

Laskey hatte von Bishop den Auftrag, sich speziell mit den Fragen der Bodenreform zu befassen. In diesem Sinne habe er einige Male mit Lübke verhandelt, von dem er den Eindruck hatte, daß dieser zwar verbal die Bodenreform bejahe, in der Tat sich jedoch zurückhalte. Er, Laskey, habe Bishop damals berichtet, daß in Richtung Bodenreform mit Lübke nicht voranzukommen sei.

5. Nach Beendigung der Kontrollzeit habe NW als erstes die Polizei nach preußischem Muster umorganisiert, grüne Uniformen und Helme eingeführt. Laskey sagte, er habe damals noch mit Kleinrahm Auseinandersetzungen gehabt.

6. Juristisch gesehen habe die Kontrolle der Deutschen durch die Briten bis zur Einrichtung der Bundesrepublik gedauert. Jene hätten sich alle Gesetze und Rechtsverordnungen vorlegen lassen, genaustens geprüft und zuweilen auch abgeändert. Allerdings habe die deutsche Verwaltung nicht selten dann doch so gearbeitet, wie sie es vorhatten und die englischen Vorschläge nicht berücksichtigt.

In der Praxis habe sich die britische Kontrolle stufenweise gelockert.

Besuch bei Frau Maier-Hultschin in Köln-Longerich am 7.8.1968

Frau Maier-Hultschin, von Beruf Kranken- und Sozialpflegerin, gegenwärtig Leiterin des Umschulungsheimes Schloß Wachendorf, lernte ihren Mann, Landespressechef Maier-Hultschin, in der englischen Emigration kennen. Zu ihrem Bekanntenkreis in London gehörten Ollenhauer und Willi Eichler. Herr Maier-Hultschin war vor dem Kriege Zentrumsmitglied und Herausgeber einer deutschsprachigen Zeitung in Kattowitz. Er besaß gute Kontakte zu Brüning und zum Vatikan. Im Kriege machte er die Sendungen des BBC für deutsche Katholiken. Zum ersten Mal kehrte er im Spätherbst 1945 nach Deutschland zurück und traf Adenauer, der ihn persönlich an der Bahn abholte und sich sehr um ihn bemühte. Gleichzeitig versuchte er, ihn über Fragen der Emigranten, Brüning insbesondere, der Briten und der katholischen Welt auszuhorchen. Andere Emigranten, die Deutschland besuchten, behandelte er ebenso.

1949, als Landespressechef Katzenberger wegen persönlicher Spannungen mit Arnold aus dem Landesdienst ausgeschieden und als Direktor zum Bundesrat Übergewechselt war, bot Arnold Maier-Hultschin die Nachfolge an. Beide hatten sich auf der "Schule für Sozialpolitik (?)", wo Arnold studierte und Maier-Hultschin Lehrer für Pressewesen^{gestrich} war, kennengelernt, sich aber dann wieder aus den Augen verloren. Adenauer war mit der Anstellung nicht einverstanden. -Er äußerte Arnold gegenüber, wie er einem Mann einen solchen Posten anvertrauen könne, den er nicht in der Hand habe, denn Maier sei politisch aus der Nazizeit nicht belastet, habe sonst nichts angestellt und führe außerdem eine gute Ehe. Frau Maier meinte, Adenauer habe seine engsten Mitarbeiter nach dieser Maxime ausgewählt. So beschäftigte er nicht zuletzt Globke deshalb, weil er politisch belastet war.

Das Verhältnis von Arnold und Maier gestaltete sich von Anfang an nicht gut, da Arnold einen wankelmütigen Charakter hatte und stets auf den Rat desjenigen hörte, der zuletzt bei ihm war. Daneben

- 2 -

entpuppte sich Staatssekretär Dr. Mohr, ehemaliges Parteimitglied, als Intrigant, der seine Fäden gegen alle Mitarbeiter spann und sich innerhalb der CDU recht unbeliebt machte. Als Meyers 1958 an die Regierung kam, hoffte Mohr, 1956 kurzfristig entlassen, wieder angestellt zu werden. Meyers übergang ihn jedoch, was Mohr nicht verwinden konnte.

Aus diesen Gründen distanzierten sich Ministerialdirigent Mang, Katzenberger und andere Mitarbeiter von Arnold. Arnold war in den ersten Jahren weder der Bürokratie noch dem ^{Politikall} Intrigenspiel gewachsen. Hans Böckler habe nicht zuletzt deshalb ihm gegenüber den Wunsch geäußert, er solle nach seinem, Böcklers, Tode den Vorsitz des DGB übernehmen. Maier-Hultschin war bei diesem Gespräch zugegen, das anlässlich eines Besuches Arnolds am Krankenbett Böcklers stattfand.

Am schärfsten war der Gegensatz Arnold - Adenauer. Adenauer, eng liiert mit der Neußer Industrie, war gegen die Verstaatlichungspläne Arnolds und die große Koalition mit der SPD. Als nach den Wahlen 1950 die ersten Gespräche um die Regierungsbildung stattfanden, soll ein Dossier aufgetaucht sein, das Photomontagen von Arnold und Menzel, gemeinsam im Bordell, enthielt. Die CDU geriet in helle Aufregung. Maier-Hultschin hat diese Vorgänge von dem Bruder des CDU Abgeordneten Dr. Karl Müller aus Bonn, in Brüssel erfahren.

Damals kam auch Brüning nach Deutschland, um eine Professur in Köln zu übernehmen und nicht zuletzt in der Absicht, in Deutschland politisch tätig zu werden. Unterstützt wurde diese Aktion vor allem von Kreisen des Zentrums und der CDU im Raume Münster. Adenauer ließ alle Personen, die mit Brüning Kontakt hatten, vom Verfassungsschutz heimlich überwachen. Johnen, der später in die Ostzone floh, hat einmal in der Trunkenheit Details ausgeplaudert. So wurde u.a. das Telefon und die Post von Maier-Hultschin angezapft bzw. geöffnet. Jeden, der mit Brüning freundschaftlich verkehrte,

- 3 -

bekämpfte Adenauer bis aufs äußerste.

Zu Situation der Emigranten im Nachkriegsdeutschland sagte Frau Maier-Hultschin:

Die meisten von ihnen, so auch Brüning, hätten den Anschluß an die deutschen Verhältnisse nicht gefunden. Ihre politischen Ideen seien in der Emigration illusionär geworden und stimmten dann mit der deutschen Nachkriegsrealität nicht mehr überein. Aus diesem Grunde sei es Brüning, der daneben auch die Kraft nicht mehr besaß, nicht gelungen, maßgeblich in die deutsche Politik einzugreifen. Ihr Mann habe ebenfalls nie mehr richtig Fuß fassen können.

Der spätere Botschafter Hans Kroll, der 1948 zeitweise in der Staatskanzlei tätig war, wurde von Arnold entlassen, weil er, wohl zu Recht, behauptet hatte, er mache die Reden des Ministerpräsidenten.

Spiecker ließ sich zuweisen sehr negativ über Barzel, der Arnold von der "Jungen Union" empfohlen worden war, aus. Er nannte ihn einen reinen Karrieristen.

Persönliche Kontrahenten im Sozialministerium waren Landsberg, evangelischer Schwager Gerhard Schröders, und Dr. Kehren, katholisch.

Frau Maier-Hultschin behauptet mit Sicherheit und aus zuverlässiger Quelle erfahren zu haben, daß Adenauer in der Zeit der Molotow-Stalin-Noten, 1953, in denen dem Westen Verhandlungen über die Wiedervereinigung angeboten wurden, geäußert habe, das ginge nicht, "dann bekäme man zuviele Protestanten".

Arnold lehnte Globke kompromißlos ab.

Ministerialdirigent M a u s (Innenministerium, Personalabteilung)
Besuch am 10.5.1967 im Hauptstaatsarchiv.

Herr Maus (CDU) und Staatssekretär Rombach sind 1948 in das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen eingesetzt worden, um die SPD-freundliche Personalpolitik, vor allem auf dem Gebiete des Polizeiwesens des Innenministers Menzel und seines Adlaten Schmidt zu bekämpfen. Maus sollte das alte Beamtenecht von 1937 gereinigt von seinen nationalsozialistischen Zusätzen gegen die Vorstellungen und Beamtengesetzentwürfen Schmidts verteidigen. Maus mußte harte Kämpfe durchfechten, in deren Verlauf versucht wurde, ihn mittels einer der SPD-angehörigen Sekretärinnen und eines Bürobeamten bürotechnisch abzuschirmen. Nach dem ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Ausscheiden Menzels aus dem Ministerium warf Maus die eigene Partei vor, er habe als CDU-Mann und Katholik den Proporz zwischen den Partei und Konfessionen nicht gewahrt. Er konnte, so sagte er, das Gegenteil nachweisen.

In der Beamtenechtsfrage wolle das Finanzministerium unter Weitz die Führung übernehmen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, während der Innenminister Flecken Maus unterstützte, später aber, als Flecken Finanzminister geworden war, begann er auf die Seite des Finanzministeriums überzuschwenken und Maus zu bekämpfen.

M. Rombach

122

Auskunft von Pfarrer M e n z e l aus Mecklenbeck vom 11.11.67

Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Wunsch, den Nachlaß von Herrn Pfarrektor Dr. Vorholt in das Staatsarchiv zu übernehmen, allein deshalb nicht zu verwirklichen ist, da der schriftliche Nachlaß von Herrn Dr. Vorholt ausschließlich persönlicher Art ist und den von Ihnen erwähnten Personenkreis in keiner Weise irgendwie erwähnt. Nach Rückfrage bei den damals mit der Situation vertraut gewesenen Älteren Einwohnern Mecklenbecks hat Herr Dr. Vorholt seine rege politische Tätigkeit ausschließlich in Gesprächen mit den von Ihnen erwähnten und anderen Politikern ausgeübt. Schriftliche Aufzeichnungen, die über diese Gespräche auch nur am Rande Auskunft geben können, existieren daher nicht.

Ich bedauere sehr, Ihnen keine günstigere Nachricht geben zu können .

gez. Menzel, Pfarrer

Treffpunkt Karl Knudts, Heinrich Lübkes
Carl Severungs. Nach Aussage von
Rechtsanwalt Jörtingemeier galt Dr. Vorholt
als der Ministermacher (1946/47)

Gespräch mit Frau O h l y

am 24.7.1967

Frau Ohly ist die Enkelin des ehem. CDU-Fraktionsvorsitzenden Schrage. Sie erzählte mir, ihr Großvater käme aus der christl. Arbeiterbewegung. Er sei Leiter des Arbeitsamtes von Olpe gewesen und habe 1933 seine Stellung verloren. Er habe im III. Reich als Anzeigenvertreter gearbeitet und da er nicht studiert habe, die Notwendigkeit gesehen, dieses nachzuholen. 1946 habe er mit Sträter und Boelitz einen Teil der Westfalenpost übernommen. Frau Sträter, der der Hauptanteil der Aktien der Westfalenpost gehörte, habe unter beschämenden Umständen aus reiner Geldgier die Familie Schrage aus der Zeitung wieder herausgedrängt.

Schrage war sehr konservativ, er war gegen das Studium seiner Enkelin; "denn es reiche, wenn sie Erbensuppe kochen könne": Er habe es immer bedauert, daß Westfalen seit der Landesgründung keinen Oberpräsidenten mehr habe. Mit Bernhard Salzmann war er häufig in Münster zusammen - sehr zum Leidwesen der Frau Schrage, da beide gerne zusammen tranken. Für Gronowski habe er eine sehr große Verehrung gehegt. Er sei aber auch manchmal veräppelt gewesen, ~~er~~ ^{weil} ~~er~~ Akademiker es ihn ~~haben~~ spüren lassen, daß er nicht studiert hatte.

Besuch bei Edmund P e s c h am 5. Juli 1967
 (Verlagsleiter der Bonner Rundschau)

Begründung der Westfalenpost:

Die Briten gaben zunächst vom Juli 1945 an eine von eigenen Offizieren redigierte Zeitung heraus. Im August 1945 übertrugen sie zum ersten Male die Redaktion dieser sog. Ruhrzeitung an ausgesuchte deutsche Redakteure, zu denen auch Herr Pesch gehörte.

Nach der Wiedezulassung der Parteien erlaubten die Briten deutschen Zeitungen, Verlagshäuser und Redaktionen zu eröffnen und vergaben die Lizenzen an deutsche Politiker. Für den Raum des östlichen Westfalen sollte unter der Leitung des ehemaligen preußischen Kultusministers Böllitz die Westfalenpost als christlich-demokratische Zeitung ^{in soci} gegründet werden. In Dortmund wollten die Briten unter Lambert Lensing eine weitere christlich-demokratische Zeitung errichten lassen. Kurz vor Gründung der Westfalenpost wurde wahrscheinlich durch eine Intrige bekannt, daß Böllitz während der Weimarer Republik Präsident des Ibero-amerikanischen Clubs gewesen sei, einer juristischen Person, die die Stiftung einer Bibliothek an den preußischen Staat verwaltete. Dieser Club wurde nach 1933 als Organ der fünften Kolonne benützt. Obwohl Böllitz 1933 die Präsidentschaft niedergelegt hatte, galt er in den Augen der Engländer als belastet, da auf der englischen Schwarzen Liste nicht angegeben war, daß der Club vor 1933 ausschließlich kulturellen Zwecken gedient hatte. Da aber die Briten von der politischen Integrität Böllitz überzeugt waren, daß formalen Belastungsfaktoren dennoch nicht umgehen konnten, verfielen sie auf die Idee, die Lizenz dem Schwiegersohn, dem späteren Justizminister Sträter, der zudem nicht ganz arisch war, zu erteilen. Lensing konnte in Dortmund die Lizenz ebenfalls

- 2 -

aus formalen Gründen nicht erhalten und so gaben die Briten Sträter auch diese Zeitung, so daß die Westfalenpost einen riesigen Raum zu beliefern hatte.

Die Westfalenpost erschien Papiermangels wegen dreimal wöchentlich. Ihre Papierzuteilungen waren deshalb so knapp, weil die Briten den potentiellen Wählerkreis der CDU unterschätzt hatten und nur dann höhere Papierlieferungen überwiesen, wenn die Westfalenpost mehr eingeschriebene CDU-Mitglieder angeben konnte. Pesch, der erste Chefredakteur der Westfalenpost, drang daher immer ^{bei} in seinen Kundenkreis, ^{da} sich doch in die CDU einschreiben zu lassen, damit die Westfalenpost ein größeres Absatzgebiet ^{sich} schaffen könnte. Die SPD-Zeitungen stellten sich im Punkt der Papierzulieferungen günstiger. Sie übernahmen vor allem die Bestände der alten Gauzeitung.

Pesch schickte als ständigen Vertreter seiner Zeitung Werner Krüger, den heutigen Ministerialdirektor im Kanzleramt, nach Düsseldorf. Da Krüger nicht allzuviel zu tun hatte, bat Adenauer Pesch, ihm Krüger die übrige Zeit zur Verfügung zu stellen.

Die Westfalenpost mußte u.a. einen großen Prozeß gegen den Innenminister Menzel führen. Als bekannt wurde, daß der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht sich in Düsseldorf niederlassen wollte, drohte ihm Menzel, ihn an der Grenze Nordrhein-Westfalens verhaften zu lassen. Die Westfalenpost schrieb damals aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit einen scharfen Artikel gegen dieses Vorhaben, über den Menzel beleidigt war und pozzierte. Dieser Prozeß verlief allerdings im Sande, da er nach einigen Jahren unter eine Generalamnestie fiel.

Gespräch mit Ministerialrat P e t e r s

am 19.7.1967

Die erste Düsseldorfer Volkszählung kam auf folgende Weise zustande. Peters mußte in einem Fragebogen monatlich den Zuzug und die Abwanderung von und nach Düsseldorf den Briten melden. Dies war ihm unmöglich, da er keine Unterlagen und kein Personal besaß. So meldete er fingierte, lediglich grob geschätzte Zahlen, die auch regelmäßig von den Briten ungeprüft akzeptiert wurden. Eines Tages aber übergab er diese Zahlen einem Offizier, der in Oxford Mathematik studiert hatte. Dieser hatte sich u.a. auch mit Statistik beschäftigt und es war ihm somit ein leichtes, die Zahlen Peters' anzuzweifeln. Peters gestand nach einigem Leugnen seinen Betrug. Der Brite aber meinte, man müsse nunmehr eine echte Volkszählung in Düsseldorf anstellen und machte sich daran, dazu die Unterlagen zu erarbeiten. Die Unterlagen der ersten Düsseldorf'schen Volkszählung dienten dann als Grundlagenmaterial für die erste Volkszählung im Lande.

am 14.7.1967

1. Oberpräsident Amelunxen und sein Generalreferent Höpker-Aschoff versuchten 1945/46 die Provinzialverwaltung von Westfalen aufzulösen und bekämpften daher den Landeshauptmann Salzmann aufs heftigste. Salzmann hatte anfangs eine schwache Position, da er noch den nationalsozialistischen Provinzialverwaltungen angehört hatte. Salzmann lehnte sich daher an Pünder an, dem es gelang, ihm bei den Engländern Ansehen zu verschaffen. Salzmann wurde von Zuhorn und einer Reihe von Städten Westfalens unterstützt. Amelunxen war sehr ehrgeizig und herrschsüchtig, ihm stand aber Severing entgegen, der Pünder vor allem in der Frage der Landesgründung Nordrhein-Westfalens stark unterstützt hatte.

Im Städtetag waren nicht alle Stimmen für die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen. Pünder tat aber in der Öffentlichkeit so, als ob alle hinter ihm stünden. Seine Position war hingegen gerade in diesem Punkt sehr schwach.

2. Pünder und Oberpräsident Lehr arbeiteten in der Frage der Landesgründung tagtäglich zusammen. Ihre Argumentation lautete folgendermaßen. 1. Die kleine Nordrhein-Provinz müsse mit dem Reich verklammert werden. 2. Der Bidault-Plan, der die Herauslösung des Ruhrgebiets aus Deutschland vorsah, müsse verhindert werden. 3. Das Ruhrgebiet bedürfe ein agrarisches Hinterland. 4. Die Pläne Hamburgs, den deutschen Export und Import zu monopolisieren, müßten verhindert werden, um den Rheinhandel nicht zu schädigen. Dieses Argument spiele allerdings eine nebensächliche Rolle.

3. Pünders Nachfolge Adenauers in Köln. Pünder gab an, daß er von den Engländern überraschenderweise nach Münster geholt wurde und von dort ohne viele Umstände nach Köln gefahren wurde, wo in der Aula der Universität die feierliche Einführung zum Oberbürgermeister stattfand. Kurz zuvor war Pünder von Adenauer angeregt worden, die Arbeiten Dr. Peter von Aubels bei der Gründung des Städtetages zu beschleunigen. v. Aubel hatte im Sommer 1945 einige wichtige Oberbürgermeister in Deutschland angeschrieben, um sie zu einer Zusammenkunft anzuregen.

4. Bei der Ernennung Amelunxens zum Oberpräsidenten habe Karl Severing mitgewirkt, dem anscheinend Amelunxens sozialistische Einstellung gelegen war. Auf Grund seines Ehrgeizes war Amelunxen sehr etatistisch und zentralistisch eingestellt. Diese Mentalität überwog seine parteipolitische Überzeugung, die eigentlich hätte föderalistisch sein müssen. Schon auf Grund dieser Einstellung mußte er mit Pünder, der die Verwaltung von unten her aufzubauen gedachte, in Konflikt geraten. (Min.Dirigent Kalbhen sagte mir, daß er über seinen Schwiegervater, einen alten Zentrumsanhänger, habe in Erfahrung bringen können, daß der Streit zwischen Amelunxen und Pünder schon aus dem Jahre 1932 herrühre. Damals habe Pünder Amelunxen als Regierungspräs. von Münster abgelöst, was ihm Amelunxen nie verziehen habe. Im Hause seines Schwiegervaters sagte Kalbhen, seien beide einmal zur gleichen Zeit eingeladen gewesen. Die Atmosphäre sei eisig gewesen.)

Ministerialdirigend Dr. R h o d e ,
Wirtschaftsministerium

Besuch am 28.6.1967

Das Wirtschaftsamt der Provinz Westfalen führte die Arbeit des Reichswirtschaftsamtes im Mai 1945 einigermaßen kontinuierlich fort und bildete somit den personellen Grundstock für das Generalreferat Wirtschaft unter Prof. Nölting. Prof. Nölting kam aus der SPD-Gruppe um Carl Severing und Menzel und arbeitete auch später mit Menzel eng zusammen. Beim Zusammenschluß der Provinz Westfalen und der Nordrheinprovinz gliederte Nölting das Wirtschaftsministerium in 8 Gruppen, von denen 4 durch westfälische Chefs und 4 durch rheinische besetzt wurden. Unter einem westfälischen Gruppenleiter arbeitete stets ein rheinischer Stellvertreter und umgekehrt. Spannungen blieben somit zwischen beiden Bevölkerungsteilen innerhalb des Ministeriums aus, zumal die Westfalen häufig Lebensmittel aus ihren ländlichen Gebieten für die Rheinländer mitbrachten.

Prof. Nölting wurde dem Minister ernannt, weil der britische Wirtschaftsoffizier für Westfalen, Marsh-Kellet, ein gewöhnlich einsichtiger, wenn auch schwieriger Mann, zum Wirtschaftsoffizier für Gesamt-Nordrhein-Westfalen ernannt wurde, und wünschte, daß der ihm vertraute Nölting den Ministerposten erhielt.

Das Wirtschaftsministerium bildete von Anfang an einen riesigen Apparat mit Rund 2 000 Mitarbeitern aus, einen Apparat, der täglich einen Posteingang von 8 000 Schreiben hatte. Etwa 20 Mann mußten eingesetzt werden, um die Post zu sortieren und zu verteilen. Diese Aufgabe war sehr

kompliziert, da die einzelnen Abteilungen der dauernden materiellen Schwierigkeiten wegen ständig umzogen oder umgruppiert wurden. Das Ministerium versuchte infolgedessen, auf unbürokratische Weise zu arbeiten und hob sich dadurch von den klassischen Ministerien (Justiz, Finanz und Kultus), die sich konservativ verhielten, ab. So stellte es auch eine eigene Fahrbereitschaft auf, weil es glaubte, deren Organisation besser zu verstehen.

Der Wirtschaftsplanungsausschuß der Ministerien (gegründet im September 1946) wurde kaum wirksam. Die Minister des Wirtschafts-, Arbeits-, Finanz- und Ernährungsressorts trafen sich gelegentlich, aber die eigentliche Planungsarbeit lag weiterhin beim Wirtschaftsministerium. Rhode meinte dazu, die Spannungen im Koalitionskabinett seien für das reibungslose Funktionieren eines solchen Ausschusses zu groß gewesen.

Die Spannungen existierten vor allem mit dem Finanzministerium unter Weitz, der zu dem rechten Flügel der CDU gehörte. Greinert, der Haushaltsreferent, hatte darüberhinaus das Bedürfnis, jegliche Arbeit selbst erledigen zu müssen. Es blieb daher nicht aus, daß einzelne wichtige Vorgänge wirtschaftlicher Art wochenlang liegenblieben. Dieser Charakterzug Greinerts soll auch bei seinem Abgang aus dem Ministerium mitbestimmend gewesen sein. Weitz selbst war von seinen Beamten gegen das Wirtschaftsministerium eingenommen worden, änderte aber seine Meinung, als er einige Wochen das Wirtschaftsministerium leitete. Eine Art Überministerium sei das Finanzministerium zu Beginn der Landesregierung gewiß nicht gewesen.

Amelunxen, der Ministerpräsident, kümmerte sich kaum um die Wirtschaft. Zur Zeit seiner Oberpräsidentenschaft in Westfalen bekämpfte er vor allem den Landeshauptmann Salzmann und versuchte, die Selbstverwaltungskörperschaft aufzulösen. Salzmann sei hocheifrig gewesen, als bekannt wurde, daß Amelunxen aus Münster weggehen sollte; Amelunxen triumphierte aber dann, nachdem er Ministerpräsident geworden war. Nach Rhode ist der Zweck des Landschaftsverbandes überhaupt problematisch, da in der Nordrheinprovinz das Experiment der Auflösung des alten Provinzialverbandes und der Übertragung dessen Aufgaben an die Provinzverwaltung sich bewährt habe, und da es sich herausgestellt habe, daß die Landschaftsverbände zu teuer seien.

3 Hauptprobleme entstanden für das Wirtschaftsministerium nach 1946:

1. Die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft mittels der Planwirtschaft, die allerdings bis zur Währungsreform nie zu umfassenden Plänen kam, sondern über Einzelaktionen und Programme nicht hinausreichte. Die deutsche Industrie hatte sich in dieser Periode als äußerst elastisch erwiesen, wie verstand es, Rohstoffmangel und Demontage kurzfristig zu umgehen, indem sie andere Waren in ihre Produktion aufnahmen. Diese Geschicklichkeit bewirkte es, daß die Basis zum Aufbau der deutschen Wirtschaft schon vor der Währungsreform gelegt worden war. Die freie Marktwirtschaft Erhards war demnach nur die Freigabe aller aktiven Kräfte.
2. Die Demontage bildete für die Engländer vornehmlich ein Mittel, um die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuschalten. An Reparationsleistungen hatten die Engländer weniger Interessen, zumal bekannt wurde, daß sie wertvolle Maschinen mit vollem Bewußtsein in Deutschland

ausbauten, nach Indien transportierten und dort in der Verpackung verrotten ließen. Deutlich war zu spüren, daß die englischen Maßnahmen auf Firmen abzielten, die als Hauptkonkurrenten in Großbritannien galten. Dazu gehörten die Thyssen- und die Kruppwerke. Nölting versuchte zu retten, wo er konnte. So lagen ihm vor allem auch die Henrichswerke in Hattingen am Herzen, wo heute eine Schule nach ihm benannt wurde. Die deutschen Beamten griffen in ihrem Kampf gegen die Demontage zu unorthodoxen Mitteln, so setzten sie z.B. Mädchen auf die englischen Offiziere an, machten sie betrunken und ließen sie dann oft schon im Morgengrauen Unterschriften leisten, durch die einzelne wertvolle Maschinen gerettet wurden. Sehr wichtig war in diesem Zusammenhang die Funktion der Dolmetscher, die häufig wie z.B. ein Frl. Zimmermann, die schroffen deutschen Forderungen abmilderten und in Gedankenfiguren umsetzten, die dem englischen Denken gemäß waren. Nicht selten krumpierten deutsche Beamten englische Offiziere und benutzten diese, um bei ihren Kollegen bestimmte Projekte durchzusetzen. Diese Methoden waren deshalb sehr nützlich, weil die Deutschen die unterkühlten Verhandlungsformen und die Verbindlichkeit der Engländer selten beherrschten.

Die Demontagemassnahmen waren im allgemeinenso abgestimmt, daß die Kohleförderung nicht beeinträchtigt wurde. Zulieferungsfir^{den} für den Bergbau wurden im allgemeinen geschont. Häufig kam es auch vor, daß die Engländer befahlen, die Firmen, die demontiert werden sollten, von den Deutschen selbst auswählen zu lassen. Das Wirtschaftsministerium geriet dann in die größten Schwierigkeiten mit der deutschen Industrie. Häufig bat es dann die Industrie, die zu demontierenden Werke selbst auszusuchen oder es wählte Betriebe aus, deren Wegfall nicht den geringsten volkswirtschaftlichen Schaden anrichtete. Nölting war in diesen Situationen häufig sehr ängstlich, da er zukünftige

Schadenersatzforderungen fürchtete. Rhode meinte, die Engländer hätten die Demontage erst dann mit großzügiger Geste beendet, als sie alles was sie wollten ausgebaut hatten.

3. Auch die Entflechtung war nach Ansicht Rhodes eine Maßnahme, um die deutsche Industrie durch Kostensteigerung auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig zu machen.

Rhode ist der Ansicht, daß außenpolitische Überlegungen beim Aufbau des Landes Nordrhein-Westfalen große Bedeutung hatten. Um dem Bidault-Plan entgegenzutreten, habe man in den Ministerien den Begriff "Ruhrbezirk" solange nicht verwendet, bis die Engländer ihre Macht abgegeben hatten. Man wollte niemals in der Öffentlichkeit die Vorstellung von der Einheitlichkeit des Ruhrgebietes aufkommen lassen. Die Regierungsbezirke waren daher so abgegrenzt worden, daß möglichst jeder einen Teil des Ruhrgebietes in sich einschloß. So habe der Regierungsbezirk Münster absichtlich Recklinghausen und andere Industriegebiete bekommen, um die Verschränkung des Ruhrgebietes mit Westfalen anzudeuten.

Die Einführung der freien Marktwirtschaft kam den englischen Besatzungsoffizieren, die die deutsche Wirtschaft kontrollierten, nicht gelegen, da sie mit einem Schlage ihren Einfluß verloren. Andererseits duldeten die gleichen Offiziere die Plünderung der Kohlenzüge durch die Deutschen, soweit die Kohlen für Frankreich bestimmt waren. Es kam selten vor, daß Patrouillen die Kohlenzüge begleiteten. Die Engländer duldeten ebenfalls den "Schwarzen Markt", der sich ja auf die Gesamtwirtschaft kaum auswirkte. Sie ließen dadurch der deutschen Bevölkerung einen gewissen

Spielraum, um Unruhen zu vermeiden, Unruhen, die den britischen Soldaten das Amt gekostet hätten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. R i n g e l - Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer Remscheid - - - Besuch am 12.10.1967

Mit Beginn der Demontage bildete die Industrie- und Handelskammer Remscheid unter Führung Dr. Ringels ein Zentrum der Opposition gegen die Reparations- und Demontagepolitik der Briten. Dr. Ringel führte den Kampf mit propagandistischen Mitteln und volkswirtschaftlich-politischen Argumenten. Er versuchte nachzuweisen, daß die Demontage ökonomisch sinnlos und unrationell sei, zur Arbeitslosigkeit führe und schließlich Deutschland dem Kommunismus in die Arme treibe. In einer Denkschrift stellte er fest, daß die Interdependenzen der deutschen Industrie so groß seien, daß ein Werk nicht abgebaut werden könne, ohne die übrigen zu beeinträchtigen. Er meinte damit in erster Linie den offiziell geförderten Bergbau.

Die Veröffentlichung dieser Denkschrift war der Landesregierung unangenehm. Einige Industrielle beschwerten sich, nicht genügend berücksichtigt worden zu sein. Legationsrat Budde aus Bad Godesberg vertrat die Meinung, Ringel und Wedemeyer hätten den völkerrechtlichen Standpunkt nicht berücksichtigt und griff die Denkschrift von daher an.

Ringel entfaltete seine Aktivität in drei Richtungen:

1. Landesregierung.

Dr. Ringel nahm an drei Kabinettsitzungen über das Demontageproblem teil und unterbreitete dort sein Material und seine Oppositionsvorschläge. Die Landesregierung entschloß sich im Gegensatz zur Industrie zu einer übervorsichtigen Politik und wollte die Engländer keinesfalls durch ihre Opposition reizen. Ringel stieß mit seiner Politik des harten Widerstandes auf taube Ohren. Er erinnerte sich, daß ein Teil des Kabinetts sich bei diesen Beratungen völlig passiv und teilnahmslos verhalten

- 2 -

habe. Halbfell, den Dr. Six einen "Flegel" nannte, habe Zeitung gelesen und überhaupt nicht zugehört. Gespannt aufgepaßt dagegen habe Paul.

Im Wirtschaftsministerium habe Ministerialdirektor Ewers am meisten Hilfe bei der Industrie gesucht. Der Referent für die Demontagefrage, ein Frar. von Bose, sei ein äußerst liebenswürdiger, aber arbeitsscheuer Mann gewesen, der eine Stunde gebraucht habe, um morgens von dem Portal des Ministeriums bis zu seinem Dienstzimmer zu gelangen. Mit jeder Putzfrau habe er geplaudert und sei zum Schluß auch als Vorsitzender in den Betriebsrat gewählt worden.

Nölting habe keine allzu große Aktivität entwickelt. In der Öffentlichkeit habe er die bekannten planwirtschaftlichen Ziele propagiert und lange, elegant und viel geredet; in der Praxis sei er aber in weit geringerem Maße doktrinär gewesen. Aus dem Gespräch mit Ringel konnte man den Eindruck gewinnen, daß die Industrie von Nöltings nationalökonomischen Kenntnissen und seinen Fähigkeiten nicht sehr überzeugt war. Werhahn habe sich sogar leise über ihn lustig gemacht.

2. Ringel suchte mit englischen Wirtschaftsoffizieren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Kontakt zu kommen.

Mancher vernünftige Offizier habe ihm gute Tips und Informationen geliefert, die für den von ihm herausgegebenen Informationsdienst sehr wertvoll waren.

3. Ringel hatte außerdem Verbindung zu einem amerikanischen Journalistenehepaar. Der Ehemann war außerdem Sekretär eines Kongreßausschusses. Über ihn schleuste Ringel Material vor den

- 3 -

amerikanischen Kongreß. Ringel fuhr mit dem Material nach Frankfurt, übernachtete außerhalb bei Bekannten, traf sich morgens heimlich mit dem Amerikaner in einem Kasino und abends flog das Material mit einer Militärmaschine nach Washington. Die Verfasserin des Buches "Kostspielige Rache" Utley erhielt ebenfalls Unterlagen aus der Industrie- und Handelskammer Remscheid.

Die Industrie- und Handelskammer arbeitete außerdem Vorschläge zur Währungsreform aus, die allerdings nicht durchdrangen, obwohl einer der Finanzberater Clays, ein deutscher emigrierter Jude, Studienfreund Ringels gewesen war.

R ü b e r g , Vizepräsident des Landesrechnungshofs,
- Besuch am 24.5.1967 -

Rüberg studierte in Münster bei Prof. Plenge Volkswirtschaft und gehörte der studentischen Verbindung der Unitarier an. Er begann seine politische Laufbahn in den zwanziger Jahren, trat aber erst nach 1945 aktiv in das politische Leben ein, und zwar gründete er in Iserlohn die Zentrumsparlei und erhielt Anfang August 1945 schon die Erlaubnis der Engländer. Er nahm an dem Gründungsparteitag der Zentrumsparlei in Soest (Oktober 1945) teil, ^{aber} lehnte die Richtung Spieckers ab. Spiecker wollte für die Zentrumsparlei die Öffnung gegenüber allen Konfessionen und Glaubensrichtungen und vertrat die Ansicht, daß auch Mohammedaner in sie eintreten könnten. Rüberg schloß sich Hamacher an, den er vor allen anderen schätzte. Er hielt enge Verbindung zur SPD, ^{weil} er eine soziale Richtung innerhalb des Zentrums vertrat. Er meinte, SPD und Zentrum seinen in der preußischen Zeit die Vertreter der sozial Entrechteten gewesen und hätten somit gemeinsame Interessen in der neugegründeten Bundesrepublik.

Als Volkswirt bekämpfte er das Juristenmonopol in der deutschen Verwaltung und die Reetablierung sozial-konservativer Schichten deutschnationaler Herkunft in den deutschen Führungsspitzen

Er erhielt ein Landtagsmandat, wurde in den Stellenplanausschuß und den Verfassungsausschuß gewählt und zum 1. Vizepräsidenten des neu aufgebauten Landesrechnungshofes ernannt. Rüberg bezeichnete den Finanzminister Weitz als einen Erzkonservativen, der versucht habe, den Landesrechnungshof dem Finanzministerium anzugliedern und Einfluß auf die Personalbesetzung zu erhalten. Es sei dem Präsidenten des Rechnungshofes und ihm indessen gelungen, seine Behörde unabhängig von der Regierung zu machen.

- 2 -

1. Rüberg sagte, er habe in das nordrhein-westfälische Beamtenrecht den Paragraphen 21 - Auflockerung des Juristenmonopols - hineingebracht. Außerdem gehe auf ihn die Formulierung vom "Gliedstaat Nordrhein-Westfalen" entgegen der Formulierung "Glied der Bundesrepublik Deutschland" zurück.
2. Das Wahlrecht des Landes in seiner heutigen Form sei von Gerhard Schröder vorgeschlagen worden. Zunächst habe sich keine Partei eindeutig für das Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht entscheiden können. Ausschlaggebend für die allgemeine Zustimmung zur Schröder'schen Proposition sei die Überlegung gewesen, daß die CDU ihre protestantischen Kandidaten in den durchweg katholischen, landlichen Kreisen nicht hätte durchbringen können. Es sei ^{ih}nur möglich gewesen, über die Reservelisten evangelische Abgeordnete in den Landtag zu ^{entsenden}bringen.
3. Ministerpräsident Arnold und Landtagspräsident Gockeln hätten als einzige die Kraft und die Fähigkeit gehabt, das Land Nordrhein-Westfalen zu einem modernen, von alten Traditionen unabhängigen Sozialstaat zu machen. Arnold habe leider aber häufig auf den konservativen Adenauer Rücksicht nehmen müssen und außerdem sei er mit Gockeln persönlich verfeindet gewesen. Zwar habe sich Arnold meistens gegen Adenauer mutig zur Wehr gesetzt, aber die Feindschaft zu Gockeln habe ihn sehr behindert.
4. Globke sei als Vizepräsident des Landesrechnungshofes vorgeschlagen worden, habe aber dieses Amt abgelehnt. Rüberg meinte, Globke sei von der studentischen Verbindung "CV" ständig gefördert worden. ^{Dieser}Er habe zur Verbindung Bavaria gehört, einer der vier Verbindungen des sog. "Weißen Kreises" innerhalb des CV. Der "Weiße Kreis" sei zeitweise eine Art "Aristokratie" des CV gewesen. Als Globke ins Kanzleramt berufen worden sei, habe er, Rüberg, den Eindruck gehabt, daß Adenauer über diese Berufung ^{Zunächst}nicht sehr glücklich ^{war}gewesen sei.

5. Lübke sei als Ernährungsminister bei der Beschaffung der Lebensmittel im allgemeinen sehr mutig aufgetreten. Er habe sich dadurch den Respekt der Politiker verschafft.
6. Die relative Billigkeit des Beamtenapparates von Nordrhein-Westfalen, wie sie in den ersten Jahren bestand, gehe vor allem auf die fleißige und präzise Arbeit, Fleckens (des späteren Innenministers) und Dobberts zurück, die beide im Landtagsausschuß für die Stellenbesetzung führend tätig waren. Jede spätere Verwaltungsreform habe den Apparat nur vergrößert und das Wort des Finanzministers Weitz "Ein jeglicher Komet ziehe einen Schweif nach" bestehe zu Recht.
7. Das Land Nordrhein-Westfalen habe 1949 die Einrichtung der Bundesregierung in Bonn finanziert. Wandersleb habe allerdings sein Etat sehr bald überzogen und den Landtag erneut um Geld angegangen. Er habe damals Rüberg) versucht gefügig zu machen, in dem er auf die Zustimmung des Zentrumsabgeordneten Brockmann hingewiesen habe. Da Rüberg und Brockmann nicht sehr freundschaftlich miteinander verkehrten, sei diese Bemerkung bei Rüberg schlecht angekommen. Er habe sich daraufhin ablehnend gegenüber Wanderslebs Bitten verhalten. Das Finanzministerium habe aber mittels Vorschüssen und anderen finanztechnischen Manipulationen die Forderungen Wanderslebs unterstützt.
8. Rüberg ist der Meinung, daß die Übernahme der Beamten aus der alten Reichsverwaltung und den preußischen Ministerien ein Fehler war; denn es wäre auch ohne deren sog. "vielgerühmten Sachverstand" gegangen. Meistens habe dieser Sachverstand auf den Erfahrungen der Weimarer Republik beruht und sei seit 1933 nicht mehr weiterentwickelt worden. Auch die Argumente der Emigranten, die sich von den angelsächsischen Vorbildern leiten ließen, seien häufig für die konkrete

und Rüberg auf
Seine Unabhängig-
keit bedacht war,

Situation der Nachkriegszeit und der Entstehungsprobleme des Landes nicht passend gewesen. ^{61/1}Häufig hätten sie Bedürfnisse und Traditionen der deutschen Bevölkerung übersehen.

9. Rüberg kennt die wahren Gründe des Austrittes der KP-Minister aus der Landesregierung. Ihr Ausscheiden sei keinesfalls auf Grund der Landtagsrede Lebewohls erfolgt. Außerdem meint Rüberg, die Hintergründe des Regierungswechsels Steinhoff besser zu kennen, als die Beteiligten selbst.

Besuch bei Herrn Hans-Joachim von Rohr am 6.9.68 i. Bad Godesber
 =====

Herr von Rohr nahm an der ersten Versammlung der Nationalen Rechten 1946 in Hamburg teil. Er lebte zu dieser Zeit in Schleswig-Holstein, hatte aber schon Kontakt mit NW, um hier Fuß zu fassen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Schmitt, Hannover (heute wohnhaft auf Sylt), Steuer, Reichstagsabgeordneter im III. Reich und Bürgermeister von Recklinghausen, Chapeaurouge aus Hamburg, von Oster^{ow} aus Hamburg, Borck etc.

Von Rohr versuchte, den Namen "Konservative Partei" durchzusetzen, scheiterte jedoch. Zu einer eigenen Organisation gelangte die Nationale Rechte nicht. Lediglich in Hannover baute von Thadden einen kleinen Apparat auf. Es blieb der Partei daher bei den Wahlen in NW 1950 nichts anderes übrig, als mit der FDP ein Bündnis einzugehen, das Middelhaufe schloß. So kamen von Rohr, Piepenbrink, Steuer und Hirschfeld in den Landtag. Sie nahmen zwar an den allgemeinen Fraktionssitzungen teil, von den taktischen Beratungen der FDP waren sie jedoch ausgeschlossen. Den härtesten Widerstand gegen das Bündnis mit der Nationalen Rechten leistete Altenhain.

Steuer konnte sich wider Erwarten persönliches Ansehen verschaffen, außerdem übte er direkten Einfluß auf von Thadden aus, der im Bundestag saß.

Der erste Präsident des westfälischen Bauernverbandes nach dem Kriege, Hollmann, sei eine unbedeutende Figur gewesen. Nachfolger war Antonius von Oer. Luster-Haggenev habe im Bauernverband keinen Einfluß ausgeübt.

Staatssekretär Rombach - Innenministerium - 19.4.1967 (Besuch)

Rombach legte in seiner Tätigkeit als Staatssekretär einen großen Wert auf das Schwissen und die Erfahrung sowie die Allgemeinbildung seiner Beamten. Er bezeichnete sich selbst als einen alten Beamten preußischen Types. Er war 1923/24 als Regierungspräsident von Aachen mit der Separatistenabwehr beschäftigt, wurde daraufhin ausgewiesen, und finanzierte dennoch deutschfreundliche Zeitungen in Eupen und Malmedy. 1933 verlor er sein Amt, am 20. Juli 1944 mußte er nach Pöggendorf in Westfalen fliehen, um vor der Gestapo unterzutauchen, die vermutet hatte, daß er in das Attentat gegen Hitler verwickelt war. Im April 1945 wurde er einem amerikanischen Offizier als der Herr Regierungspräsident vorgestellt und kurze Zeit später wurde er von den Amerikanern zum Oberbürgermeister von Aachen ernannt. Die Labourregierung setzte ihn zusammen mit Adenauer 1945 wieder ab. Er kam daraufhin 1948 in das Innenministerium unter Menzel.

Rombach schätze Menzel als Fachbeamten sehr. Er hielt ihn für einen objektiven Politiker, der auch bereit war, Entwicklungen, die seiner politischen Linie entgegenliefen, anzuerkennen. Allerdings müsse man einrechnen, daß Menzel unter dem Druck seiner Partei gestanden habe. Flecken sei als Innenminister auf Grund seiner Erfahrungslosigkeit nicht geeignet gewesen, während er als Finanzminister besser war. Daher habe er, Rombach, die Hauptarbeit für Flecken übernehmen müssen. Er habe ihm vor allem den Schriftverkehr mit den politischen Parteien und Abgeordneten überlassen, während er selbst sich um die Organisation des Behördenaufbaues kümmerte. In dieser Zeit habe er, Rombach, vor allem Einfluß auf die Entstehung des Polizeigesetzes von Nordrhein-Westfalen genommen, wobei es ihm gelungen ist, die Dezentralisierung der Polizei und ihre Kommunalisierung zu Gunsten einer strafferen Führung durch das Innenministerium zu verhindern. Außerdem habe er versucht, das Schulkollegium als eine überflüssige und teure Behörde abzuschaffen, dies sei ihm aus politischen Gründen nicht gelungen.

Ministerialrat S c h e e l - Kommunal-Abteilung
Innenministerium - Besuch am 22.7.1967.

Scheel kam im Herbst 1945 aus Kriegsgefangenschaft zurück, wurde zunächst beim Gemeindeprüfungsamt des Regierungsbezirks angestellt und dann im August 1946 in die neu zu gründende Kommunalabteilung des Innenministeriums berufen. Die Vorarbeiten zur Konstituierung des Ministeriums dauerten bis Oktober 1946. Scheels Hauptarbeit konzentrierte sich im ersten Jahr allein auf die Gemeindefinanzaufsicht und den Gemeindefinanzausgleich. Die Abteilung war mit ihren 4 Beamten (Scheel, Braunöhl, Kottenberg und Jansen) zu schwach besetzt, um auch noch die allgemeine Rechtsaufsicht über die Gemeinden zu wahren. Diese wurde von den Regierungsbezirken übernommen. Allerdings waren die Beamten später bei den Regierungsbezirken ebenfalls klein und schlecht vorgebildet, so daß das Innenministerium zwangsläufig eine Reihe von Aufgaben zusätzlich übernehmen mußte. Der Kontakt zwischen Gemeinden und Innenministerium war nie so eng, wie zu dieser Zeit.

Seit 1942 wurde die Gewerbeertragssteuer gemeinsam mit der Einkommenssteuer unmittelbar durch den Staatsapparat erhoben. Die Gemeinden zogen nur noch die Grundsteuer, die Schanksteuer, die Luxussteuer und die Gebühren ein. Nach 1945 waren die Grundsteuern den Hausbesitzern sehr häufig erlassen, da die Gebäude zerstört waren und die Grundstücke keinen Ertrag brachten. Die Gemeinden waren somit fast vollkommen auf die Zuweisungen des Landes angewiesen und so kam es notwendigerweise, daß der Innenminister über die Finanzzuweisungen und den Finanzausgleich einen starken Einfluß auf die Gemeinden nehmen konnte. Dieser Einfluß wurde vom Finanzminister Weitz bestritten und Weitz hätte es gerne gesehen, wenn Scheel und Braunöhl mit ihrer Abteilung dem Finanzministerium angegliedert worden wären,

um ~~damit~~^{elwaic} die Fachleute der Gemeindeaufsicht in der Hand zu haben.

Die personelle Situation in den Regierungsbezirken war dermaßen schlecht, daß Scheel für den Regierungsbezirk Düsseldorf von 1946 bis Ende 1947 die Finanzaufsicht weiterführte, da der Leiter der Kommunalabteilung des Regierungsbezirks, ein ehemaliger Bürgermeister aus Zell a.d. Mosel keine Erfahrungen im staatlichen Dienst besessen hatte. Außerdem mußte Scheel nebenbei die nationalsozialistischen Vermögen in den Gemeinden registrieren und den Nachfolgeinstitutionen zuweisen.

Der Aufbau der Gemeinden nach 1945 vollzog sich in fünf Phasen:

1. Wiederherstellung des Finanzwesens und gleichzeitig Enttrümmerung der Städte.
2. Winterfestmachung der Wohnungen. Dieses Programm wurde von den Engländern ausdrücklich befohlen. Es entbehrte aber aller deutscher rechtlicher Grundlagen und verlief nach dem Prinzip, aus zwei Teilen eins zu machen. Es war klar, daß hierdurch eine große Menge an Personen geschädigt wurden und hinterher Ansprüche an den Staat und die Gemeinden stellten. Hatten nun die Gemeinden auf Grund der englischen Anordnungen gehandelt, dann mußten sie durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gezwungen, Schadenersatz leisten. Hatten sie selbständig und ohne englischen Befehl gehandelt, dann musste das Land zahlen, weil in einem solchen Falle das Reichsleistungsgesetz gültig war.
3. Stillstand des Wiederaufbaus in den Gemeinden (1946-48), da die Arbeitskräfte fehlten und die

Menschen nicht mehr bereit waren, an öffentlichen Aufgaben zu arbeiten. Sie zogen es vor, Schwarzmarktgeschäfte zu betreiben.

4. Wiederherstellung der Schulen, der Kanalisation und der Krankenhäuser (1948).
5. Wiederbeginn eines umfangreichen Wohnungsbaues.

Man kann bei diesen fünf Phasen keinesfalls von einer Planwirtschaft sprechen, wie sie von den Kommunisten betrieben wird, sondern vielmehr nur von Bewirtschaftung und Lenkung des Baumaterials. Es sind keine längerfristigen Ziele abgesteckt worden, systematische Berechnung über die Bereitstellung des Materials und der Arbeitskräfte fehlten und die Verteilung der Aufgaben wurde von Fall zu Fall geregelt. Es wurde ad hoc gewirtschaftet, gerade wie das Material vorhanden war. So konnte die Währungsreform ohne Planungsschwierigkeiten für die Gemeinden eingeführt werden.

Die Zusammenarbeit mit den Engländern war im allgemeinen gut. Scheel hatte mit dem korrespondierenden Offizier, Oberst King und Mr. Ross engeren menschlichen Kontakt. King hatte in England eine ähnliche staatliche Funktion wie Scheel und beschränkte sich daher auf einen engeren Gedankenaustausch über die Probleme der Gemeindeaufsicht. Ross war Steuerberater in England, verstand nichts von Arbeit des Ministeriums und ließ daher die Deutschen arbeiten, wie sie wollten. Er unterschrieb bedenkenlos alle Pläne über den Finanzausgleich der Gemeinden, die Scheel ausgearbeitet hatte und gab das Geld, das von den Engländern zu dieser Zeit verwaltet wurde, jedesmal ohne Einwände frei. Außerdem schenkte er Scheel häufig Nahrungsmittel und Zigaretten, so daß zuletzt ein familiärer Kontakt zwischen

- 4 -

ihnen zustande kam. Scheel sagte, daß die Mentalität der jüngeren deutschen Beamten noch sehr von der Mentalität des "Organisierens" wie sie bei Soldaten üblich war, geprägt war. Sie seien alle so skrupellos gewesen, sich die Dinge, die sie benötigten, bedenkenlos zu besorgen. So habe er selbst einmal einen Teppich aus dem Zimmer des Regierungspräsidenten herausgenommen - selbstverständlich ohne zu fragen - um damit ein Loch im Fußboden seines Dienstzimmers, das eine Granate geschlagen hatte, abzudecken. "Ein Stadtkämmerer, der später in der Bundesrepublik eine große Rolle gespielt hatte" (wahrscheinlich Globke) habe ihm, Scheel, einmal gesagt, er habe ^{zwischen 1894} für seine Stadt außer Ehebruch, Mord, schweren Diebstahl und Einbruch alle Vergehen begangen, die im Strafgesetzbuch stünden.

1. Regierungspräsident Baurichter soll vor 1933 persönlicher Referent Karl Severings gewesen sein. Innenminister Menzel habe die Tochter Severings durch Baurichter kennengelernt und diesen 1947 als Regierungspräsidenten nach Düsseldorf geholt (Nachfolge Necker).
2. Menzel sei gegen eine Änderung des herkömmlichen Beamtenrechts gewesen und habe Wolfgang Schmidt dem Personalreferenten in seinen Plänen zu einem neuen Beamtenrecht nicht unterstützt. Nachdem Schmidt aus dem Innenministerium ausgeschieden sein, sei er nach Ansicht Scheels Vorsitzenden des SPD-Parteibezirkes Dortmund geworden. Nach Schmidt war kurze Zeit der *Präsident des Landesrechnungshofes (Grünpe) Personalchef im Innenministerium. Dessen Nachfolger war Maus.

*spätere

46. Mai 1949.

-5-

- 5 -

3. Die Regierung der Nordrheinprovinz war nach Scheels Ansicht personell und materiell eigentliche die Nachfolgerin des Preußischen Provinzialverbandes, zumal die Provinzregierung in Koblenz nach 1945 aufgelöst worden sei. Fuchs und Lehr seien daher sowohl Oberpräsidenten als auch "Landeshauptleute" gewesen. Dies entsprach der Tendenz nach 1945, das Land von unten her, d.h. von der Selbstverwaltung her aufzubauen.

4. Die Gemeindeordnung vom 1.4.1946 brachte eine Reihe Umstellungsschwierigkeiten und in deren Gefolge Machtkämpfe zwischen den Verwaltungsbeamten der Gemeinden und den Räten. Viele Oberbürgermeister sind auf Grund dessen und weil sie keine "Stadtschreiber" sein wollten, aus Nordrhein-Westfalen in andere Bundesländer abgewandert.

Spittlerbergel

Gespräch mit Ministerialrat S c h e e l
am 19.7.1967

Min. Dir. Fraenkel war Jude und Kommunist. Er galt als der schönste und eleganteste Mann des Innenministeriums. Als die Wiedergutmachung im großen Stile anlief, übernahm er diese Abteilung. Die Wiedergutmachungsabteilung habe zuvor zur Kommunalabteilung gehört, da man anfangs geblaut hatte, daß die Wiedergutmachung von den Städten erledigt werden könne. Ihr Ausmaß wurde zu Beginn nicht richtig eingeschätzt. Fraenkel glaubte sicherlich, daß er als Leiter der Wiedergutmachungsabteilung den Juden und Kommunisten besser helfen könne. Als die KPD verboten wurde, mußte Fraenkel das Innenministerium verlassen. Gehalt plus Ministerialzulage wurden ihm auf Grund eines Gerichtsurteils weiterbezahlt. Nachfolger Fraenkels in der Kommunalabteilung war Min. Dir. Triebel, der dann als Staatssekretär in der Staatskanzlei in Aussicht genommen war. Wandersleb ging zu dieser Zeit nach Bonn. Dieses Projekt zerschlug sich, weil die CDU die ersten Landtagswahlen gewann und das Staatssekretariat der Kanzlei nicht einem SPD-Mann anvertrauen wollte.

23 U
DR. SCHETTER
OBERLANDESGERICHTSPRÄSIDENT a. D.

ZS/A-57 - 164
5 KÖLN-BRAUNSFELD
WIETHASESTRASSE 12 17. Februar 65
RUF 432170

An das Hauptstaatsarchiv v
Abt. Ministerialarchiv NW
Düsseldorf

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Eing.: 18. FEB. 1965
TCO-NR. 23-11 XVIII 16 79 298/65

Zu St.A Nr. A XVIII 1 b 4977/64.
Auf das Schreiben vom 12. d.M.

Sehr geehrter Herr Archivdirektor !

Ihre neuerliche Bitte um Mitarbeit bei der Dokumentation des Wiederaufbaus der Rechtspflege im Lande NRW hat mich nochmals die Möglichkeiten der Materialbeschaffung durchdenken lassen. Mein Gedächtnis an das Geschehen der ersten Nachkriegsjahre ist zwar noch ungetrübt. Die schriftliche Niederlegung der Erinnerungen stößt aber auf unüberwindliche Schwierigkeiten, denen auch durch ein Diktaphon oder eine Schreibhilfe nicht abgeholfen werden kann. Zur Zuverlässigkeit meiner Darstellungen müßte ich vieles durch das Material nachprüfen, das auf allen Bibliotheken der Gerichte zur Verfügung steht. Der Weg zu diesen Quellen ist mir aber durch körperliche Mängel der Beweglichkeit u. den Rückgang meines Augenlichts versagt. Ich sitze in der Einsamkeit meiner Häuslichkeit seit einem Jahr fast unbeweglich, kann also keine Fahrten unternehmen, u. kann Gedrucktes und Maschinentypographie nicht mehr lesen.

Stammfunktion
Siehe Nach-
laß Kasse -
Böhmer)

Da aber die Entwicklung der Rechtspflege in allen OLG-Bezirken gleichmäßig verlaufen ist u. die Behördenchefs auf einander abgestimmte Mitteilungsblätter herausgegeben haben, könnte doch wohl in mehreren Bezirken der Versuch unternommen werden, geeignete Mitarbeiter für Ihre Ziele zu gewinnen. Der Bezirk Köln hatte allerdings den besonderen Vorzug, in der Größe der Zerstörung der Gerichtsgebäude den ersten Platz einzunehmen. Ausser dem Amtsgericht in Düren, das erst im Krieg als Neubau fertig geworden war, sind sämtliche Gerichtsgebäude des Bezirkes Köln so restlos untergegangen, daß sie alle neu aufgebaut werden mußten.

Abgesehen davon haben sich beim geistigen Wiederaufbau der Rechtspflege in den verschiedenen Teilen des späteren Landes NRW kaum Unterschiede bemerkbar gemacht, zumal nachdem die Verfassungen von Bund und Ländern im Kraft getreten waren und die Minister den Besatzungsbehörden immer mehr Aufgaben aus der Hand nahmen.

Eine normale Entwicklung des Wiederaufbaus ist nur dadurch sehr erschwert worden, daß die Besatzungsbehörden das Kapitel "Entnazifizierung" selbst in die Hand nahmen u. dadurch die personelle Besetzung der Gerichte--in einzelnen Fällen für mehrere Jahre--hintanhielten. Ihre Beauftragten waren vielfach Beamte niedrigster Stufen in ihrem Heimatlande u. an der Beschleunigung ihrer Funktionen nicht interessiert.

Über alle diese Hindernisse einer Normalisierung der Rechtspflege nach Deutschen Muster könnte jeder Justizbeamte ein Buch schreiben, der die Zeit mit erlebt hat.

Ich bitte mir hiernach meine Absage nicht zu verübeln und gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie eine andere geeignete Kraft ausfindig machen werden.

Mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener

F. Schöten

DR. SCHETTER
 OBERLANDESGERICHTSPRÄSIDENT a. D.

5 KÖLN-BRAUNSFELD
 WIETHÄSESTRASSE 17 20. Dezember
 RUF 43 21 70 1964.

Hauptstaatsarchiv
 Düsseldorf

Eing.: 21. DEZ. 1964

St. A. Nr. 23 - AXVIII 16 - 4977/61

Sehr geehrter Herr Professor !

Ihr Brief vom 12. d. M., indem Sie mich bitten, bei der Beschaffung dokumentarischen Materials auf dem Gebiete der Rechtsentwicklung im Lande NRW seit dem Zusammenbruch behilflich zu sein, stellt mich vor eine schwere Entscheidung. Nicht so sehr wegen der von Ihnen vorgetragenen Wünsche, sondern vielmehr wegen meiner körperlichen u. geistigen Leistungsfähigkeit für eine solche Mitwirkung. Ich bitte, zu bedenken, daß ich kurz vor Vollendung meines 85. Lebensjahres stehe u. durch Alterserscheinungen in der Bewegung, im Sehen u. Hören stark behindert bin. Wenn auch mein Gedächtnis für die erbetene Mitarbeit noch intakt ist, versagen die Kräfte des Augenlichts u. des Gehörs in zunehmenden Maße. Ich darf mir nicht zumuten, meine Häuslichkeit ausser in dringenden Fällen mit fremder Hilfe zu verlassen u. bin zum Einsiedler geworden, dem alle Freunde abgestorben sind. Dazu kommt aber folgendes:

a) Meine Tätigkeit als Chef der Justizverwaltung fällt in die Zeit von Mai 45 bis August 48, also in die Zeit der Geltung des Besatzungsstatuts, wo es keine andere staatliche Autorität gab als die Besatzungsbehörden, die auf den verschiedenen Stufen des Nachkriegsrechts durch Kontrollratsdirektiven u. Gesetze u. Verordnungen der Zonenbefehlshaber in alle Bereiche des Volkslebens diktatorisch eingriffen. Zu meiner Amtszeit gab es noch kein Grundgesetz u. keine Bundes- u. Länderregierungen. Es handelte sich für die Besatzung u. für die Hüter Deutscher Interessen fast ausschließlich um die Wiedereinrichtung zerstörter Gebäude u. deren Besetzung mit geflüchteten Beamten.

Wenn man von dem Kapitel der Entnazifizierung absieht, war der Verkehr mit allen Stellen der Besatzung, den legal adviser aller Stufen korrekt u. förderlich. Erst nach Beendigung meiner Amtszeit konnten die Ministerien der Justiz in Bund u. Ländern dem eigentlichen Wiederaufbau der Justiz ihre Kräfte widmen. So bin ich für die Sammlung dokumentarischen Materials eine zeitlich sehr bescheidene Fundgrube.

b) Hinzu kommt weiter, daß ich im letzten Jahr eine Generalbereinigung meiner Bücherei u. Aktensammlungen vorgenommen und mich von allem überholten Ballast befreit habe. Was ich übrig ließ, liegt meistens auf Gebieten ausserhalb der Rechtspflege. Wenn ich einen Bericht über das Recht der Besatzungszeit schreiben sollte, so würde mein Erinnerungsvermögen dafür wohl ausreichen, es fehlte mir aber der Zugang zu den in den Gerichtsbibliotheken aufgestapelten Gesetzmateriale. Mein Nachfolger im Amte Herr OLG-Präsident Prof Dr. Korintenberg, wegen Krankheit ausgeschieden u. in Godesberg lebend u. mehr als 20 Jahre jünger als ich, war mehrere Jahre mein Stellvertreter im Amte u. konnte einen vollständigen Überblick über die Rechtsentwicklung seit 1945 geben.

c) In meine Amtszeit fallen Bestrebungen, die nicht vergessen werden sollten u. darauf hinausliefen, für das Land Nordrhein nur einen OLG-Bezirk zu bilden mit dem Sitz in Düsseldorf zu bilden u. damit dem Bezirk Köln seine Selbständigkeit zu nehmen. Dieser, alle^r historischen Bedeutung Kölns für das Recht am Rhein ins Gesicht schlagende Plan scheiterte am Widerstand der Besatzungsmacht, die sich der hohen Würde des bis in die französische Zeit zurückreichenden Appellationsgerichtes Köln nicht verschließen konnte. Andererseits gelang es mir damals nicht, die Landgerichtsbezirke Koblenz u. Trier zurückzugewinnen. Eine solche Lösung war gegen die Härte der Auffassungen in der französischen Zone nicht durchzusetzen.

Meine eingangs vorgetragenen Bedenken gegen meinen gesundheitlichen Zustand zwingen mich nach reiflicher Überlegung, Ihnen meine Mitwirkung an der verdienstvollen Aufgabe einer Dokumentensammlung zu versagen. Ich wollte aber diese Absage nicht aussprechen, ohne auf Möglichkeiten hinzuweisen, die den gleichen Weg zu dem erstrebenswerten Ziele in die Hand jüngerer Kräfte legen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

J. Schetter
Schetter wurde 1948 Vorsitzender des Prüfungsausschusses
für die Ansprüche der Gewerkschaften.

Er war persona grata ersten Rang's bei den Briten.

CNW 53 - 432. Schreiben des Legal Div. v. 6. 12. 1948)/Ing.

Gespräch mit Schmitt-Degenhardt, Regierungspräsident
am 3.8.1967

Schm. arbeitet ab Januar 1947 in der Personal- u. Organ.-Abt. der Oberfinanzdirektion in Münster unter Dr. Moll und Oberfinanzpräsident Bispinck ist ein vornehmer, zurückhaltender, äußerst genauer und exakter Beamter gewesen, der zur Pedanterie neigte.

Er war gegen die Aufteilung der Reichsfinanzverwaltung 1949 in eine Landes- und Bundesverwaltung, weil er glaubte, die Zweigleisigkeit könne nicht funktionieren. Er und Schm. hatten darüber mit Höpker-Aschoff lange Debatten. Er brachte die Oberfinanzdirektion in Münster, die im gleichen Gebäude, wie der Oberstadtdirektor Zuhorn saß, sehr früh in Schuß. So gründete er auch die 1. Finanzschulen - nach dem Vorbild der Reichsfinanzschule, die Staatssekretär Reinhardt im 3. Reich konstituiert hatte und Schm.-D. hielt dort Kurse ab, der früher schon Dozent einer solchen Schule gewesen war.

Die Oberfinanzdirektion begann auch das Staatsbad Bad Oeynhausen aus der engl. Verwaltung herauszulösen und an sich zu ziehen.

Die Einheitlichkeit des materiellen Steuerrechts versuchte die Finanzleitstelle der Zone aufrechtzuerhalten. Auch haushaltsmäßig erhielt die Oberfinanzverwaltung ihre Anweisung von dort.

Vom Finanzministerium blieb die Dir. bis Ende 1947/Anfang 1948 weitgehend unabhängig. 1948 besuchte Weitz zum ersten Mal die Dir. Zur gleichen Zeit kamen die ersten Erlasse, die aber viel stärker auf die Verhältnisse in Köln und Düsseldorf als auf die in Münster *zugeschnitten waren*

Um das materielle Steuerrecht kümmerte sich der Min. kaum. In personellen Fragen versuchte er Einfluß auszuüben, der aber so schwach war, daß Bispinck Pläne hegen konnte, die sich um seine Nachfolge drehten. So dachte er, Moll werden Bispincks Nachfolger und Schm. der Molls.

Weitz hat ~~dann~~ 1948 ~~später~~ ^{mit} befohlen, daß Schm.-D. das Finanzministerium übernehmen würde.

Blücher war nie in Münster gewesen.

Die Oberfinanzdirektion hat die Reflexe von den Kämpfen um die Hochbauverwaltung, die zwischen dem Aufbau und dem Finanzministerium tobten, gespürt. Ebenso versuchte die Dir.

die Verwaltung der Einrichtungen des Landschaftsverbandes nach dem Vorbild der Nordrheinprovinz an sich zu ziehen und geriet daher in heftigsten Streit mit B. Salzman. Salzman war ein vitaler Westfale, der mit Energie die Aufrechterhaltung seines Verbandes betrieb. Er war ein guter Trinker, der serienweise Schnaps zu sich nehmen konnte und dann auch lospolierte. Die Absicht der Oberfinanzverwaltung war weniger Düsseldorfs Zentralisierungstendenzen zu fördern, sondern bestand darin, die Reichsverwaltung und die die Beamten sehr stolz waren, auszuweiten, denn von der Landesverwaltung halten sie nicht sehr viel.

Besuch bei Dr. Hans Schreiber - Geschäftsführer der CDU Rheinland
am 25.10.1967

1. Adenauer versuchte 1946 mit allen Mitteln zu verhindern, daß
daß der heutige Verleger Heinen die Lizenz für die Kölner
Rundschau bekommen sollte. Kein Mittel der Intrige soll ihm
gut genug gewesen sein, um dieses Ziel zu erreichen. Die
Feindschaft Adenauer - Heinen stammte noch aus der Zeit vor
1933, als Heinen Geschäftsführer der kommunalpolitischen
Vereinigung der ZP gewesen war und damals personalpolitische
Entscheidungen getroffen hat, die dem Oberbürgermeister Adenauer
nicht genehm waren.

2. Schreiber, der Sekretär des Zentrums in Düsseldorf vor 1933
gewesen war, kannte sowohl Arnold als auch Gockeln, die beide
als Gewerkschaftsführung in Spannung untereinander lebten.
Schreiber hatte häufig zwischen ihnen ausgleichen müssen.
Arnold sei der "schwächere", aber auch der "edlere" von beiden
gewesen. Er habe zu leicht nachgegeben. Die Abwehr der
ständigen Intrigen Adenauers nach 1945 hätten ihn, den sensib-
len Mann, sehr belastet. Sein starkes Rauchen sei nicht zuletzt
darauf zurückzuführen.

So wie Dr. Leo Schwering die Geschichte der CDU-Gründung in
seinem Buch darstelle, stimme sie nicht. Ein Teil der aufge-
lösten Zentrumsorganisation habe sich in die MIVA gerettet
und ⁽ⁱⁿ⁾ da den Krieg überdauert. Gerade dieser Teil habe 1945
wieder zur Verfügung gestanden. Außerdem habe Schwering 1945
bei der Gründungsversammlung in Köln am liebsten wieder die
"Zentrumsfahne" gehißt und sei nur auf Zureden seiner Freunde
zurückgehalten worden. Man habe ihm damals vor Augen gestellt,
daß mit der Auflösung des Zentrums 1933, diese Partei, die
sich kampflös ergeben habe, in der Tat tot sei und man nicht

wieder bei einem "Leichnam" beginnen könnte. Diese rückblickende Haltung Schwerings habe dazu beigetragen, seine Wahl zum Vorsitzenden der CDU des Rheinlandes 1946 zu verhindern.

Außerdem habe Schwing sicherlich nicht die Kraft und das Talent besessen, eine größere Partei zum Erfolg zu führen.

Holzappel hatte ^{im Jahr} 1946 zur Gründung der Zonen-CDU eingeladen. Als man sich versammelt hatte, sagte Adenauer, die Versammlung brauche ^{ein} einen Alterspräsidenten und er setzte sich ohne weitere Frage ^{oder} folgende Antwort ^{als Präsidenten} auf den Präsidentenstuhl. An eine Wahl des Zonenvorsitzenden der CDU dachte er nicht, sondern tat in der Folge so, als ob er der legitime Vorsitzende sei. Holzappel, der von seiner ehrgeizigen Frau angetrieben wurde, soll ihm diese Affäre nie verzeihen haben. Adenauer übergab Holzappel ebenfalls in der Frage der Nachfolge Heinemanns als Bundesinnenminister und zog ihm Lehr vor. Holzappel wurde daraufhin Botschafter in der Schweiz.

Seine derzeitigen Aussagen (Okto. 1967) vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages in der HS 30 - Affäre, die für die CDU, Walter Hallstein und den ehemaligen Staatssekretär Lenz sehr belastend sind, sollen nach Schreibers Meinung eine späte Rache des Enttäuschten sein. Holzappel gibt an, vor der Firma Hispano - Suiza und deren Praktiken gewarnt zu haben, nennt Bestechungssummen an hohe CDU-Politiker und Beamte und spricht von Geldsummen, die für Einkäufer der Panzerwagen verwendet wurden. Außerdem wurden von ihm Waffengeschäfte genannt, die Bonner Politiker mit Schweizer Schiefern abgeschlossen haben sollen.

Besuch bei Herrn Dr. Schuchardt in Amorbach am 5.10.1967

1. Zur Entlassung Oberregierungsrat Schröders.

Schröder wurde ganz überraschend aus dem Amte entlassen. Erst nach einiger Zeit tauchten die Gründe dafür im Innenministerium langsam auf. Es hieß, der Innenminister Menzel habe erfahren, daß Schröder ein Schriftstück angelegt habe, in dem Menzel negativ beurteilt wurde. Als Schröder in Urlaub war, habe Menzel daraufhin dessen Dienstzimmer durchsuchen lassen und diese Aufzeichnung gefunden. In ihr soll sich Schröder darüber beklagt haben, daß Menzel Gast bei der Hochzeit "Dr. Sven Nansens alias Zech-Nenntwich" gewesen sei, obwohl inzwischen bekanntgeworden sei, daß Zech-Nenntwich ein Hochstapler und Agent der Engländer war.

2. Schuchardt ist der Ansicht, daß Menzel einen geradezu "femininen" Charakter gehabt haben sollte. Als z.B. Juden, die in Wohnungen evakuierter Deutscher eingezogen waren, deren Möbel als Wiedergutmachung verlangten, habe Ministerialdirigent Frenkel Menzel einen Erlaß vorgelegt, der diesen Anspruch legitimieren sollte. Schuchardt hat als Justitia der Landesregierung diesen Erlaß abgelehnt, da er unrechtmäßig sei und außerdem nicht die geeignete Form der Wiedergutmachung bedeute. Frenkel habe daraufhin Menzel gesagt, es finde in Düsseldorf in Kürze ein Kongreß der Juden statt, und Menzel sei dort als Redner vorgesehen. Vor diesem Druck wich der Innenminister und unterzeichnete den Erlaß. Menzel habe in ähnlicher Form zunächst einmal der Umbenennung der Hindenburgstraße in Düsseldorf (heute Heinrich-Heine-Straße) sich widersetzt, sei aber dann von Ministerialdirigent Vogels überredet worden und habe den Erlaß, den er schon abgelehnt habe, trotzdem hinterher unterzeichnet. Die Akte dieses Vorganges sei später verschwunden gewesen. Schuchardt

meinte, daß man hier die Erinnerungen an einen peinlichen Vorgang beseitigen wollte.

Das Verhältnis Menzels zu Ministerialdirektor Jenner sei nicht besonders gut gewesen, da Jenner vor allen Dingen in Fragen des Verfassungsentwurfes von Vogels übergangen worden sei. Jenner sei darin aber nicht schuldlos gewesen, da er selbst keine Initiative entwickelt habe. Er sei ebenfalls in Personalfragen von Wolfgang Schmidt überspielt worden. Schmidt sei früher Landrat gewesen, habe dieses Amt aber wegen irgend welcher Frauengeschichten verloren. Schuchardt hatte einmal den Auftrag von der Staatskanzlei, gegen Schmidt, der zu diesem Zeitpunkt in Frankfurt tätig war, Ermittlungen anzustellen, um belastendes Material festzuhalten. Schuchardt hatte schon Zeugen vernommen, als Schmidt diese Aktion zu Ohren kam. Sie mußte abgebrochen werden und Schuchardt war der Leidtragende. Übrigens hatte er ebenfalls einmal den Auftrag, gegen den Minister Dr. Otto Schmidt zu ermitteln. Auch diese Angelegenheit führte zu keinem Ende.

3. Das Verhältnis Arnolds zu seinem Ministerialdirektor Mohr war sehr eng. Arnold stand nämlich in vielen Fragen der Verwaltung ganz im Gegensatz zu dem Finanzminister Weitz nicht über den Dingen. So habe er sich gerade in der Frage von Gnaden gesuchten hoher nationalsozialistischer Führer kleinlich gezeigt. Diese NS-Leute waren 1945 ohne Gerichtsurteil eingesperrt worden und hatten dann 1948 oder 1949 nach ihrer Aburteilung Gnadengesuche an den Ministerpräsidenten gerichtet. Der Justizminister und Schuchardt hatten diese Gesuche befürwortet, um diese komplizierten Fälle aus der Welt zu schaffen. Arnold habe ihnen aber nur insoweit zugestimmt, als er die NS-Führer nicht kannte. NS-Leute, die ihm während des 3. Reiches persönliche Schwierigkeiten gemacht hatten, hat er nicht begnadigt.

- 3 -

4. Der 1. Leiter der Staatskanzlei Wandersleb war leut Schuchardt ein guter Organisator, der seine Aufgaben rasch vorantrieb, aber dennoch " Wildwestmethoden" nicht abgeneigt war. Die tägliche Kleinarbeit im Büro lag ihm nicht, sondern er zog vor, stets in der Welt herumzureisen. Exakte Ausführungen und Entscheidungen zu kleinen Probelemen der Routinegeschäfte erhielten seine Beamten selten. Sie mußten lange antichambrieren und erhielten dann nach einem langen Redeschwall keine Antwort. Schuchardt meinte, Wandersleb habe über den Dingen geschwommen. Ähnlich sei Schröder gewesen, der sich mehr um die große Politik gekümmert habe als um seine Aufgabe im Ministerium. Die Aktenberge schob er einfach vor sich her, und überließ sie unerledigt seinem Nachfolger Schuchardt.

5. Der englisch Einfluß auf die Gesetzgebung Nordrhein-Westfalens wird von Schuchardt ziemlich groß beurteilt. Alle Angelegenheiten, die englische Interessen berührten, mußten der Besatzungsmacht vorgelegt werden. Da die deutschen Beamten häufig nicht wußten, was die englischen Interessen berührte, legten sie praktisch alles vor. In mündlichen Gesprächen machten die Engländer ihre Ansichten geltend. Diese haben deswegen nur einen geringen Niederschlag in den Akten gefunden, da bei den Verhandlungen selten Protokolle geführt wurden. Der englische Einfluß ist bestenfalls aus der Differenz von Erlaßentwurf und dem tatsächlich veröffentlichten Erlaß zu ersehen.

6. Landgerichtspräsident Becker, zur Zeit in Bonn, war unter Amelunxen als Justizminister im juristischen Prüfungsamt tätig. Er benotete den Sohn Amelunxen's bei einer Staatsprüfung nur mit genügend. Amelunxen war darüber so erbost, daß Beckers Stellung im Prüfungsamt unhaltbar wurde und er nach Bonn versetzt werden mußte.
7. Man hatte in der Staatskanzlei den Eindruck, daß es Ministerpräsident Arnold durchaus recht war, als Wandersleb von Adenauer nach Bonn geholt wurde. Wandersleb hatte sich ^{bei der Einreise} dort einige Affären geleistet, z.B. machte er ohne Zustimmung und ^{ohne} Bezahlung die Villa der Familie Henkel in Unkel zum Gästehaus der Bundesregierung und zog selbst in das schönste Zimmer ein. Noch jahrelang danach wurde über diesen Fall verhandelt, zumal die Familie Henkel die Villa nicht abgeben wollte. Wandersleb requirierte am Venusberg für Kurt Schumacher ein Haus und befahl sogar, dort einen Fahrstuhl einbauen zu lassen, da Kurt Schumacher gehbehindert war. Er wollte damit dem Parteiführer der SPD, der Bonn als Bundeshauptstadt abgelehnt hatte, und Frankfurt ^{vorgezogen} hätte, den Einzug in Bonn schmackhaft machen. Geld spielte dabei für Wandersleb keine Rolle und wenn er ^{keine} ~~kein~~ Geld hatte, dann beanspruchte er Häuser und übernahm wie ohne Kaufvertrag. Aus solchen Aktionen seien später noch eine Reihe von Prozessen entstanden.
8. Die Stellung des Landesrechnungshofes war von vornherein problematisch, da dieser einerseits gezwungen war, die Ministerien zu überwachen, andererseits aber sein ^{er} Beamtenstab von den Ministerien bezog, so daß der Präsident des Landesrechnungshofes stets auf das Wohlwollen der Minister angewiesen war. Erst die Jahresberichte, die der Landesrechnungshof dem Landtag vorlegte, verschafften ihm einiges Gewicht, da öffentliche Debatten über unlautere Finanzpraktiken den Ministers unlieb waren, auch wenn aus ihnen keine konkreten Folgerungen gezogen wurden. Bei großen Finanzvergehen konnte

- 5 -

der Landesrechnungshof kaum Einfluß nehmen, da die wichtigste Kontrollinstanz, der Landtag, meist von der Mehrheit beherrscht wurde, die auch die Minister stellte. Der Landesrechnungshof wird daher vor allem nur bei kleinen Finanzvergehen, Schuchardt meinte, etwa unter 300 Mark, wirksam. Schuchardt war

zeitweise Beamter des Landesrechnungshofes, aus dem er als Abgeordneter ausschied.

Interview mit Herrn Ministerialrat Dr. Ernst Schuchardt

Zur Erhebung des Verwaltungsgerichtsbarkeit:

9 An der Beratung über die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Minden habe ich teilgenommen, und zwar im Auftrage von Minister Menzel. Menzel war durchaus dagegen, daß jeder Verwaltung^{stät} angefochten werden konnte und vor die Gerichte kommen sollte. Seiner Ansicht nach genügte es, wenn nach der Vorentscheidung der Verwaltungsbehörden nur in einer Instanz ~~am~~ die Gerichte tätig werden würden, so, wie das früher der Fall war, nur mit dem Unterschied, daß die Verwaltungsgerichte nicht mehr dem Regierungspräsidenten wie früher unterstanden.

Gegenüber dem späteren Präsidenten des Landesrechnungshofes Schrader, der bei den Engländern großes Ansehen genoß und Verwaltungsgerichtspräsident in Berlin war, konnte sich Menzel aber nicht durchsetzen. Schrader war als Präsident des Verwaltungsgerichtes in Berlin, bei den ganzen Verhandlungen mit den Engländern maßgeblich beteiligt, auf Grund seiner Erfahrungen, die er hatte. Er war damals Präsident des Verwaltungsgerichts in Berlin, er kam dann, nachdem er herausgekommen war, wurde er Ministerialdirigent im Innenministerium und später Präsident des Landesrechnungshofes. Die Verwaltung war bei den damaligen Verhältnissen auf die Kraftfahrzeuge angewiesen. Dieses Angewiesensein brachte es mit sich, daß rigoros Kraftfahrzeuge beschlagnahmt wurden, obwohl man außer Zweifel sein konnte, daß das Reichsleistungsgesetz noch bestand. Später ergaben sich daraus viele Prozesse. Besonders schwierig war das Arbeiten deshalb, weil das geeignete Verwaltungspersonal fehlte. Dies brachte es mit sich, daß nicht nur reine Rechtsfragen, sondern daß alle Fragen, die sonst ein geübter, mit der Verwaltung bekannter Verwaltungsmann die Sachen erledigte, jetzt mir zur Stellungnahme vorgelegt wurden, was zur Folge hatte, daß ich in Arbeit einfach ertrank. Der Westdeutsche Fußballverband und die anderen Sportverbände im Jahre 1948 trugen an die Regierung ~~an die Regierung~~ ^{an die Regierung} ein Toto zu genehmigen. Das Kabinett hat sich ~~dermaßen~~ ⁶⁵ dagegen ausgesprochen, sie lehnten es ab, in ihrem Lande ein Glücksspiel zu eröffnen. Im Zuge dieser Verhandlungen ~~trat~~ ^{trat} dann der ~~Sport~~ ^{Westdeutsche} Fußballverband eines Tages an mich heran und erklärte mir, wenn bis Übermorgen die Genehmigung zum Toto nicht gegeben würde, würde Niedersachsen die Genehmigung hierfür erteilen und was die Folgen hätten, daß alle Einsätze von Nordrhein-Westfalen

- 2 -

nach Hannover abwandern würden. Auf diese Erklärung hin suchte ich Minister Menzel auf, der damals gerade im Landtag war, und hielt ihm Vortrag über diese Sache, worauf die Genehmigung dann erteilt wurde. Die Frage, wem der Landesrechnungshof unterstellt werden sollte, ist lange hin und her beraten worden. Ein Teil war dafür, den Landesrechnungshof dem Ministerpräsidenten zu unterstellen, die anderen dem Innenminister und ein Teil dem Landtag. An Hand von Vorkommnissen, die sich in einem anderen Land ereignet hatten, wurde dann ein Gesetz, das hierüber entscheiden sollte, nicht zustande. So ist es bei dem alten Zustand geblieben, wohnach die Beamten, vom Landesrechnungshof, die zum Landesrechnungshof kommen sollten, von dessen Präsidenten vorgeschlagen wurden und daß sie aber der Genehmigung des Ministerpräsidenten bedürften und der Zustimmung des Landtages.

F Bayern

Besuch bei Dr. Leo Schwering am 9.10.1967 in Köln

Schwering ist noch heute stets über seinen ehemaligen Gegner Adenauer gebeugt und sucht mit ihm ins reine zu kommen. Er bemüht sich, zumindest für die Öffentlichkeit, um ein positives Bild zu dem Manne, der ihn mit nicht ganz fairen Methoden 1946 um den Vorsitz in der rheinischen CDU brachte. Schwering meint, Adenauer sei metaphysisch verankert gewesen, er habe Nächte darüber gegrübelt, da er nicht mehr als 4 Stunden schlafen konnte und sei sich der Verantwortung seiner schweren Entscheidungen bewußt gewesen. Das große an der Person Adenauers sei die Gelassenheit gewesen, mit er Schicksalsschläge und politische Angriffe ertragen habe. Das Verbot der Engländer, das Adenauer 1945 alle politische Tätigkeit untersagte, habe ihn zuneächst aus der Bahn geworfen. Erst am 4. Dezember 1945 wurden Restriktionen für ihn wieder aufgehoben und es gelang ihm, mit Hilfe von Scharmitzel, der ihm freundlich verbunden war, wieder Fuß in der CDU zu fassen. In den Führungskreisen der CDU war man sich im klaren, daß ein solcher Mann, der vor allem eine der besten Kenner der christlichen Gewerkschaften war, obwohl er viel weiter rechts stand, unbedingt ein Amt haben müsse. Schwering bezeichnete den 6. Januar 1946 als die "Macht-ergreifung" Adenauers in der CDU und als den Beginn seiner politischen Nachkriegskarriere. Er zeigte mir einen Brief, gleichen Datums, den Adenauer an Karl Arnold, Christine Teusch und Scharmitzel geschrieben hatte, und in dem er seine politische Konzeption in großen Zügen niedergelegt hatte. Leider ^{nach} sich mich Schwering diesen Brief nicht vollständig lesen.

Adenauer hatte die Person, ^{an} die er geschrieben hatte, kaum gekannt. So schrieb er den Namen Arnold mit einem s, Arnolds, und setzte laut Aussage Schwerings andere CDU-Mitglieder in Positionen hinein, von denen er ~~nach~~ garnicht wußte, daß sie existierten. Es sei die Methode Adenauers gewesen, einfach über die Menschen zu verfügen, ohne zu fragen, ob sie damit einverstanden seien.

- 2 -

Auf meine Frage, wie es gekommen sei, daß Karl Arnolds sich so rasch nach vorne gearbeitet habe und 1947 schon Ministerpräsident werden konnte, sagte mir Leo Schwering, Arnold habe ein repräsentatives Auftreten gehabt und sei auch bei Ausländern wegen seines "herrenmäßigen Aussehens" aufgefallen. Dieses sei im Grunde die banale Ursache seines Aufstieges. Im übrigen habe Arnolds sich zu Tode geraucht. Von Verwaltungsarbeit habe er nichts verstanden und Schwering fügte hinzu "woher soll er es auch gewußt haben?"

Dr. Vix. 19.10.67

112

Politischer Werdegang Karl Arnolds

Arnold hatte sich schon vor 1933 als Kartellsekretär der christl. Gewerkschaften in Düsseldorf einen guten Namen erworben, so daß der damalige Reichskanzler Brüning ~~sich~~ sich an ihn nach dem Kriege erinnerte. Arnold galt neben Theodor Blank und Schrage nach 1945 als der unbestrittene Führer des Gewerkschaftsflügels der CDU.

Da er im Dritten Reich verfolgt worden war, war er auch bei den Briten persona grata. Zusammen mit seiner Position als Oberbürgermeister von Düsseldorf hatte er somit eine unbestreitbare Führungsstellung in der Partei. Als bei der Bildung der Landesregierung die Frage der Besetzung des Landtagspräsidentenamtes aufkam, war man in der CDU-Fraktion der Meinung, daß der Landtagspräsident, der vor allem den Landtag zu organisieren habe, mit den Düsseldorfer Verhältnisse besonders vertraut sein müsse. Bei der Besprechung hinter der Bühne des Henkel-Saales wurde die Frage an die beiden wichtigsten CDU-Abgeordneten von Düsseldorf Gockeln und Arnold gestellt. Arnold lehnte von vornherein ab, während Gockeln sich bereit fand, dieses Amt zu übernehmen. Und damit blieb Arnold für die Kandidatur des Ministerpräsidentenamtes frei. Die Hauptspannungen zwischen Arnold und Adenauer tauchten in dem Augenblick auf, als sich Arnold für eine Koalition mit der SPD im Sommer 1947 entschied. Adenauer wünschte dagegen, einen härteren Kampf und eine größere Distanz von der Sozialdemokratie und dem linken Flügel des Zentrums, für welchen sich Amelunxen entschieden hatte. Arnold mußte der Koalition wegen der SPD Zugeständnisse in der Frage der Bodenreform und der Sozialisierung der Industrie machen, obwohl er selbst zu diesem Programm nicht neigte. In der Regierung Arnold tendierte der Landwirtschaftsminister Lübke zunächst sehr stark zur Bodenreform und geriet darüber mit Adenauer in Spannungen. Erst später hat Lübke seine Meinung zur Bodenreform geändert.

Zur politischen Tätigkeit Adenauer 1945/46.

bei den Landes- steller-Beziehungsbeziehungen ist bekannt

Das Verbot der Briten, daß Adenauer jegliche politische Arbeit im Reg. Bezirk Köln untersagt sei, umging dieser, indem er seine Besprechungen außerhalb des Regierungsbezirks abhielt. Es war in jener Zeit noch nicht eindeutig entschieden, ob er der CDU oder dem Zentrum beitreten sollte, da er noch nicht abschätzen konnte, welcher der beiden Parteien die Zukunft gehören werde.

In der Frage des Vorsitzes der Rheinischen CDU, die im Jan. 1946 auftrauchte, konnte Adenauer, die Mehrheit der einflußreichen Parteimitglieder gewinnen, da diese den konservativen Führungsstil Leo Schwerings, der sich noch auf seine Erfahrungen aus dem Zentrum stützte, ablehnte. Schwingung war zu sehr vom Apparat des Zentrums her geprägt worden, während Adenauer immer die Distanz zu dieser Partei gewahrt hatte. Adenauer besaß außerdem die größere politische Beweglichkeit und konnte somit über den Traditionen, denen die alten Zentrumsführer verhaftet waren, stehen, vor allem die CDU Köln war, wie sie 1945 entstand, eine Wiederbelebung des alten Zentrums mit einer gewissen Öffnung zur evangelischen Kirche hin. In der CDU glaubte man, daß diesen Zustand überwunden werden müsse. Außerdem erwartete man von Adenauer, daß es ihm gelänge, CDU und Zentrum zu fusionieren. Allerdings gelang ihm dieses Ziel nicht, er konnte aber in den folgenden Jahren durch seine harte Haltung das Zentrum schwächen.

~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~

Die junge Union:

Herr Dr. Six hatten schon im Okt. 1945 Besprechungen mit Adenauer über das Problem des Nachwuchses der Partei aufgenommen.

Seiner Erinnerung nach kam der zugkräftige Name "Junge Union" nicht im Rheinland, wo sich die CDU-Jugendgruppen andere Namen gegeben hatten, besonders in Hamburg auf. Schriftliche Unterlagen über den Gründung und erste Zusammenfassung aller zur CDU tendierenden jungen Kreise werden kaum vorhanden sein, da 1945/46 bei den Verantwortlichen kaum die Lust und die Möglichkeit zum Schreiben bestanden hatte. Junge Union wurde auch nicht durch den Vorstand der CDU organisiert, sondern sie entstand vielmehr aus

einer Intekration gleichgesinnter Jugendlicher in der britischen Zone. Sie wurde in Düsseldorf vor allem von Gockeln gefördert. Die Hauptlast der Arbeit trugen im Rheinland Herr Korsten und Herr Dr. Six, die es bei den schwierigen Zugverbindungen auf sich nahmen, organisierend und werbend im Lande herumzureisen. Nachdem unter dem Einfluß der Briten häufig geübten Organisationsprinzipien der Teilung von Geschäftsführung und politischer Spitze übernahm Korsten als erster das Landessekretariat und Dr. Six den Vorsitz. Nachfolger Korstens wurde Herr Braun. Auch Dr. Lörens aus Köln war an der Organisation der Jungen Union beteiligt, wechselte aber 1947 ins Zonensekretariat der CDU über. Dr. Six meinte, die Junge Union sei in der ersten Zeit "eine echte Bewegung" gewesen, die ^{sich} ~~ähn~~ durchaus häufig im Gegensatz zu den älteren Politiker der Weimarer Zeit bewegte.

Demontage

Die Demontage war in den Augen der ^{CDU} Fraktion das schwerwiegendste Problem der Nachkriegspolitik. Sie nahm insgeheim eine zwiespältige Stellung ein. Einerseits mußte sie nach außen gegen die Demontage ^{opferieren}, andererseits war sie der Ansicht, die Engländer sollten ruhig die alten Maschinen abbauen; denn bei einem erhofften Wiederaufbau ^{würden} sie durch ^{neue} ersetzt. Zudem waren die Maschinen nicht selten durch die Ingenieure der betreffenden Fabriken unbrauchbar gemacht, indem unpassende Maschinenteile ^{untereinander} verpackt worden waren.

Ein besonders aufsehenerregender Fall war die Demontage der Kammfabrik Dr. Krekelers, eines FDP-Abgeordneten. Ein britischer Wirtschaftsoffizier hatte sie nach England ^{schaffen} lassen, um sie zu eigenem Nutzen arbeiten zu lassen. Die CDU und FDP spielten diesen eklatanten Fall hoch und wandten sich an General Bishop, der ein einsichtiger Mann gewesen sein soll. Bishop sorgte dafür, daß die Kammfabrik auf Kosten des Offiziers wieder nach Deutschland zurücktransportiert und Dr. Krekeler übergeben wurde.

MS

- 4 -

Die Haltung der Kommunisten im Landtag zum Demontageproblem war doppelbödig. Öffentlich ^{traten} ~~machten~~ sie in ihren Reden ^{gegen} die Demontage mit dem Argument der ^{folgenden} Arbeitslosigkeit auf, intern aber ging bei ihnen die Meinung um, daß es den Kapitalisten nicht schade, diesen Besitz zu ^{festhalten} ~~festhalten~~. Sicherlich erhoffen sie sich ^{3??} ~~3??~~, die sie zum kommunistischen Umsturz auszunutzen gedachten. Der Wiederaufbauminister Paul habe diese Haltung nicht geteilt. Er sei wie Römer ein Mann gewesen, mit dem man ^{ver-} ~~ver-~~ handeln konnte. So brauchte Dr. SIXX ^{SIXX} einmal für ein Auto der CDU 2 Reifen. Er ging zu Römer, der ihn nach dem Zweck des Wagens frage. Als Dr. Six angab, er sei für die Arbeit der CDU, habe Römer sogar 4 Reifen angeboten.

Verständlich

Verhältnis Adenauer - Lehr:

Der Verhältnis Adenauers zu Lehr war seit der Weimarer Zeit sehr gespannt. Für den Oberbürgermeister Adenauer war Köln die Stadt der alten, gewachsenen rheinischen Kultur, Düsseldorf dagegen der Parvenü unter den Städten. Oberbürgermeister Lehr sah in Düsseldorf die jungen aufstrebende Stadt. Es kam zu kleinen Rivalitäten und Angriffen. Dr. Six kennt eine Szene bei einem Essen, wo Adenauer in der Toastrede sagte: Der Neandertaler habe wohl in Düsseldorf gelebt, es habe ihm aber dort nicht gefallen und so sei er ins Neandertal gezogen. Lehr hat (in Anspielung auf Adenauers Kopf) entgegnet: Der Neandertaler habe auch in Köln gelebt, das sähe man heute noch an gewissen Schädelformen. Adenauer habe Lehr diese Bemerkung nicht vergessen.

Das ist ein...
F. G. ...
für ...
w. ...

Lehr war ^{allezeit} in der CDU nicht zu übergehen. Er genoß bei dem konservativen Flügel der Partei großes Ansehen, verstand es, mit den Engländern umzugehen und verfügte über eine große Verwaltungserfahrung. Zudem unterhielt er gute Beziehungen zu den Wirtschaftskreisen Düsseldorfs und des Ruhrgebietes, und galt als Repräsentant der protestantischen Gruppen ^{außerhalb} ~~außerhalb~~ der CDU-Partei.

(Wie war das Verhältnis Schröder - Lehr?)

Nachdem Heinemann, der aus Rücksicht auf die Essener Industrie zum Innenminister ernannt worden war, zurückgetreten war, konnte Adenauer nicht umhin, ihn ^{Lehr als} zum Nachfolger im Innenministerium zu ^{empfehlen} machen. Da Lehr ein guter Verwaltungsfachmann war, war er am rechten Platz.

Innenminister Menzel:

^{die in Reichsministerbefragungen konstante gewesen sei}
 Menzel hatte innerhalb der SPD-Fraktion eine unangreifbare Position. Durch seinen Schwiegervater Carl Severing, war er ^{mit} in die Vorgänge um das Ende der Weimarer Republik ^{eingeführt} eingeführt. Er war ^{sehr} sehr ~~kenntnisreich~~ ^{kenntnisreich} und hatte Anteil am Ansehen seines Schwiegervaters. Wenn Severing im Landtag redete, dann sei es ganz still geworden. Er habe aber auch in vorbildlicher Weise aufmerksam allen Reden zugehört. Menzel habe sich als Minister ^{vor seinen Referenten} vor seinen Referenten für Personalfragen W. Schmidt gestellt. Die Angriffe der anderen Parteien auf diesen Mann, der sehr fleißig und auch kenntnisreich gewesen sei, hätten sich dann auf Menzel gerichtet, als dieser nicht ^{abließ} abließ, Schmidt zu ^{schützen} schützen. In den letzten beiden Jahren sei ^{seine} seine Position ^{allgemein} langsam unhaltbar geworden. Die Erfüllung seines Wunsches, ein Bundestagsmandat zu erhalten, habe seinen Rücktritt als Minister erleichtert.

^{Für die problematische Politik}

Besuch bei Ministerialrat Sporrer am 25.1.1968

1. Die abnehmende Bedeutung der britischen Kontrolloffiziere aus dem Public Safety Branch habe sich aus den Sitzungen ablesen lassen.

Zuerst habe der Brite rechts neben dem Chef der Polizei gesessen. Dann sei er in der Sitzordnung immer weiter nach unten gerückt und zuletzt habe man ihm einen "Katzentisch" in eine Ecke des Raumes gestellt und man habe sich um seine Anwesenheit nicht mehr gekümmert.

2. Daß die Briten nicht darauf bestanden, die Generalklauseln wie "Gefahr im Verzug" (§,14 des Polverges.) zu konkretisieren und präziser zu definieren, habe nach Sporrer daran gelegen, daß sie nach Trennung der Ordnungspolizei von der Sicherheits- und Kommunalpolizei keine Notwendigkeit dafür mehr gesehen hatten. Die Macht der Polizei sei in den Augen der Engländer dermaßen eingeschränkt gewesen, daß von den Generalklauseln keine Gefahr mehr ausgehen konnte.
3. Bei der Entstehung des Gesetzentwurfes von 1953 hatten vor allem die Gemeinden darauf gedrängt, die Polizei weitgehend zu kommunalisieren. Das sei eine Machtfrage gewesen. Die Gemeinden argumentierten, daß sie Einfluß auf die Polizei wollten, weil sie einen Teil der Kosten trügen.

Ministerialrat Stöckert, Finanzministerium, Haushalts-
 abteilung - Besuch am 5.5.1967 -

Stöckert kam im Sommer 1947 aus Berlin. Poerschke, der Blücher kannte, und von diesem nach Düsseldorf geholt wurde, zog ihn nach. Er war damals Oberregierungsrat und bearbeitete die Vermögensverwaltung des Reiches und Preußens, sowie die Organisation der Bergarbeiterwohnungen.

1. Vermögensverwaltung

Das Reichsvermögen mußte 1947 zunächst erst einmal sichergestellt und verzeichnet werden. Die alten Registraturen und Listen waren 1945 in Berlin verlorengegangen oder den Russen in die Hände gefallen. Stöckert erinnert sich noch, daß Teile des ehemaligen DAF-Vermögens den Gewerkschaften übergeben wurden.

2. Besatzungskosten

Es waren im Laufe der Jahre erhebliche Mißstände in der Verwaltung der Besatzungskosten durch die Engländer eingetreten. Die englischen Offiziere waren vor allem darauf aus, sich zu bereichern und ^{sich} in luxuriöse Quartiere einzugardieren. Dadurch stiegen die von der deutschen Verwaltung zu leistenden Besatzungskosten ins Unerträgliche. Dr. Rother, Referent im Finanzministerium, stellte daraufhin eine Denkschrift zusammen, die der Minister Weitz in einer kühnen Aktion in die Öffentlichkeit brachte. Der Skandal zwang die englischen Militärs, ihre Forderungen zu mäßigen.

3. Stöckert empfand, die englische Besatzungspolitik als fairer und toleranter als die amerikanische, die sich um die kleinsten Details kümmerte. Die Engländer befahlen in vielen Bereichen das, was ihnen die deutschen Beamten vorgearbeitet und eingesuggeriert hatten.

4. Stöckert meinte, Greinert sei einer der wichtigsten Beamten im Finanzministerium gewesen. Er sollte die Hauptinitiative bei allen finanzpolitischen Unternehmungen ergriffen haben, während Kitz sich darauf beschränkte, die Vorlagen zu unterzeichnen.

5. Stöckert sagte, die jüngeren Beamten, vor allem diejenigen, die aus dem Osten und aus Berlin kamen und keine Wohnungen besaßen, konnten sich wie gewöhnlich selten um Politik kümmern. Die Beschäftigung um den Erhalt der eigenen Existenz überschattete sogar ihre dienstlichen Geschäfte. Die Einheimischen, die in etablierten Verhältnissen lebten, ausreichende Wohnungen besaßen, Beziehungen zu Bauern unterhalten konnten, hatten eine größere Chance, materiell unbelastet Politik zu betreiben. Solange z.B. die Familie Stöckerts noch in Berlin lebte, während er schon in Düsseldorf arbeitete, durfte er ihr kein Geld schicken. Darum sparte er seine Essensmarken und tauschte alles, was er besaß in Brot um und schickte dieses Brot nach Berlin, wo seine Frau einen kleinen Handel damit betrieb. Nachdem seine Frau nach Düsseldorf gezogen war, lebte er von ihr getrennt in verschiedenen möblierten Zimmern. Erst längere Zeit danach gelang es ihm auf linksrheinischem Gebiet eine Wohnung zu finden. Da aber zu diesem Zeitpunkt die einzige Brücke, eine Pontonbrücke, durch Eisgang zerbrochen war, mußte er seine Möbel über Köln auf linksrheinisches Düsseldorfer Gebiet bringen. Den gleichen Umweg mußte der Lastkraftwagen machen, der die Kantine des Wiederaufbauministeriums mit den täglichen Mittagsrationen versorgte.

Stöckert

Besuch bei Landtagsvizepräsident Dr. S t r o d t h o f f , Bochum
am 17.7.1968

=====

Vor 1933 lebte Herr Strodthoff in Hannover als Schriftleiter. Er gehörte wie Höpker-Aschoff der "Volksnationalen Reichsvereinigung" als Mitglied an und unterstützte 1930 den gescheiterten Versuch, eine liberale Partei der Mitte zu gründen. Zu dieser Zeit hatte er Auseinandersetzungen mit dem Gauleiter der NSDAP Rust und dem späteren preußischen Justizminister Kerrl sowie dem Gründer der Gestapo Diehls, der damals als Beamter in Peine lebte. Diehls wurde übrigens von der NSDAP als Spitzel in das preußische Innenministerium geschickt.

Rust gelang es 1933, Strodthoffs Entlassung durchzusetzen. Dieser verließ danach den "Gau Hannover" und zog nach Bochum. Nach dem Kriegsdienst war er 1945 beim Kultusministerium bei Adolf Grimme tätig und gehörte zu den Mitgründern der FDP. 1947 kam er wieder nach Bochum, wo er den Kreisvorsitz der FDP übernahm, die nur sehr wenige Mitglieder zählte. Bei den Kommunalwahlen war er sehr überrascht, daß seine Partei überhaupt in das Stadtparlament kam.

Zusammen mit Middelhaue förderte er ab 1950 die Öffnung der FDP nach rechts, um das brachliegende Wähler- und Mitgliederpotential auszuschöpfen. Gegner dieser Politik war vor allem Altenhain als Altliberaler. Es kam zu harten Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei, während der Strodthoff mit Billigung von Middelhaue durch alle Verbände reiste, um die Linksliberalen und Rechtsliberalen wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Blücher, ein Gegner Middelhaues, versuchte, den Erfolg der Reise zu torpedieren und sprach davon, "Middelhaue sende seine Leute in die Verbände."

Dieser Kurs führte zur Verschmelzung der "Nationalen Rechten" unter Steuer und von Rohr mit der FDP. Von Rechenberg stand dagegen noch weiter rechts. Middelhaue selbst war durch den Bruch der Koalition zwischen FDP und CDU 1956 weitgehend isoliert worden. Er hatte ihn als einen "Treuebruch gegenüber Arnold" abgelehnt.

Staatssekretär T i l l i m a n n
Landwirtschaftsministerium

Besuch am 22. Juni 1967

1. Zu dem ersten Landwirtschaftsminister Heukamp:

Der Rücktritt Heukamps geht vor allem auf seine mangelnden Kontakte zu den westfälischen Bauernverbänden zurück, die als erste sich wieder reorganisiert hatten. In Westfalen lebte die Organisation des Reichsnährstandes im großen und ganzen nach 1945 fort. Es wurden nur die Anführer und die Namen geändert. Im Rheinland dagegen war die Organisation des Reichsnährstandes durch die Kämpfe im Herbst 1944 und im Frühjahr 1945 weitgehend zerstört worden. Die Bauern sahen zuerst zu, daß ihre zum Teil erheblich vernichteten Höfe und Ländereien wieder in Ordnung gebracht wurden. Heukamp versuchte, nach seinem Mißerfolg mit den westfälischen Bauernverbänden bei der Zentrumsparlei Rückendeckung zu finden. Die Zentrumsparlei war allerdings nicht stark genug. (Anmerkung Dr. Hüttenberger: Hinzu kam noch die Krise der Brotversorgung im Herbst 1946).

2. Zu Lübke:

Auch Lübke hatte zunächst Schwierigkeiten mit den Bauernverbänden. Er vermochte sich aber durch beharrliches Taktieren durchzusetzen. Bekannt war Lübke unter den Bauern als der "Rote Lübke", ein Spitzname, der auf seine rote Haarfarbe und seine sozial fortschrittliche Gesinnung zurückging, die ihn bei den konservativen Bauern unbeliebt machte. Lübke fand Unterstützung bei Arnold, mit dem er harmonisch zusammenarbeitete. Außerdem trug Lübke

50 hartnäckig seine Ideen im Kabinett vor, so daß Spiecker, der Minister für zonale Angelegenheiten, einmal gesagt haben soll, „Lübke sei wie ein Dampfer, der die Minister solange durch einen brennenden Reifen springen lasse, bis sie mit ihm übereinstimmen.“ Seine Taktik war es, bei Konferenzen alle Argumente bis zum Ende ausdiskutieren zu lassen. Wenn sich nach stundenlangen Verhandlungen die Gegensätze immer noch nicht aufgelockert hatten, dann ließ er Alkohol servieren. Die Methode, alle Argumente zu drehen und zu wenden, bis sie völlig durchleuchtet waren, ergab gut ausgewogene Erlasse, denen Interessengruppen zustimmen konnten. So arbeitete Lübke umsichtig, beharrlich und hartnäckig und setzte seinen Willen auch gegenüber den Engländern durch. Die Zeit von 1947 bis 1953 war seine große Zeit; leider machten sich heute Ermüdungserscheinungen bei ihm bemerkbar. Im Verhältnis zu Wirtschaftsminister Nölting waren die Spannungen nicht allzu groß, zumal Nölting ein brillanter Redner gewesen sein soll, aber zu den konkreten Fragen der täglichen Probleme wenig zu sagen hatte.

Lübke war sehr früh der Ansicht, daß die Planwirtschaft im Bereiche der Ernährung gelockert werden müßte. Er setzte diese Vorstellung langsam durch. Er war der Ansicht, daß man die Bauern, deren Disziplin nach dem Zusammenbruch gering geworden war, schwerlich mit Zwangsmaßnahmen einschüchtern und kontrollieren könne. Er wollte sie daher durch Anreize zu einer höheren Produktion bewegen. So hat vor allem der heutige Staatssekretär Hüttenbräuer den sog. „Getreidewert“ erfunden. Das Ablieferungssoll

der Bauern wurde danach nicht im detail berechnet, sondern nach dem Getreidewert. Es wurde ihnen nicht vorgeschrieben, wieviel Eier, Schweine, Getreide und Gemüse sie abzuliefern hätten, sondern eine Pauschal-summe, wonach sie sich auswählen konnten, welche Mengen ihrer Einzelprodukte sie abgeben ^{mussten}. Man versuchte damit das Abgabesoll der Bauern der Struktur ihrer Betriebe anzupassen.

3. Dr. Dr. Müller vom Landesernährungsamt trat 1946 zurück, da es zu Spannungen mit seinem Stellvertreter Heymann gekommen war. Müller beschäftigte sich dann mit Politik und ließ sich in den Landtag wählen. Tillmann sagte, er sei ein schwieriger Mann gewesen. Heymann führte zunächst das Landesernährungsamt weiter bis dieses von Dr. Waitz übernommen wurde. Die Zusammenarbeit zwischen dem Landesernährungsamt, das nach 1949 kontinuierlich abgebaut wurde, war recht vertrauensvoll.

F ~~hat~~ dem Ernährungsamt ~~überlassen~~ ~~war~~

4. Biernat vertrat vor allem die Bodenreform, die die Engländer im Sinne hatten. Die Engländer glaubten, mit der Auflösung des Großgrundbesitzes das „berückichtigte Junkertum“ und den deutschen Militarismus zu treffen. Für Westfalen traf diese Auffassung nicht zu, da der Adel keinen umfangreichen Großgrundbesitz hatte und wenn er Ländereien besaß, dann war es Streubesitz, der seit Jahrhunderten verpachtet war. Die Verordnung über die Bodenreform war von den Engländern schon entworfen und bestätigt, die deutschen Ausführungsbestimmungen lagen vor, aber die Durchführung verzögerte sich unter dem Druck der Amerikaner, bis das Projekt in den fünfziger Jahren

auf Betreiben Tillmanns fallengelassen wurde.

5. 1948 im Frühjahr fand im Stahlhof zu Düsseldorf die entscheidende Ernährungskonferenz, die die Wende brachte, unter Lübke statt. Englische, amerikanische Offiziere waren auch eingeladen, anwesend ^{verantwortlich} war Hans Böckler von den Gewerkschaften und der bayrische Ernährungsminister Niklas. Die Ernährungskrise war zu diesem Zeitpunkt auf ihrem Höhepunkt. Nordrhein-Westfalen hatte kein Gramm Fett mehr in den Lagern. Die Alliierten warfen den Deutschen vor, die Landwirtschaft habe versagt. Lübke wehrte sich mit allen Mitteln und die Gewerkschaften drohten mit den Generalstreiken. Erst als Niklas versprach, in Bayern pro Person 24 Gramm Fett einzusparen und an Nordrhein-Westfalen zu liefern, konstatierten die Gewerkschaften die Solidarität unter den deutschen Ländern. Böckler machte sich noch in der Nacht um 11 Uhr stark, den Streik abzuwenden. Er brauchte eine weitere Stunde, um die Streikführer zu überreden. Für die Alliierten war dies das erste Anzeichen, daß Deutschland in dieser Lage nicht zu belassen sei, und sie begannen danach mit den ersten großzügigen Hilfslieferungen.

6. Zwischen 1946 und 1948 setzten die Engländer die Deutschen zuweilen unter Druck, indem sie sagten, daß sie die Menge ^{des von dem Preis} zu wenig abgelieferter Nahrungsmittel von ihren Importen abzögen. Die deutschen Behörden hielten daraufhin die Vorräte zurück und wenn die Engländer darangingen, ihre Drohungen wahrzumachen, warfen sie die aufgestauten Vorräte mit einem Male auf den Markt und verlangten nun, daß die

Engländer die Überproduktion auch honorierten. Bei solchen Methoden ist es verständlich, daß eine geordnete Ernährungswirtschaft kaum möglich war. So ist z.B. auch die Einfuhr von Maisgetreide auf einen Übersetzungsfehler zurückzuführen. Die Engländer forderten von den Amerikanern „Corn“ an, worunter sie Getreide verstanden. Die Amerikaner verstehen unter „Corn“ Mais und Futtermittel. Obwohl die Amerikaner zu diesem Zeitpunkt selbst über wenig Futtermittel verfügten, rafften sie dieses zusammen und lieferten es. Diese Geschichte, die vor einigen Jahren durch die Presse ging, wurde Tillmann durch einen hohen amerikanischen Offizier, der in der Ernährungswirtschaft tätig war, bestätigt. Besondere Schwierigkeiten machte zunächst der Deutschlandminister Hynd, der ein sehr rücksichtsloser und uneinsichtiger Mann gewesen sein soll. Sein Nachfolger, Minister Pakenham war dagegen hilfsbereit. General Baraclough war allgemein als „Kommisskopf“ bekannt. Schwierigkeiten machten auch vor allem die Landsknechtstypen unter den englischen Offizieren. Dagegen führten viele Engländer, nachdem sie Vertrauen gefaßt hatten, die Deutschen Behörden am langen Zügel.

7. Nach Tillmann beruhte der Zusammenschluß der Nordrheinprovinz und der Provinz Westfalen vor allem auf wirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Überlegungen. Zur Anregung der Kohleproduktion war die Förderung der Bergarbeiter notwendig, die wiederum weitgehend von der Ernährungslage abhing. So gab es zwei Landesernährungsämter Westfalen und Nordrhein, deren Grenzen das Ruhrgebiet durchschnittlich

Organisatorisch war dadurch die Kohleförderung beeinträchtigt. Man errichtete zur Überbrückung das Haupternährungsamt Ruhr. Das Präsidentenamt des Landesernährungsamtes war gewöhnlich eine Domäne der SPD.

8. Im großen und ganzen war die Landwirtschaft bereit, das Plansoll, das ihr auferlegt wurde, abzugeben. Die Engländer rechneten mit einer besseren Abgabeldisziplin der deutschen Bauern, so wie sie es von zuhause her gewöhnt waren. Diese Vorstellung war falsch, da die Bauern durch zwei Weltkriege und ihre Katastrophen demoralisiert waren. Zur Prüfung der Abgaben standen zwei Kontrollteams zur Verfügung. In Westfalen wurde das eine Kolonne "Marquart" genannt.
9. Tillmann war beim Reichsernährungsministerium beschäftigt, wurde dann beim Landesernährungsamt Unna beschäftigt und kam mit Minister Heukamp nach Düsseldorf. Er arbeitet 3 Tage in der Woche in Düsseldorf, den Rest der Woche in Unna. Der Arbeitstag aller Beamten in der Ernährungswirtschaft dauerte gewöhnlich von 1/2 8 Uhr morgens bis 11 Uhr abends.

F r i t z , Dieter - 2.4.1968
=====

Herr Fritz stand der Familie Tillmann sehr nahe. Er berichtete, daß Staatssekretär Tillmann dem christlich-sozialen Flügel der CDU angehört, sehr eng mit Lübke und der Familie Arnold befreundet war. Tillmanns Tochter sollte sogar Gottfried Arnold heiraten. Als diese Ehe nicht zustande kam, lockerten sich die Beziehungen zwischen beider Familien.

Die Weigerung Lübkes, Frau Clara Faßbender die Annahme eines französischen Ordens zu verwehren, soll auf einen Brief Tillmann zurückgehen, in dem dieser Lübke abriet.

Abschnitt Ministerialdirektorat Volkmann

ZS/R-57 - 197

22. 1. 1968

(1950)

Der 1. Referent erbringt zum neuen Polizeiverwaltungsrecht ein ^{Wort} ~~Wort~~ eine Kombination von Organisationsrecht und materiellem Polizeirecht.

Wie es dem Landtag vorgelegt wurde, wurde Carl Severing ein, daß dieser Weg zu schwer sei, um das Gesetz durchzuführen und wirksam zu machen. Er schlägt vor, zunächst nur ein Organisationsgesetz vorzulegen. Das geschah.

Es war ein Laie, nicht gehört die Polizeidirektion des zersplitterten Poloz auf die Hand des Ministeriums zu bekommen. Die Polizeidirektion suchten vor 1950

Sich die Engländer um Hilfe, wenn sie den Anweisungen des Innenministeriums nicht folgen wollten.

Der unabhängige Sekretariat konnte mit Hilfe der

Etats und der jetzt Finanzierungsweisungen besetzt werden.

1) Ministerpräsident Spanner teilte mir am 25.1 mit,
 daß Lorchelkes einen großen Einfluß auf die Polizeigesetz-
 gebung ^{1952/53} gewonnen habe.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Telefongespräch mit Ministerialdirigent Vollmer vom 6.3.1968

Vollmer erwähnte folgende Punkte:

1. Die Briten hatten einen großen Respekt vor den Entscheidungen eines Parlamentes - auch eines deutschen. Als bei der Gründung des Polizeiausschusses Hagen die Meinungen zwischen dem britischen Kontrolloffizier und den Deutschen kontrovers waren, ließ der Oberbürgermeister abstimmen. Der Brite beugte sich anstandslos dem Ergebnis, das gegen ihn ausfiel.
2. Regierungspräsident Fries soll nicht viel wert gewesen sein.
3. Bis 1949 gab es im Innenministerium nur einen Inspektor, der den Polizeietat bearbeitete. Vollmer nahm sich der finanziellen Seite der Polizeiverwaltung besonders an.

Gespräch mit Oberst Walker, Frau Bardenhewer, Frau Humphrey
am Sonntag, dem 31. März 1968

Frau Humphrey, Chefdolmetscherin der Britischen Militärregierung, beschrieb die erziehungspolitische Situation der britischen Zone folgendermaßen:

In Schleswig-Holstein spielten die Entnazifizierungsprobleme eine große Rolle, dagegen waren sie in Hamburg und Niedersachsen gering. Im Raume Hildesheim und Oldenburg sowie in Nordrhein-Westfalen bildete die Konfessionsfrage ein heißes Eisen, in den übrigen Gebieten der Zone wiederum nicht. Eine bedrückende Frage sei die soziale Lage der Kinder im Ruhrgebiet, in Hannover und Hamburg gewesen.

Der erste Erziehungsoffizier der Britischen Zonenregierung, Mr. Roddy, sei ein Bürokrat gewesen, der die Probleme durch Verordnungen und Erlasse vom "Grünen Tisch" aus zu regeln versuchte. Es genügte ihm, wenn die Schulen eröffnet waren. Oberst Walker bemerkte hierzu, daß er sich für die sozialen und pädagogischen Sorgen wenig interessiert habe. Der Nachfolger, Sir R. Birley, habe sich anders verhalten, ihn bewegten vor allem die menschlichen Probleme und so habe er die Verwaltung den Administratoren seines Stabes überlassen. Auf die Initiative Sir Birleys seien z.B. die engen persönlichen Kontakte zwischen den Kultusministern Landahl, Teusch und Grimme zurückzuführen, in seinem Hause hätten sie sich häufig getroffen. Dies teilte Frau Humphrey mit und Oberst Walker fügte hinzu, Birley habe sich sehr gerne in Aachen aufgehalten, denn hier seien einmal die sozialen Probleme, durch die geographische Lage bedingt, besonders groß gewesen, zum anderen habe Sir Birley die Karolingische Tradition geschätzt. Scherzhaft bemerkte Oberst Walker, Sir Birley habe daran erinnert, daß zu Karls Zeiten schon einmal ein angelsächsischer Erzieher gelebt habe: Alcuin.

Frau Bardenhewer stellte fest, daß die Entwicklung des Schulwesens in der Nordrheinprovinz und in Westfalen bis zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im Tempo verschieden gewesen sei; in Nordrhein konnten mit der Förderung Oberst Walkers die Schulen rascher als in Münster eröffnet werden, wo der Kanadier, Oberst Savage, mit dem Problem Entnazifizierung nicht zu Rande kam. Gerade durch die Unterstützung Oberst Walkers war es Schnippenkötter möglich, den Eröffnungstermin auf den 1. Oktober 1945 festzulegen. Oberst Walker sagte hierzu, daß es, als er am 1. September 1945 nach Düsseldorf kam, für ihn ein beglückendes Erlebnis gewesen sei, auf gute deutsche Mitarbeiter zu treffen und zu sehen, wie schnell die Schulen zu arbeiten begannen. Die Kulturabteilung der Nordrheinprovinz habe er in der Zusammensetzung komplett vorgefunden und daran nichts mehr geändert. Das sei auch nicht mehr notwendig gewesen, da in der Auslese der Beamten nach strengen Gesichtspunkten verfahren worden sei.

Oberst Walker sagte ferner, von 1945 bis Mai/Juni 1947 habe die Phase der Kontrolle deutscher Behörden durch die Militärregierung gedauert; von da an habe er eine beratende Rolle gespielt und schließlich habe die britische Regierung nur noch mittels der "Brücke" Einfluß auf das deutsche Kulturleben genommen.

Auch in der Zeit der Kontrolle habe er seine Hauptaufgabe darin gesehen, nicht durch Zwangsmaßnahmen in das deutsche Erziehungswesen einzugreifen, sondern durch zahlreiche menschliche Kontakte gestaltend zu wirken. Die Militärregierung habe zwei Wege eingeschlagen, 1. möglichst viele Deutsche nach England zu schicken und 2. durch zahlreiche Tagungen und private Besuche den Deutschen den Geist der englischen Demokratie und des demokratischen Menschen und Erziehungsideals näherzubringen.

Eine unmittelbare Lenkung, wie die Amerikaner sie praktizierten, habe er abgelehnt. Eine der materiellen Voraussetzungen für das Gelingen dieser Politik bildete die ausreichende Ernährung der

Großstadtkinder, die unter den furchterlichsten Bedingungen lebten. Er habe bei seinem ersten Besuch in Aachen selbst feststellen müssen, daß viele Kinder ohne Frühstück zur Schule gekommen seien, da die Väter die wenige Nahrung brauchten, um arbeiten zu können.

Er sei im Frühjahr 1946 nach Bünde gefahren, um dieser Not durch Schulspeisung abzuhelfen. Dies sei ihm nach anfänglicher Ablehnung und Hilfe des Stabes eines Herrn Sinclair gelungen. So wurden an die Kinder sogenannte Pazifikpakete verteilt. Dies waren Rationen, die für die britische Armee im Pazifischen Krieg bestimmt waren.

Auf die Frage nach dem Zustandekommen der ersten Elternabstimmung zur Konfessions- oder Simultanschule antwortete Oberst Walker, die Briten hatten die Konfessionsfrage als äußerst prekär betrachtet und nicht gerne berührt. Mit der erwähnten Abstimmung hatten sie die Entscheidung den Deutschen überlassen wollen. Ob der entsprechende Erlaß zwischen Reddy und Erzbischof Trings besprochen worden sei, wisse er persönlich nicht. Frau Humphrey bemerkte hierzu, sie halte dies nicht für ausgeschlossen, obwohl auf der Konferenz Fr. Reddys mit den katholischen Bischöfen dieses Problem nicht besprochen worden sei. Daß die Labourregierung sich damals eingemischt habe, glaube sie nicht. Oberst Walker sagte hierzu, die Labourregierung habe sich überhaupt um die Erziehungsprobleme in Deutschland nicht gekümmert. Der Regional Commissioner Asbury habe davon und von den deutschen Problemen im allgemeinen wenig verstanden, da er von Beruf Gewerkschaftsbeamter gewesen sei.

Zu den personalen Problemen ergab das Gespräch folgendes:

Schnippenkötter sei sehr gebildet und geistreich, aber in der Durchsetzung seiner Idee zu hart und eng; der Humanismus Minister Grimmes dagegen sei weithersiger gewesen. Schnippenkötters Bezeichnung seines Gedankens, das gesamte Höhere Schulwesen auf

die Ausbildung im Humanistischen Gymnasium abzustellen und zum Studium nur die humanistische Reifeprüfung zuzulassen, als "Nordwestdeutschen Plan" sei "unfair" gewesen. Eine derartig einseitige Erziehung habe der Vielfalt der Begabungen nicht Rechnung getragen. Auch seine Forderung, in allen Schulen das Latein als Grundsprache in der Sexta einzuführen, hätte vor allem in den Mädchengymnasien negative Folgen gehabt, da dann manche Eltern ihre Töchter nicht auf eine höhere Schule geschickt hätten und somit wäre der Prozentsatz an Mädchen auf den Universitäten nicht zu steigern gewesen. Oberst Walker sagte, er habe 1946 aus diesen Gründen Schnippenkötter als Ministerialdirektor im Kultusministerium abgelehnt.

Als 1947 nach dem Abgang Professor Konens die Berufung eines neuen Ministers zur Debatte stand und zeitweise sich die Waagschale zu Gunsten Schnippenkötters neigte, habe er ihn wiederum nicht akzeptiert. Frau Bardenhewer fügte hinzu, daß sie selbst Oberst Walker geboten habe, die Wahl Schnippenkötters zu verhindern.

Dr. Zammers habe als Abteilungsvorleiter Kultur wenig getan und keine rechte Vorstellung von den pädagogischen Problemen gehabt. Deshalb habe er ihn, sagte Oberst Walker, als Ministerialdirektor nicht gewünscht.

Frau Bardenhewer sagte zu Hamacher, daß er Angst vor der eigenen Autorität gehabt habe. Er sei sehr autoritätsgläubig gewesen und in dem Augenblick, in dem er selbst Autorität ausüben mußte, vor der Last der Verantwortung zurückgeschreckt.

Zu Professor Konen sagte Frau Bardenhewer, er sei im Rheinland als vielseitiger, geistreicher und einflußreicher Mann bekannt gewesen. So habe er sich als Minister angeboten. Frau Humphrey fügte hinzu, allerdings sei er mehr im Auto zwischen Bonn und Düsseldorf gewesen als in seinem Amt und habe außerdem häufig die Anträge des Bonner Rektorats als Kultusminister genehmigt (er war zu diesem Zeitpunkt Rektor in Bonn).

- 5 -

1947 habe er eine Frau - (?) - eingesetzt, die internationale Kulturbeziehungen anknüpfen sollte. Diese Frau, die in seinem Ministerszimmer an einem Seitentisch arbeitete und für die keine Planstelle vorhanden war, bemühte sich vor allem um die Wiedereröffnung der deutschen Institute in Rom.

Oberst Walker sagte, er habe im Laufe der Jahre 1947 beobachtet, daß Professor Koenen keine rechte Vorstellung von den Aufgaben des Kultusministeriums besessen hätte und ihm daher nahegelegt, sich wieder auf das Rektorat in Bonn zu beschränken.

Ministerialdirektor Koch wurde von Oberst Walker persönlich geholt. Koch und der Schuldessenent von Arnberg, Müller, wären in der engeren Auswahl für das Amt des Ministerialdirektors gewesen, doch in einem Gespräch mit Koch sei er, Walker, von dessen Ideen überzeugt worden. Koch habe unter dem Einfluß der "Moralischen Aufrüstung" Frank Buchman's gestanden.

Wandersleb 25.1.48

Als Aachen 1944 von alliierten und deutschen Truppen beschossen wurde, war Dr. Wandersleb mit den wertvollsten Akten der Bezirksregierung Aachen und einem Rest von Mitarbeitern nach Waldbröl evakuiert worden. Radiomeldungen über die Behandlung deutscher Beamter, die von Amerikanern eingesetzt worden waren, schreckten vor einem Verbleiben in Aachen ab. Das Oberpräsidium Koblenz hatte sich etwa zur gleichen Zeit nach Bad Honnef zurückgezogen. Von Waldbröl aus wich die Bezirksregierung nach Bad Wildungen aus, wo sie von amerikanischen Truppen überrollt wurde. Da der letzte nationalsozialistische Regierungspräsident Vogelsang untergetaucht war, andere höhere Beamte ebenfalls abwesend waren, galt Dr. Wandersleb bei den Amerikanern als "Führer der Bezirksregierung Aachen" und war ihnen daher suspekt. Sie stellten ihn unter Hausarrest. In dieser Zeit kam das Gerücht auf, daß die Amerikaner Lude zum Regierungspräsidenten von Aachen ernannt hätten. Da Dr. Wandersleb wußte, daß es unmöglich war, ohne die Akten, die er mitgenommen hatte, die Aufbauarbeit zu beginnen, suchte er einen amerikanischen Offizier zu überreden, ihn nach Aachen zu schicken. Dieser war aber nicht in der Lage, 8 Tonnen Akten wegzuschaffen. Er erlaubte aber Dr. Wandersleb, mit den wichtigsten Unterlagen im eigenen PKW die Rückreise anzutreten. Als Dr. Wandersleb wieder in Waldbröl anlangte, empfingen ihn Einwohner mit dem Gerücht, er sei zum Regierungspräsidenten von Aachen ernannt worden und beglückwünschten ihn.

Von einem Beamten des Oberpräsidiums Koblenz erfuhr er demgegenüber, er sei von dem neuernannten Oberpräsidenten Fuchs zum Regierungspräsidenten von Koblenz vorgesehen. Die Amerikaner hatten inzwischen einen Rheinprovinz-Militär-Distrikt gebildet, der das Saarland, die Pfalz, Rhein-Hessen und die preußische Rheinprovinz umfaßte und dem XV amerikanischen Armeekorps entsprach. Dr. Fuchs war am 24. Mai 1945 zum Oberpräsidenten ernannt worden.

Dr. Wandersleb fuhr nach Koblenz, um Fuchs aufzusuchen, traf ihn zunächst nicht, sondern lediglich zwei alte Beamte des Oberpräsidiums, Gildemeister und Dr. Becker sowie eine Sekretärin, eine

- 2 -

Luxemburgerin, die ihn in einer Baracke empfing. Diese zeigte ihm eine Schulkladde, in der auf einer Liste die Namen Adenauer, Dr. Leo Schwing und ein Dr. Wandersleb verzeichnet waren. Als sich herausgestellt hatte, daß er zwar der Gesuchte, dessen Namen aber falsch geschrieben war, wollte sie ihn zu einem Oberst Johnson führen. Dr. Wandersleb lehnte ab und wünschte in Verkennung der realen Machtverhältnisse den Oberpräsidenten zu sprechen. Diese Weigerung sollte sich später negativ auswirken. Dr. Fuchs, der später erschien, ernannte ihn zum Vizepräsidenten von Koblenz; Regierungspräsident wurde Hackenholz, ein ehemaliger Zentrumsangehöriger. Sitz der Regierung war die Insel Oberwerth in Koblenz.

Beide begannen, Landräte und Beamte zu ernennen und beriefen sogar eine erste Landratskonferenz ein.

Vor allem richtete Dr. Wandersleb seine Aufmerksamkeit auf die wertvollen, vom Raubbau bedrohten Wälder des Hunsrücks, die als Grubenholz für den Aufbau des Ruhrgebietes notwendig waren. Er ernannte einen Forstbeamten (Hampel?), der, wie die fast gesamte Forstverwaltung, der NSDAP angehört hatte. Die Berufung eines Nationalsozialisten, die bei dem herrschenden Personalmangel kaum unumgänglich war, bot Geschäftemachern die Gelegenheit, gegen Dr. Wandersleb und seine ersten Verwaltungsmaßnahmen vorzugehen.

Sie stellten einen Bericht zusammen, in dem behauptet wurde, Dr. Wandersleb sei im III. Reich zwar als Landrat abgesetzt worden, sei aber Beamter geblieben und habe gute Kontakte zu nationalsozialistischen Beamten der Bezirksregierung gepflegt. Er hätte sich in seiner Stellung nicht halten können, wenn er nicht von hohen Nationalsozialisten protegiert worden wäre. Die Ernennung des ehemaligen NS-Forstbeamten und eines Beamten für die Landschaft, der ebenfalls der Partei angehört hatte, seien der deutliche Beweis für seine Gesinnung. Oberst Johnson entließ daraufhin den Regierungspräsidenten und den Vizepräsidenten.

-3-

204

Dr. Wandersleb entschloß sich dann, in die Provinz Sachsen zu fahren, wo er im Falle des Gelingens des "Attentats" vom Sommer 1944 als Landeshauptmann der Provinzialverwaltung vorgesehen war. In Sachsen war inzwischen von den Amerikanern Hübener zum Oberpräsidenten ernannt worden, den Dr. Wandersleb aus früherer Zeit kannte.

In Eisleben angekommen entschloß er sich aber, in den Westen zurückzureisen und traf in Bonn zum zweiten Male auf Fuchs, der am 21. Juni 1945 zum Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz ernannt worden war:

Fuchs hatte Dr. Wandersleb als Regierungspräsident von Aachen vorgesehen, da dieser nicht aufzufinden war, war von den Briten Lude bestätigt worden, zumal dieser gegenüber anderen Bewerbern die Garantie zu bieten schien, keine Nationalsozialisten einzustellen.

Fuchs übertrug Dr. Wandersleb daraufhin die Abteilung Allgemeine Verwaltung, die auch das Vizepräsidentenamt mit einschloß. Kurz danach erfuhr Brigadier Barraclough, der Chef der britischen Militärregierung, daß Dr. Wandersleb von den Amerikanern in Koblenz entlassen worden war. Er entschloß sich aber nicht, ihn ebenfalls wegzuschicken, sondern stellte ihn als "Adviser" des Oberpräsidenten ein. Grund für die Entscheidung bildete eine Denkschrift, die am 28. Juni 1945 im Oberpräsidium verfaßt worden war.

Dr. Fuchs und die Abteilungsleiter des Oberpräsidiums überlegten noch in Bonn, wie man gegen die Aufteilung der Provinz in eine britische und eine französische Zone vorgehen könnte. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. Müller, gleichzeitig Abteilungsleiter für die Abteilung Ernährung schlug vor, Fuchs solle mit Eklat zurücktreten und die Welt aufmerksam machen. Diese Ansicht setzte sich nicht durch, sondern man entschloß sich, die Briten auf die schädlichen wirtschaftlichen und demographischen Folgen der Zerreißung aufmerksam zu machen. Entsprechende Argumente wurden in der erwähnten Denkschrift zusammengestellt und Barraclough überreicht.

Dieser entgegnete, daß er den Beschluß der alliierten Regierungen nicht mehr ändern könne; die Denkschrift sei für ihn aber dennoch wertvoll, da sie eine Unterlage für den Verwaltungsaufbau darstelle. Für die Lieferung von Grubenholz und Gips werde er sorgen. Als Fuchs durchblicken ließ, daß die Schrift weitgehend von Dr. Wandersleb verfaßt sei, war dessen Stellung gegen die amerikanischen Einwände gefestigt worden.

Die Hauptarbeit der Präsidialbehörde bestand zunächst darin, Mitarbeiter zu finden. Die Umzüge von Bad Tönnisstein nach Bonn und von Bonn nach Düsseldorf hatten unter den schwierigsten Bedingungen viel Zeit gekostet und die Arbeit lähmgelegt. Die Auswahl unter den zahllosen, meist unseriösen Bewerbern, die sich manchmal gewohnheitsgemäß mit Hitlergruß vorstellten, war äußerst mühsam. Paul Egon Hübinger, der persönliche Referent von Fuchs, empfahl eines Tages einen "gewiegten Rechtsanwalt", der englisch spreche: Gerhard Schröder. Fuchs sah vor, Dr. Wandersleb von der ausgesprochen juristischen Arbeit zu entlasten und wies Schröder das Justitiariat zu. Dieser forderte zunächst die Stellung eines Ministerialrates und man einigte sich auf den Rang eines Oberregierungsrates.

Von den Briten war als Verbindungsmann "Dr. Sven Nansen", alias "Dr. Joachim Nansen", alias "Zech-Nenntwich", eingesetzt worden. Eine ähnliche Gestalt saß auch in der Kanzlei Ministerpräsident Steltzers. Nansen, der gut englisch sprach, fungierte als britischer Informant, war aber auch dem Oberpräsidenten nützlich, da über ihn Petitionen und Argumente an die Briten geleitet werden konnten. Nansen, der großspurig auftrat, saß daher in einer festen Position, aus der er manche Vorrechte zog, die dem Ehrgeiz Schröders ein Dorn im Auge waren. Es entstand aus diesem Konkurrenzkampf um das Prestige ein heftiger Konflikt, der mit Intrige und Gegenintrige geführt wurde, wobei Schröder die Hochstapelei Nansens durchschaute.

In der Behörde des Oberpräsidiums gehörten 3 Beamte der SPD an, einige wenige der CDU, die meisten waren parteilos. Adenauer

kritisierte diesen Zustand. Der Schwerpunkt der neuen Nordrheinprovinz bildete der Raum Düsseldorf. Fuchs kannte Koblenz - Trier, Dr. Wandersleb Aachen; beide waren mit Düsseldorf und Köln weniger vertraut. Es tauchte daher die Frage auf, wer für dieses Gebiet ins Oberpräsidium geholt werden sollte. Von Adenauer riet Dr. Wandersleb ab, da er in Köln tätig war und als eigensinnig galt. Dafür wurde Dr. Lehr vorgeschlagen, der Düsseldorf von seiner Oberbürgermeisterzeit her kannte. Fuchs ernannte ihn zum Vizepräsidenten, zumal bekanntgeworden war, daß Lehr mit dem Widerstandskreis um Goerdeler über die Korperation Teutonia in Kontakt gestanden hatte.

Nachdem Fuchs angeblich wegen Verbindungen über Maria-Laach zu den Franzosen entlassen war, trat Lehr die Nachfolge an. Seine Arbeit zielte auf eine Verschmelzung der Nordrhein-Provinz mit Westfalen hin, der sich Amelunxen und Menzel widersetzen. In den Vorverhandlungen versicherte Dr. Wandersleb Menzel, daß er nicht das Amt des Innenministers oder Abteilungsleiter Inneres beanspruche, sondern ihm diesen Platz einräume. (Wie wurden diese Verhandlungen geführt? Wann begannen sie?)

Zu der Persönlichkeit von Minister Heinemann und Halbfell gefragt, warum er, Halbfell, stets so bitter sei, habe dieser nach Zögern geantwortet, daß die Nationalsozialisten ihm 1933 angeboten hätten, sein Amt als Leiter eines Arbeitsamtes zu behalten, wenn er aus der SPD austrete. Er hat es abgelehnt und damit den Aufstieg seiner Familie um eine Generation verzögert, denn sein Sohn sei von der Schule verwiesen worden. Er leide unter den Schlägen die seine Familie getroffen hatte, und die ihn das auch spüren ließe.

(Heinemann hatte nicht selten in den Kabinettsitzungen theologische Bücher gelesen und dennoch konnte er aufmerksam den Verhandlungen folgen.

Arnold sei sehr leicht beeinflusbar gewesen).

Dr. Gerhard Weisser
 Prof. em., Universität zu Köln
 Hon. prof., Univ. Göttingen
 Staatssekretär a. D.

34 Göttingen; den 20.3.68
 Beulweg 8
 Ruf 53283

An das Hauptstaatsarchiv
 des Landes Nordrhein-Westfalen
 Herrn Professor Dr. Oediger!

4 Düsseldorf

Post-Gang Nr. 18

Ha
Emp. 26. MRZ. 1968
IGB-Nr. III 4-0 35. 1/1 - 1v 4 Pfl/67

Betr.: Dokumente zur Geschichte der ersten Nachkriegszeit

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Herr Ministerpräsident hat mir freundlicherweise einen Glückwunsch zu meinem 70. Geburtstag gesandt. Ich habe mit dem beigefügten Schreiben gedankt, das möglicherweise als Hinweis auf Ihre archivalischen Arbeiten für Sie Interesse hat.

Ihrem Wunsch, Ihnen aus meinen alten Beständen Dokumentenmaterial zu senden, werde ich frühestens im Herbst nachkommen können, da ich von den Aufgaben meines Kölner Lehrstuhls im Effekt erst im vorigen Herbst befreit worden bin.

Darüber, was Sie etwa über meine Person wissen wollen, kann das Seminar für Sozialpolitik der Universität zu Köln oder das Rektorat der Universität zu Köln Näheres angeben. Mein Wirken in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik beschränkte sich ja nicht auf die Jahre meiner Tätigkeit als Staatssekretär des Finanzministeriums. (Die Dienstbezeichnung lautete damals noch Ministerialdirektor, änderte sich aber später für die in Frage kommenden Personen auf Grund der bekannten beamtenrechtlichen Vorschriften in Staatssekretär, da wir die mit "in Vertretung" zeichnenden Vertreter des Ministers waren, deren Stellen im weiteren Verlauf die Dienstbezeichnung Staatssekretär erhielten.) Meine persönlichen Bezüge regelten sich nach meiner früheren Stellung als Generalsekretär des Zonenbeirats und sind also (jetzt das Ruhegehalt) höher als diejenigen der Staatssekretäre des Landes bzw. ihre Ruhegehälter.

Wissen Sie, daß ich nach dem Kriege der erste Beamte auf der Ebene über den Ländern war, der parlamentarisch gewählt wurde?

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Weisser

Anlage

*Im vorigen Jahre
 geäußerten Wünsche*

*208
 von Singen
 25.3.68*

A b s c h r i f t

Göttingen, den 13. März 1968

Herrn
Ministerpräsidenten Heinz Kühn

4 Düsseldorf

Haroldstr. 2

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Sie waren so freundlich, mir zu meinem 70. Geburtstag Glück zu wünschen. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mich besonders gefreut habe. Habe ich doch außer der persönlichen und politischen Verbindung mit Ihnen auch die Erinnerung an die Zeit, in der ich der Staatssekretär des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums war, damals noch mit der Dienstbezeichnung Ministerialdirektor. Ich habe diese Zeit in der nordrhein-westfälischen Verwaltung in guter Erinnerung. Ich empfand es als Beweis eines großzügigen Denkens der Spitze der Landesregierung und besonders des damaligen Innenministers Dr. Menzel, daß Nordrhein-Westfalen nicht wie manche andere Länder der jetzigen Bundesrepublik für Deutschland die lose Form eines Staatenbundes, sondern einen festgefügteten Bundesstaat erstrebte, dessen Natur den Ländern manche Opfer auferlegt, der aber auf die Dauer die einzige in Betracht kommende Staatsform sein müßte. Die denkwürdigen Kämpfe zwischen den Deutschen um diese Frage in der ersten Nachkriegszeit sind heute kaum noch bekannt. Als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung betreibe ich seit langem, wenngleich durch Zeitmangel behindert, den Plan einer Veröffentlichung über die Probleme dieser Zeit auf der Ebene über den Ländern, die weniger als die bisherigen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Äußerungen über jene Zeit am eigentlich wesentlichen vorübergeht. Vielleicht gelingt es, diese Arbeit im Jahre 1969 zum Abschluß zu bringen.

Mit dem Ausdruck nochmaligen Dankes und
vielen Grüßen bin ich
Ihr Ihnen sehr ergebener

gez. WEISSER

Dr. Wiechell - am 24.6.1968
=====

Regierungspräsident Fries aus Arnsberg befahl nach dem Krieg der Firma Fuchs in Meinerzhagen, ihm unter Umgehung des Wirtschaftsamt in Gevelsberg illegal Töpfe zu liefern, die er dann auf Privatrechnung in seinem Installationsgeschäft verkaufte.

Der britische Kommandeur des Kreises Altena, Lt.Col.Myyeless, urteilte wegen dieser und ähnlicher Vergehen über Fries abfällig.

Es soll kurz nach Kriegsende auf britischer Seite noch vor Veröffentlichung der eigentlichen Demontageliste einen Vorläufer gegeben habe, in dem nur wenige Betriebe genannt waren, unter anderen Krupp und die Firma Fuchs in Meinerzhagen, deren großen Presse auch alle abgebaut und zum Teil nach Rußland verschickt wurden.

Gespräch Dr. Hüttenberger mit Herrn Guido Z i e r s c h am 8.5.68

Dr. Ziersch teilte folgendes mit:

1. Als die Amerikaner in Wuppertal einmarschierten - übrigens ohne Gegenwehr von deutscher Seite - befahlen sie abends, daß alle Beamten der Wuppertaler Kommunalverwaltung, die nicht geflohen waren, am nächsten Morgen anzutreten hätten. Unter ihnen befand sich Eugen Thomas, der fließend englisch sprach. Ihn ernannte der amerikanische Offizier kurzerhand zum Oberbürgermeister. Thomas wurde jedoch nach einigen Monaten wieder entlassen, weil er in unerträglichem Maße trank.
2. Dr. Ziersch verhandelte mehrere Male in Essen in der Villa Hügel mit den Offizieren des North german coal control board um die Freigabe von Kohlen für die Wuppertaler Industrie. Die Atmosphäre in Essen sei stets ^{un}angenehm gewesen, da die britischen Offiziere mit Reitpeitschen auf den Tischen herumgefuchelt hätten.
3. Die Wuppertaler CDU-Gruppe war 1946 zunächst gegen die Wahl Adenauers zum Landesvorsitzenden. Sie glaubte, daß er ein zu dezidierte Katholik und ehemals ein zu exponierter Zentrumsmann gewesen sei. Die Wuppertaler waren vorwiegend katholisch-evangelisch.